



dokumente *

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

Nr. 08/09

* Wege zur solidarischen Bürgergesellschaft

Bilanz und Perspektiven unserer Engagementpolitik

Kongress der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement
der SPD-Bundestagsfraktion
am 3. Dezember 2008 in Berlin

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
PETRA ERNSTBERGER, MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: STEFANIE BRAUNREUTHER, HOLGER KRIMMER

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: (030) 227-57133
TELEFAX: (030) 227-56800

WWW.SPDFRAKTION.DE

ERSCHIENEN IM MAI 2009

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Inhaltsverzeichnis

- 05 **Vorwort**
Ute Kumpf, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin SPD-Bundestagsfraktion
Sprecherin AG Bürgerschaftliches Engagement
- 07 **Begrüßung**
Ute Kumpf, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin SPD-Bundestagsfraktion
Sprecherin AG Bürgerschaftliches Engagement
- 12 **Mehr Engagement für die Demokratie**
Prof. Dr. Gesine Schwan
- 21 **Soziale Gesellschaft im Wandel**
Franz Müntefering, MdB
Vorsitzender
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- 28 **Impulse von Wegbereitern und Wegbegleitern**
- 28 Marlies Brouwers
Vorsitzende Deutscher Frauenrat
- 29 Dr. Michael Bürsch, MdB
Vorsitzender
Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages
- 30 Hans-Joachim Derra
Beauftragter für das Ehrenamt
Technisches Hilfswerk
- 31 Ursula Helms
Geschäftsführerin
Nationale Kontakt- und Informationsstelle
zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen
- 34 Sönke Jakobs
Bundesgeschäftsführer
Deutscher Feuerwehrverband
- 35 Dr. Ansgar Klein
Geschäftsführer
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- 37 Ulrike Mehl
Stellvertretende Bundesvorsitzende
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland

- 40 Ludwig Pott
Grundsatzreferent Bürgerschaftliches Engagement
Arbeiterwohlfahrt
- 42 Uwe Slüter
Referat Freiwilligendienste
Bundesstelle des Bundes der katholischen Jugend
- 43 Dr. Wolfgang Teske
Vizepräsident
Diakonisches Werk
- 44 Horst Weipert
Vorstand Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros
- 46 Olaf Zimmermann
Geschäftsführer
Deutscher Kulturrat
- 48 **Solidarische Bürgergesellschaft:
Leitlinien einer Engagementpolitik der Zukunft**
Statements der Diskutanten
- 48 Prof. Dr. Thomas Olk
BBE-Sprecherrat, Universität Halle-Wittenberg
- 51 Thomas Rauschenbach
Vorstandsvorsitzender und Direktor
Deutsches Jugendinstitut München
- 52 Kenan Küçük
Sprecher Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen
Geschäftsführer Multikulturelles Zentrum e. V.
- 53 Dr. Konrad Hummel
Ehem. Sozialreferent der Stadt Augsburg
- 55 **Solidarische Bürgergesellschaft:
Leitlinien einer Engagementpolitik der Zukunft**
Abschrift der Podiumsdiskussion

Moderation: Sönke Rix, MdB
- 80 **Ausblick**
Ute Kumpf, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin SPD-Bundestagsfraktion
Sprecherin AG Bürgerschaftliches Engagement

Vorwort

Ute Kumpf, MdB

Parlamentarische Geschäftsführerin
der SPD-Bundestagsfraktion

Sprecherin AG Bürgerschaftliches Engagement

10 Jahre Politik für das Bürgerschaftliche Engagement – Zeit, um Bilanz zu ziehen, unsere eigene Agenda auf den Prüfstand zu stellen und neue Perspektiven zu entwickeln. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich in den zurückliegenden Jahren der Regierungsverantwortung für die Freiwilligen stark gemacht – und vieles für sie erreicht. Wir haben die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ initiiert, deren Ergebnisse in großen Teilen umgesetzt und den parlamentarischen Unterausschuss für Bürgerschaftliches Engagement durchgesetzt. Mit unserer Bilanz verbinden wir den Blick nach vorne. Welche Wege gehen wir weiter, welche bauen wir aus, welche Brücken müssen gebaut, welche Grundlagen gelegt und welche Prozesse in Gang gesetzt werden, um Teilhabe und Engagement zu ermöglichen?

„Wege zur solidarischen Bürgergesellschaft“ – unter diesem Titel stand unser Fraktionskongress auf dem wir mit Experten aus der Praxis, Engagierten wie Hauptamtlichen, Wissenschaftlern und Politikern diskutiert haben. Die rege Teilnahme und auch das öffentliche Interesse haben gezeigt: Politik für das Bürgerschaftliche Engagement ist von der Peripherie ins Zentrum der politischen Gestaltungsaufgaben und der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt.

Für unsere Politik gab es viel Lob, aber auch viele Anregungen, neue Ideen und Hausaufgaben wurden uns mit auf den Weg gegeben.

Mit der vorliegenden Publikation dokumentieren wir die vorgenommene Standortbestimmung. Die Dokumentation gliedert sich in drei Teile: Im ersten Teil finden sich die Redebeiträge von Gesine Schwan und unserem Parteivorsitzenden Franz Müntefering, die Beitrag und Bedeutung Bürgerschaftlichen Engagements für die soziale Demokratie und die soziale Gesellschaft erörtern. Im zweiten Teil sind die Beiträge von Wegbereitern und Wegbegleitern der letzten zehn Jahre aus der Praxis zusammengestellt. Den Abschluss bildet die Podiumsdiskussion, auf der offen nach den „Leitlinien einer Engagementpolitik der Zukunft“ gefragt und diskutiert wurde und ein Ausblick, in dem die unterschiedlichen Fährten des Kongresstages nochmals verbindend aufgenommen sind.

Das Leitbild der solidarischen Bürgergesellschaft ist und bleibt eine wichtige Zukunftsaufgabe der Politik, das hat unser Fraktionskongress klar gezeigt. Einige Wege und Perspektiven zur Einlösung konnten wir hier diskutieren. Andere werden – das ist die Hoffnung – durch die Lektüre der nun vorliegenden Dokumentation inspiriert!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ihre

Ute Kumpf, MdB
Sprecherin der AG Bürgerschaftliches Engagement
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion

Begrüßung

Ute Kumpf, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin
Sprecherin AG Bürgerschaftliches Engagement



Willy Brandt ist aktueller denn je.

Mit seinem Aufruf „Mehr Demokratie wagen“ gab er in seiner Regierungserklärung 1969 den Startschuss für mehr Beteiligung und Teilhabe in unserer Gesellschaft.

Auch heute, nach beinahe vierzig Jahren, haben seine Ausführungen noch Bestand und können als Vorlage für die Regierungserklärung eines Kanzlers Steinmeier dienen, denn weiter führte er aus:

„Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird vom demokratischen Engagement der Bürger(...)“, und weiter: „Wir wollen die demokratische Gesellschaft, zu der alle mit ihren Gedanken zu einer erweiterten Mitverantwortung und Mitbestimmung beitragen sollen. Wir suchen keine Bewunderer; wir brauchen Menschen, die kritisch mitdenken, mitentscheiden und mitverantworten.“

In seinen Positionen spiegeln sich Selbstverständnis wie Geschichte der Sozialdemokratie. Unser Ursprung gründet sich auf gesellschaftliche Selbstorganisation. Das Soziale und das Demokratische sind unsere Wurzeln. Es waren Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich selbst organisierten, zusammenschlossen um für soziale und demokratische Rechte und für mehr Teilhabe und Freiheit zu kämpfen.

Willy Brandts Credo: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“ ist ein gutes Leitmotiv und das Willy-Brandt-Haus der richtige Ort für unseren heutigen Fraktionskongress. Ich begrüße Sie sehr herzlich, im Namen von Peter Struck, Fraktionsvorsitzender der SPD, der Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement und der gesamten SPD-Bundestagsfraktion.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen und Mitstreiter für das Engagement,

der Vision einer lebendigen und gelebten Demokratie ist die SPD heute nicht weniger als damals verpflichtet, dafür steht unser Grundsatzprogramm, letztes Jahr in Hamburg beschlossen.

„Die Demokratie lebt durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Darum wollen wir eine starke, lebendige Bürgergesellschaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinung, der Vereinigung und Versammlung nutzen.“

„Der demokratische Staat ist die politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger. Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen. Ersetzen kann sie es nicht. Nur wo der Staat seinen Pflichten nachkommt, kann sich eine vitale Zivilgesellschaft bilden. Ohne eine wache Zivilgesellschaft ist der demokratische Staat immer gefährdet. Beide brauchen einander.“

Oder anders ausgedrückt: Bürgerschaftliches Engagement ist nicht einfach ein Luxus moderner Demokratien, sondern ihre Werkstatt. Demokratie ist nicht nur die Summe staatlicher Institutionen und Parlamente. Demokratie will und muss gelebt werden im alltäglichen Handeln engagierter Bürgerinnen und Bürger. Es ist ihre Demokratie, die sie durch Engagement Tag für Tag neu beleben.

Für uns Sozialdemokraten gilt: Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Ausfallbürgen für notwendige Leistungen des Staates missbraucht werden.

Und Bürgerschaftliches Engagement kann nicht verordnet werden, ist eigensinnig, im wahrsten Sinne des Wortes. Eine Politik für das Engagement muss diesen Eigensinn erhalten.

Es geht um mehr als um das Ehrenamt. Bürgerschaftliches Engagement hat viele Gesichter. Neben der Tätigkeit in Vereinen und Verbänden von Sport, Kultur, Musik, Kirchen, karitativen und anderen gemeinnützigen Organisationen findet Bürgerschaftliches Engagement in Freiwilligenagenturen, Freiwilligendiensten, der Hospizbewegung, Tafeln oder Selbsthilfegruppen, in Nachbarschaftsinitiativen oder Bürgerinitiativen, NGOs zu Umwelt- oder Menschenrechtsfragen, lokalen Agenden oder andere Foren, Parteien und Gewerkschaften statt und kann auch das Engagement von Unternehmen sein.

Bürgerschaftliches Engagement bedeutet Vielfalt. Und erst in diesem weiten Verständnis, das all diese vielfältigen Aktivitäten mit einbezieht, erschließen sich die Dimensionen und seine Bedeutung für das Gemeinwesen.

Bürgerinnen und Bürger erneuern mit ihrem Engagement in allen Bereichen des Lebens Tag für Tag die Bindekräfte unserer Gesellschaft. Sie schaffen eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des gegenseitigen Vertrauens.

Unser Fraktionskongress heute steht unter dem Motto „Wege zur solidarischen Bürgergesellschaft.“

Er steht in der Tradition einer Reihe von Konferenzen, die die SPD-AG Bürgerschaftliches Engagement in den letzten Jahren organisiert und die Themen behandelt wie:

- „Unternehmen und Bürgerschaftliches Engagement“ (2001)
- „Auf dem Weg zur Europäischen Zivilgesellschaft“ (2002)
- „Engagement macht Schule“ (2004)

- „Unser Engagement für das Engagement – Freiwilligendienste fördern“ (2006)
- „Integration geht uns alle an – Gemeinsam für mehr Engagement“ (2007) und
- „Alter gestaltet Zukunft“ (September 2008).

Mit der heutigen Konferenz wollen wir Bilanz unserer Arbeit ziehen. Seit 10 Jahren steht die SPD in der Regierungsverantwortung: Grund genug einen Blick auf das Erreichte, aber auch einen Blick nach vorn zu werfen, was noch zu tun ist auf dem Weg zur solidarischen Bürgergesellschaft.

Im Dezember 1999 wurde auf Initiative der SPD im Deutschen Bundestag die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ eingesetzt und ihr der Auftrag erteilt, „konkrete politische Strategien und Maßnahmen zur Förderung des freiwilligen, gemeinwohlorientierten, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichteten bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu erarbeiten.“

Nach gut zwei Jahren umfangreicher und engagierter Arbeit wurde 2002 ein Bericht vorgelegt, der nicht nur eine systematische Bestandsaufnahme der Wirklichkeit bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch politische Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen beinhaltet.

Viele der Forderungen und Empfehlungen haben den Handlungsrahmen unserer Engagementpolitik abgesteckt und sind mittlerweile von uns eingelöst worden:

- Der Auf- und Ausbau von Netzwerken und Infrastrukturen.
- Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagements wie z. B. die Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts „Hilfen für Helfer“.
- Die Ausweitung des Schutzes bei Unfall.
- Das Wissen über Bürgerschaftliches Engagement wurde durch den Freiwilligensurvey und den von der Bundesregierung eingeforderten Engagementbericht erweitert.
- Die Freiwilligendienste wurden weiterentwickelt und ausgebaut für benachteiligte Jugendliche.
- Mit „weltwärts“ wurde der Weg in die Entwicklungszusammenarbeit geöffnet.
- Die generationsübergreifenden Freiwilligendienste haben den Freiwilligendienst für alle Generationen vorbereitet.
- Bürgerschaftliches Engagement und die Selbsthilfe wurden in der Pflege verankert.

- Wir setzen uns nachdrücklich für die Weiterentwicklung einer Kultur der Anerkennung ein, etwa mit der bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements sowie Preisen und Auslobungen.
- Der demografische Wandel wie die Integration wird aktiv von uns mit gestaltet. Wir wollen alle auf dem Weg zur solidarischen Bürgergesellschaft mitnehmen, vor allem jene, die am Rande stehen und die den Zugang zum Engagement noch nicht gefunden haben.
- Wir haben den Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement ins Leben gerufen und damit den Anstoß gegeben, Engagementpolitik als Querschnittsaufgabe zu begreifen und weiterzuentwickeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

wir haben Einiges erreicht und wir sollen das Erreichte nicht klein reden. Mit unserer Bilanz verbinden wir den Blick nach vorne. Welche Wege gehen wir weiter, bauen wir aus, welche Brücken müssen gebaut und welche Grundlagen müssen gelegt und Prozesse in Gang gesetzt werden, um Teilhabe und Engagement zu ermöglichen.

Es geht uns nicht um fertige Rezepte, es geht uns um eine Standortbestimmung, um Perspektiven und Impulse.

Ich freue mich, auf so viele Wegbereiter und Wegbegleiter, die den heutigen Tag mit gestalten.

Besonders freue ich mich, dass wir für unseren ersten Impuls die herausragende wie ausgewiesene Kennerin des Engagements Gesine Schwan, ehem. Präsidentin der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder, aber für uns viel wichtiger, unsere Kandidatin der SPD für das Amt der Bundespräsidentin, gewinnen konnten.

Liebe Gesine, sei uns ganz herzlich willkommen.

Nach deinem Beitrag werden Wegbereiter und Wegbegleiter der Bürgergesellschaft zu Wort kommen und ihre Erfahrungen, Forderungen und Positionen einbringen. Wir werden hören:

- Marlies Brouwers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates,
- Dr. Michael Bürsch, MdB, Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages,
- Hans Joachim Derra, Beauftragter für das Ehrenamt im Technischen Hilfswerk (THW),
- Ursula Helms, Geschäftsführerin der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS),
- Sönke Jacobs, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Feuerwehrverbandes,

- Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE),
- Ulrike Mehl, stellvertretende Vorsitzende des für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND),
- Ludwig Pott, Grundsatzreferent Bürgerschaftliches Engagement der Arbeiterwohlfahrt (AWO),
- Uwe Slüter, Referat Freiwilligendienste in der Bundesstelle des Bundes der katholischen Jugend,
- Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche Deutschlands,
- Horst Weipert, Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros und Leiter der Sozialakademie der AWO SANO und
- Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates.

Franz Müntefering, unser Parteivorsitzender wird am Nachmittag seinen Impuls zum Thema „Soziale Gesellschaft im Wandel“ geben.

Im Anschluss daran werden in der Podiumsrunde unter der Leitung von Sönke Rix mögliche „Leitlinien einer Engagementpolitik der Zukunft“ diskutiert werden.

Mit dabei sind

- Kenan Küçük, Sprecher des Forums der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Wohlfahrtsverband,
- Prof. Dr. Thomas Rauschenbach vom Deutschen Jugend Institut in München,
- Konrad Hummel, ehem. Sozialdezernent der Stadt Augsburg und
- Prof. Dr. Thomas Olk, Vorsitzender des Sprecherrates des BBE.

Mit einem Ausblick wollen wir die Tagung beenden.

Genug der Vorrede.

Ich übergebe das Wort an Gesine Schwan und freue mich auf Deine Ausführungen zum Thema „Mehr Engagement für die Demokratie“

Mehr Engagement für die Demokratie

Prof. Dr. Gesine Schwan



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Adjektiv „bürgerlich“ klingt nicht besonders gut bei uns. „Bürger“, das klingt schon besser, viel besser. Aber würden sich alle, die hier leben, als Bürger bezeichnen? Und was würden sie damit meinen? Haben wir ein gemeinsames Verständnis vom Bürger, gar von der „solidarischen Bürgergesellschaft“?

Wohl kaum. Deshalb lohnt es sich, einigen – auch gegensätzlichen – Bedeutungen, die wir mit diesen Worten verbinden, nachzugehen. Sie rühren aus sehr unterschiedlichen Traditionssträngen. Das Interesse an ihnen ist allerdings in meinen Überlegungen kein vornehmlich historisches, sondern ein praktisches: Es zielt auf Verständigung und auf politische Konsequenzen in heutiger Zeit und folgt damit hoffentlich der Fragestellung nach „mehr Engagement für die Demokratie“, die mir mit auf den Weg gegeben worden ist.

Zunächst zur sprachlichen Ästhetik: Ein bisschen künstlich wirkt der Begriff „Bürgergesellschaft“ in der deutschen Sprache schon. Man merkt ihm die Übersetzung aus dem englischen „Civil Society“ noch an, trotz der Bemühungen ihn einzugemeinden. Das hat wohl mit der deutschen Konnotation der Begriffe von „bürgerlich“ und „Bürger“ zu tun. Die Marx'sche Opposition von „Bourgeois“ und „Citoyen“ klingt hier durch, zusammen mit der unseligen, von Hegel in die Welt gesetzten Annahme, die bürgerliche Gesellschaft sei ihrem Charakter nach egoistisch, die Engstirnigkeit ihrer Mitglieder könne nur durch einen starken, von ihr unabhängigen Staat oder – so glaubte es Marx – durch die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus aufgehoben werden. Dass Bürger auch in einer kapitalistischen Wirtschaft über ihre egoistischen Interessen hinaus denken und handeln können und so einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, schien Hegel und Marx nicht nur schwierig (und das ist es wahrhaftig!), sondern unmöglich. Insofern gibt es in der deutschen Denktradition eine klare Absage an die Fähigkeit der Bürger, das Spannungsverhältnis zwischen Privatinteresse und Gemeinwohlorientierung zwar nicht zu überwinden – dies eben nicht! –, aber doch einigermaßen zuträglich zu gestalten.

Die angelsächsische, westlich-demokratische Tradition des Nachdenkens über die Bürgergesellschaft hat diesen Irrweg nie verfolgt. Sie war immer viel weniger philosophisch-systematisch, setzte statt dessen und setzt bis heute mehr auf das Überraschungspotential von Erfahrungen – schon Alexis de Tocqueville hat das in seiner Beschreibung der amerikanischen Demokratie prägnant hervorgehoben. Ohne diese Zuversicht, doch immer wieder einen gangbaren Weg zu finden, das Spannungsverhältnis von Staat und Gesellschaft produktiv zu gestalten und den individuellen Freiheitsambitionen wie der Gemeinwohlorientierung in einer Bürgergesellschaft genügend Wirkkraft zuzusprechen, macht es keinen Sinn, über ihre Zukunftsträchtigkeit für eine soziale

Demokratie nachzudenken. Prominente Sozialdemokraten haben das schon früh erkannt, wie überhaupt die Sozialdemokratie insbesondere vor und nach dem Ersten Weltkrieg die am meisten westlich orientierte politische Kraft in Deutschland war, von einer kleinen Gruppe Liberaler vielleicht abgesehen.

Aus welchen Traditionen schöpfen wir also, wenn wir heute vom Bürger und von der Bürgergesellschaft sprechen? Mit welchen neuen Herausforderungen müssen wir sie konfrontieren? Wie müssen wir sie fortentwickeln, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden? Mit welchen Hindernissen sollten wir dabei rechnen? Und was folgt schließlich daraus für die Zukunft einer sozialen Demokratie?

Diesen fünf Fragen möchte ich im Folgenden nachgehen. Meine Antworten — immer nur Versuche! — werden in das für Sozialdemokraten vielleicht verwunderliche Postulat einer Politik münden, die die Förderung einer neuen Familie ins Zentrum ihrer Bemühungen um die Bürgergesellschaft und eine zukunftssträchtige soziale Demokratie stellt.

Das Traditionspotential von Bürgergesellschaft angesichts heutiger Herausforderungen

Freiheit, Gleichheit, Selbständigkeit – diese drei Begriffe wird man wohl auf jeden Fall mit der Bürgergesellschaft assoziieren, wenn man sie im Kontext politischer Orientierungen betrachtet. Allerdings treffen unter diesem gemeinsamen Dach durchaus gegensätzliche Traditionsstränge aufeinander, die sich auch im seit Jahren andauernden und von den USA ausgehenden Streit zwischen Liberalen und Kommunitaristen herauschälen. Der eine Strang hat sein Zentrum in der Hochschätzung individueller Freiheit bzw. Autonomie, der andere, häufig als Republikanismus bezeichnete, in der Forderung nach Pflicht und Gemeinwohlbezogenheit des Individuums.

Zwar teilen beide gemeinsame Grundannahmen: Danach sind alle Menschen frei und gleich geboren und haben das gleiche Recht auf Selbstbestimmung, den gleichen Anspruch, ihr Leben in der Gesellschaft, und gerade in ihr, nach eigenen Zielen zu regeln. Bürger sind individuelle Rechtsträger, aber eben in einem Gemeinwesen, in dem alle diese Rechte teilen. Aus der damit benannten Gleichheit ergeben sich Pflichten. Dies wird von keiner demokratischen Position bestritten.

Aber wie weit die Pflichten gehen und wie ihre Erfüllung zu erreichen ist – darum geht im Kern der Streit. Ist es nur verboten, die anderen zu schädigen, oder muss man sich auch um sie kümmern; und vor allem: Kommt man zur Gemeinwohlbezogenheit nur durch harte Selbstdisziplin, die die eigenen Impulse, die spontan immer auf den Egoismus zielen, unterdrücken oder umgekehrt eher durch die Förderung sozialer Anlagen, die uns Menschen auch eigen sind? Dieser Streit spielt sich zwischen einem pessimistischen und einem skeptischen, aber doch vorsichtig optimistischen Menschenbild ab.

Aus Sicht des pessimistischen Menschenbildes, wie es die republikanische Tradition vertritt, sind es Zügellosigkeit, Egoismus, Pflichtvergessenheit, Luxus und Genussucht, gegen die mit Härte und Entschlossenheit zugunsten des Gemeinwohls angegangen werden muss. Der repressive Grundzug dieses Konzepts von Bürgergesellschaft setzt sich auch in der politischen Konkretisierung fort. Im Hinblick auf die Familie oder das Staatsbürgerrecht geht es nicht um freiwillige Anerkennung, Gegenseitigkeit und Partnerschaft, auch nicht um die positiven, letztlich verbindenden

Auswirkungen von Konflikten, die dann zum „täglichen Brot“ gehören, sondern um eine strukturell klare, möglichst hierarchische Kompetenzverteilung, nach der eindeutig entschieden werden kann.

In der liberalen Tradition des Nachdenkens über die Bürgergesellschaft finden wir ein weniger rigides Menschenbild. Die Gefährdung und Endlichkeit des Menschen wird hier nicht übersehen, aber die sozialen, freundlichen Impulse der menschlichen Natur werden stärker herausgestellt. Der Mensch wird nicht nur als des Menschen Wolf betrachtet, sondern auch als jemand, der aus sich selbst heraus Kontakt zu anderen sucht, Gemeinschaft stiftet.

Soviel zu den Grundlagen des Blicks auf die Bürgergesellschaft, wie ihn Kommunitaristen und Liberale aufspannen. Interessant scheint mir nun vor allem, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns im Hinblick auf unser Menschen- und unser Gesellschaftsbild nicht eindeutig positioniert haben. Von unseren Traditionen her müssten wir an den sozialen Menschen, an die Bürgergesellschaft, die das Zeug zur Kooperation, zum Richtigen hat, glauben. In unserer politischen Praxis handeln wir oft umgekehrt. Wir schlagen uns auf die Seite derjenigen, die die Menschen einhegen wollen, damit sie nichts Böses tun, die staatliche Wälle errichten, damit die Leute auf den richtigen Weg geleitet werden.

Wenn wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Bürgergesellschaft wirklich befördern und befähigen wollen, wenn wir mehr Engagement für die Demokratie von den Bürgerinnen und Bürgern erwarten, dann dürfen wir ihnen nicht mit paternalistischen Weltbildern gegenüber treten. Wir brauchen ein neues, positives Bild vom selbständigen Bürger und von der Bürgergesellschaft. Nur wenn es uns gelingt, Distanz abzubauen und offen und aufgeschlossen auf die Menschen zuzugehen, können wir unsere zunehmend krisenhafte Demokratie befestigen und dem immer größer werdenden Misstrauen gegen die Parteien begegnen.

In den vergangenen Jahren ist bereits einiges passiert. Wir haben mit Gesetzesvorhaben und praktischer Politik dazu beigetragen, die Bürgergesellschaft in Deutschland zu stärken. Am Anfang standen die Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ der SPD-Fraktion im Bundestag sowie die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, die wichtige Handlungsfelder aufzeigten. In der Folge haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement tatkräftig mitbegründet. Wir unterstützen und fördern Freiwilligenagenturen und auch die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Vor allem aber: wir haben durch Gesetzesreformen effiziente Hilfen für Helfer geschaffen. In diesem Rahmen haben wir das Gemeinnützigkeitsrecht vereinfacht und transparenter gemacht. Zudem haben wir die steuerliche Honorierung von Bürgerschaftlichem Engagement deutlich verbessert: Die Spendenabzugsfähigkeit wurde erhöht, die Steuerfreigrenze angehoben. Auch haben wir die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements an sich zu einem Tatbestand gemacht, der als gemeinnützig gilt und damit steuerbegünstigt ist.

Wir brauchen dies alles dringend, denn sozialer Zusammenhalt stiftet sich nicht von allein und vieles spricht dafür, dass dies künftig eher schwieriger als einfacher wird.

Unerfüllbare Erwartungen an staatliche Politik

Denn mit der Zunahme von Konfliktpotenzialen in unserer Gesellschaft geht eine wachsende Unsicherheit der Menschen einher: Eine Krise der psychischen Befindlichkeiten der Bürger, die sich nicht mehr eingebettet, sondern entwurzelt fühlen und die Ängste und Aggressionen entwickeln; auch eine Krise der normativen Orientierungen, die angesichts der kulturellen Vielfalt und einer Inflation der Werte schwer in Einklang miteinander zu bringen sind und die zumindest eine erhebliche Verständigungs- und „Übersetzungs-“ Bereitschaft verlangen; eine Unsicherheit aber auch über die Informationen, die für einigermaßen solide politische Entscheidungen vonnöten sind, denn die Großräumigkeit und Komplexität der Entscheidungsgegenstände erlaubt uns nicht mehr, in unserem Urteil auf eigene Erfahrungen zurückzugreifen.

Die Unsicherheiten werden durch eine immer größer werdende Distanz zwischen Politikern und Bürgern verschärft. Das befördert deren Zynismus, entfremdet sie von der Politik und erklärt zum Teil, warum die Bürger sich immer wenig dazu angehalten fühlen, sich ihrerseits dauerhaft politisch zu engagieren. Hier sind wir also beim Gegenteil von „mehr Engagement“.

Demokratische Politik ganz allgemein erleidet einen „Souveränitätsverlust“ und kann sich immer weniger durchsetzen. Die politischen Institutionen werden schwächer und verlieren dadurch an Vertrauen, die Menschen werden einerseits immer abhängiger von wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen und andererseits vom Staat immer mehr – und dies aus einsichtigen Gründen – enttäuscht. Es sieht nicht gemächlich aus mit der Zukunft der vornehmlich um den Staat zentrierten Demokratie. Was also tun?

Die Antwort lautet ganz klar: „mehr Engagement“. Doch genau das scheint alles andere als einfach. Die Hoffnung, die wir seit den 1970er Jahren gehegt haben, wir könnten die demokratische Teilhabe ausweiten, immer mehr Bürger, vor allem durch direkte Demokratie, an politischen Entscheidungen mitwirken lassen, sie so zu mobilisieren und ihre Kompetenz, das Bestehende richtig zu erkennen und das zu Tuende moralisch richtig einzuschätzen zu steigern – hat eindeutig getrogen. Die Erfahrungen der letzten dreißig Jahre haben dies gezeigt. Die Strategie, durch die Öffnung von Strukturen und Institutionen die Demokratie lebendiger zu gestalten, zu stärken und zu stabilisieren, scheint mir gegenwärtig gleichsam „ausgereizt“.

Ich möchte hier dafür plädieren, dass wir bei der Frage nach mehr Engagement und mehr Demokratie künftig weniger auf Regelungen wie Plebiszite und Volksentscheide oder auf Institutionen schauen, als vielmehr auf Verhalten, Stil und politische Kultur im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Erweiterung und Präzisierung der Idee „guter“ Bürgerschaft

Fasst man die aktuellen Herausforderungen, denen sich die Demokratie, also auch die soziale Demokratie, gegenüber sieht, unter dem Aspekt möglicher Antworten zusammen, so wird deutlich, dass wir als Bürger immer höheren Anforderungen an Selbständigkeit, Verständigungsbereitschaft und -fähigkeit, Offenheit und Zuwendung genügen müssen, wenn wir Freiheit und sozialen Zusammenhalt weiterhin verbinden wollen, wenn wir nicht in autoritäre Muster, die gleichsam „wieder Ordnung schaffen“ würden, zurückfallen möchten.

Ralf Dahrendorf, der so lange das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters verkündet hat, wird seit einigen Jahren nicht müde, auf diese kardinale Problematik, auf die Gefahr der Trennung von Freiheit und sozialem Zusammenhalt angesichts eines rabiaten, global agierenden Kapitalismus hinzuweisen. Aber reicht das bisher skizzierte Bürgerkonzept aus, den Konfliktpotentialen, Unübersichtlichkeiten und Enttäuschungen durch staatliche Politik die Stirn zu bieten, ohne auf autoritäre, unfreiheitliche Lösungen zu verfallen? Skepsis ist angebracht. Und dies nicht nur, weil das traditionelle Bürgerkonzept die inzwischen vielfach beklagten Defizite eben nicht hat verhindern können. Überdies haben zahlreiche Studien gezeigt, dass aktive politische Bürgerschaft nicht einfach gelernt, nicht simpel antrainiert werden kann, sondern einer psychischen Verankerung bedarf, die zuallererst die Energie vermittelt, freiheitlich und solidarisch zu handeln. Dies erfordert bestimmte psychische Dispositionen – vor allem Selbst- und Fremdvertrauen, Selbstsicherheit und Offenheit, Werte und Einstellungen also, die wir vor allem in unseren frühen Sozialisationserfahrungen gewinnen oder verlieren und die ihre Bestätigung im Alltag brauchen.

Schließlich verlangen die zunehmenden Konfliktpotentiale und die neuen Unübersichtlichkeiten eine Erweiterung des traditionellen Bürgerverständnisses, welches auf Freiheit als individuelle Unabhängigkeit und auf Rationalität konzentriert ist. Sie verlangen die zusätzliche Kompetenz, die aufbrechenden Gegensätze durch eine größere Bindungsbereitschaft und -fähigkeit zu bändigen und die kulturellen Unübersichtlichkeiten durch empathische „Antennen“, durch Einfühlungsvermögen aufzunehmen, besser zu verstehen und auf diese Weise eher zu einem Konsens zu gelangen.

Eine den gegenwärtigen Herausforderungen gewachsene Bürgergesellschaft, die den Staat von manchen Aufgaben entlastet, die unnötige Reibungsverluste – soziale Transaktionskosten, wie man heute zu sagen pflegt – durch vertrauensvolle Kooperation vermeidet, die sich kümmert und verständigt, nicht dauernd zum Gericht rennt, nicht immer nur anfragt oder erwartet, sondern einfach selbst handelt – eine solche Gesellschaft braucht Bürgerinnen und Bürger, die selbstsicher, offen, vertrauend wie kontrollierend, unabhängig wie bindungsfähig, rational argumentierend wie einfühlsam sind. Dies wäre für mich die sozialdemokratische Vision der aktiven Bürgergesellschaft. Doch wie bekommen wir die? Welche Hindernisse stehen ihr entgegen?

Allgemeine und besondere deutsche Hindernisse

Natürlich viele! Allgemeine liegen in der Auflösung jener Orte und Institutionen, die traditionell Gesellschaften zusammengehalten haben: der Familie und der auch räumlichen, sinnlichen Arbeitszusammenhänge. Spürbare konkrete gegenseitige Anerkennungen und Interdependenzen, die ein wohlverstandenes Eigeninteresse an der Rücksichtnahme auf andere und den Verantwortungssinn für größere Zusammenhänge begünstigen könnten, nehmen ab. Nicht nur aus Gründen der technologischen Entwicklung, insbesondere auf dem Feld der Kommunikationstechnik. Auch eine freiheitliche Sozial-, Familien- und Rechtspolitik wollte das durchaus so, denn die Kehrseite traditioneller Abhängigkeiten waren oft entwürdigende Beziehungen. Wo man auf Familienmitglieder unentrinnbar angewiesen ist, wo man kein Recht auf „Austritt“ hat, ist man häufig schwach und unwürdig ausgesetzt. Eine gemeinwohlorientierte Bürgergesellschaft kann daher auch nicht einfach alte Bindungen reaktivieren, sondern muss dem Prinzip gleicher Freiheit treu bleiben, muss freiwillig einen Zusammenhalt schaffen, der früher durch die Verhältnisse nicht nur erleich-

tert, sondern oft erzwungen wurde, dabei aber eben auch vielfache Ungerechtigkeiten erzeugte. Auf die praktischen Konsequenzen komme ich zurück.

Immerhin: dass Selbständigkeit wie Sorge, rationale Argumentation wie Empathie für ein gelungenes Zusammenleben ebenso erforderlich wie möglich sind, dass sie anstrengen, aber auch gelingen, sogar beglücken können, dass Zuverlässigkeit nicht nur drückende Pflicht, sondern auch befreiende Sicherheit bedeuten kann – Orte, dies zu erfahren werden mit der Erosion der Familie und dauerhafter Arbeitsverhältnisse selten. Wo also können wir die neuen Bürgertugenden einüben, erleben und leben?

Und wie gewinnen wir speziell in Deutschland jenes erforderliche Selbstvertrauen, jene auf eine Gefühlskultur angewiesene Empathie, jene Ich-Stärke? Wie gelingt uns dies, angesichts einer Vergangenheit vielfacher Regimebrüche, komplizierter Verstrickungen in Verbrechen, Verrat und Verlogenheiten, die wir zwar durch Fleiß, Tüchtigkeit, Pflichtbewusstsein und materiellen Wohlstand gleichsam „abgehängt“, aber psychisch noch lange nicht zugunsten einer offenen Selbstprüfung, einer solidarischen Versöhnlichkeit, eines ruhigen neuen Selbstvertrauens und empathischer Gemeinsamkeit verarbeitet und überwunden haben?

Noch immer sind bei uns genaues Hinhören auf die andere Person oder gemeinsames Lernen nicht besonders gefragt. Veränderungen oder Korrekturen früherer Positionen, die Absage an Vergangenes münden noch zu selten in wohlwollend prüfende oder skeptische Offenheit gegenüber abweichenden Haltungen, sondern eher in erneuter Abgrenzung und Einsortierung. Darin kommt ein Misstrauen gegenüber anderen und sich selbst zum Ausdruck, weil offenbar nur die radikale Absage an falsche Meinungen wie an früheren eigenen „Unsinn“ die Richtigkeit der neuen Position gegen alte Versuchungen zu sichern vermag. Oder man lässt sich gar nicht erst auf Neues ein, um nicht völlig den Kompass oder die Selbstachtung zu verlieren. Im Ergebnis führt das beide Male nicht zu einer offenen Bürgergesellschaft, in der wir erst einmal neugierig erfahren möchten, was andere eigentlich meinen, sondern zu einer verfestigten Kategorisierungs-Gesellschaft, die einer vertrauensvollen Kooperation entgegensteht.

Dies ist ein sehr grundlegendes Hindernis für uns Deutsche: Angesichts von Nationalsozialismus und Kommunismus in unserem Land und der damit häufig einhergehenden biographischen Brüche liegt es für viele nahe, die Rekonstruktion der eigenen, der persönlichen Identität als biografisch schlüssigen Zusammenhang aufzugeben oder gar nicht erst zu versuchen. Würde man das doch tun, würde man individuell wie gegenseitig das vergangene Verhalten redlich prüfen und ein Verständnis für die zurückliegenden Motive von Fehlhandlungen wie für ihre nachträgliche wertgeleitete Beurteilung gewinnen, dann müsste man nicht mehr Angst haben vor sich selbst, vor der eigenen Vergangenheit, auch nicht vor den anderen. Man könnte Meinungsverschiedenheiten gelassener, ohne Rechthaberei und mit dem Vertrauen auf einen normativen Grundkonsens begegnen, der dann auch eine Einigung in Einzelfragen erlaubt. Stattdessen erleben wir eben heute in Deutschland eher, dass die eigene Biografie wie die Mitmenschen und die gesellschaftlichen Gruppierungen um uns herum in getrennte Schubladen gepackt werden, deren Inhalt nichts Gemeinsames verbindet. Ehedem und heute, Irrtümer und Einsichten, konservativ und links verbindet dann nichts mehr. Man kann eine Schublade nur öffnen, wenn man die andere geschlossen hat. Und es ist auch nicht tunlich, frühere Schubladen zu öffnen, weil darin Gefährliches lauern kann, bei sich selbst und bei den anderen. Außerdem muss man dauernd befürchten, sei-

nerseits von anderen einsortiert zu werden. Das ermutigt nicht gerade dazu sich zu öffnen, auf andere zuzugehen, auf ihre Kooperation zu setzen, sondern legt nahe, sich zurückzuziehen. So wird ein Habitus von Identitätsbrüchen, der jeder Verlässlichkeit entgegensteht, befördert. Das Resultat sind Unsicherheit, Angst, Misstrauen, Abschottung und Unterstellung auf der einen, Rechthaberei auf der anderen Seite. Keine gute Voraussetzung für eine Bürgergesellschaft.

Folgerungen für die Zukunft sozialer Demokratie

So müssen wir sowohl ein grundsätzliches als auch ein aus der deutschen Vergangenheit rührendes Hindernis angehen, um einer Bürgergesellschaft im Dienst der sozialen Demokratie, eines freiheitlichen und solidarischen Zusammenlebens, zum Gelingen zu verhelfen: Wir müssen versuchen, den Erosionstendenzen der modernen Gesellschaft auf freiheitliche Weise Einhalt zu gebieten und mit unserer Vergangenheit so offen wie möglich umgehen.

Ich sehe für das grundsätzliche Hindernis vor allem zwei Bereiche, die unser Leben als Bürgerinnen und Bürger schon rein äußerlich prägen und zur Keimzelle eines neuen bürgerschaftlichen Bewusstseins werden sollten: Arbeit und Familie.

Zuerst zur Arbeit: In Arbeitszusammenhängen zu leben, ist nicht nur wichtig für die materielle Unabhängigkeit, für das Gefühl, gebraucht – nicht benutzt! – zu werden, der Gesellschaft einen wertvollen Beitrag zu leisten und ein sinnvolles Leben zu führen, nicht nur wichtig, um persönliche Beziehungen zu knüpfen und um Selbstsicherheit, ein gelungenes Selbstwertgefühl und individuelle Zufriedenheit zu gewinnen. Arbeit ist damit auch eine entscheidende Voraussetzung dafür, eine tragfähige aktive Bürgergesellschaft am Leben zu erhalten. Resignierte unsichere Menschen haben es schwer, als Bürger zu handeln.

Die hohe Arbeitslosigkeit, die unsere Gesellschaft seit Jahren prägt, bietet neben all ihrer Verheerungen, wie manche Krisen, die Chance einer Neubesinnung auf kreative Lösungen. Denn wenn wir aus Gründen der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit den Wert und die Nützlichkeit von Arbeit über die Markthonorierung hinaus gemeinsam politisch neu bestimmen, wenn wir die traditionelle Erwerbsarbeit neu verteilen und die bisher als „privat“ de facto abgewertete Arbeit höher schätzen lernen müssen, dann können wir auch zu unerwartet neuen Horizonten für das andere Problem der Moderne, die Erosion der Familie, vordringen.

Mit Familie meine ich den Ort der Gesellschaft, an dem die entscheidenden Weichenstellungen in der Generationenabfolge geschehen und an dem, wenn sie gelingen, die besten Chancen für eine Sozialisation zum Bürger oder zur Bürgerin besteht. Die Mehrgenerationenhäuser, die es künftig staatlich gefördert geben soll, scheinen mir hierfür ein geradezu ideales „Gefäß“ zu sein. Denn familiäre Sozialisation klappt, wenn Eltern – Väter und Mütter, aber auch andere nahestehende Menschen – liebevoll, zuverlässig und partnerschaftlich miteinander umgehen und sich gemeinsam ebenso um die Kinder kümmern, mit ihnen zu einer partnerschaftlichen Gemeinschaft heranwachsen. Ich weiß, dass das vielen wie eine weit entfernte Vision klingen wird, dass überdies heute die Zahl der Alleinerziehenden unaufhörlich wächst. Mir liegt fern, diese zu diskriminieren, zumal ich selbst jahrelang meine Kinder allein erziehen musste – oder das zumindest versucht habe. Aber eben deshalb sind mir auch die herben Belastungen, die diese Konstellation für Kinder und Erwachsene einschließt, vertraut. Und so richtig es vielfach ist, unerträglichen Zerwürfnissen

durch Trennung zu entgehen, so unumgänglich es auch in der Regel ist, nach dem Verlust des Partners die Aufgabe eben allein weiterzuführen – so wenig leuchtet mir ein, dass wir deshalb die Probleme, die daraus erwachsen, herunterspielen oder die gute Alternative einer gelingenden Familie definitiv aufgeben sollten.

Freilich können wir sie nicht erzwingen und wir wollen sie nicht gegen die Freiheits- und Gleichheitserrungenschaften der Moderne realisieren, die eben ganz neue Familienstrukturen – im wesentlichen partnerschaftliche, freiwillig und gemeinsam beschlossene – erfordern. Wir können und dürfen auch nicht politisch regeln, was der persönlichen privaten Entscheidung überlassen bleiben muss. Aber wir können politisch die Rahmenbedingungen so ändern, dass der auch statistisch durchaus belegte Wunsch, zu stabileren und „bergenden“ Familien zu finden, nicht weiter derartig auf (manchmal unüberwindliche) Hindernisse in den äußeren Lebensumständen stößt, sondern sich leichter verwirklichen lässt. Dazu gehören tiefgreifende materielle und ideelle Veränderungen, von denen ich zum Abschluss nur einige, die mir besonders wichtig erscheinen, kurz nennen möchte:

Wenn die Erziehung der Kinder, die in der früheren Rollenverteilung weitgehend den Müttern zufiel, in der neuen Familie zugunsten der Kinder und der Eltern (z. B. gemeinsamer Erfahrungen für ihre Lebensgemeinschaft) von beiden wahrgenommen werden soll, und zwar so, dass sie sich nicht nur in einer genau durchkalkulierten Tagesorganisation die Klinke in die Hand geben, sondern sowohl für sich zu zweit als auch gemeinsam für die Kinder Zeit haben, dann müssen beide in der Zeit des Heranwachsens ihrer Kinder weniger Erwerbsarbeit leisten. Angesichts von deren Knappheit hätte das dann rundum günstige Konsequenzen, wenn dadurch nicht unerträgliche finanzielle Engpässe entstünden, sei es für diese akute Lebensspanne, sei es für spätere Rentenansprüche. Eine solche Regelung reduzierter gleichverteilter Erwerbsarbeit müsste deshalb mit einer ganzen Reihe weiterer Regelungen einhergehen, die diese Einbußen und Risiken zugunsten der Familie reduzieren, insbesondere auf dem Versicherungsgebiet. Dies könnte ein weiteres Argument dafür sein, die Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung zukünftig stärker von der Erwerbsarbeit abzukoppeln. Das Elterngeld scheint mir in diesem Kontext nur ein erster, wenngleich ungemein wichtiger Schritt zu sein.

Veränderungen müssten auch auf dem Feld der Wohnungs-, Verkehrs-, Bildungs- und Kulturpolitik erfolgen. Sie alle lassen sich gut begründen, wenn man bedenkt, dass die Sicherung des Fortbestandes einer freiheitlichen aktiven Gesellschaft ein Grundinteresse aller Bürger sein sollte, ja eine Überlebensbedingung der Demokratie ist, und dass die Generationenweitergabe unter den zunehmend schwierigen Bedingungen rasanten sozialen Wandels eine Stabilitäts-Leistung und ein Gut darstellt, deren Vorrang für die Demokratie gar nicht überschätzt werden kann.

Herausfordernder noch als die hier nur angedeuteten innovativen materiellen Regelungen ist vielleicht die provokative Einsicht, dass wir – wenn wir in neuen Familien leben wollen – unsere Lebensläufe anders gestalten müssen, insbesondere biografisch die Zeit der Familie und der beruflichen Karriere entzerren müssen. Denn wenn das Elternsein und der Höhepunkt der Karriere in dasselbe Lebensalter zwischen dem 30. und dem 45. Lebensjahr zusammenfallen, dann wird die neue Familie notwendigerweise zum Krüppel. Entweder die Kinder, die Mütter, die Väter oder alle zusammen bleiben auf der Strecke bzw. verbiegen sich, auch wenn das nach außen nicht immer sofort ins Auge fällt.

Angesichts der gegenwärtig ganz überwiegenden Tendenz, alles immer früher und so jugendlich wie möglich erreicht haben zu müssen – wie es dann später im Leben der Menschen und für die Gesellschaft als Ganze weitergeht, ist den vehementen Ruf nach jungem, geschmeidigem, leistungsfähigem professionellem Nachwuchs in der Regel unwichtig – wirkt dieses Postulat der Entzerrung für viele vermutlich naiv oder illusorisch. Aber wir haben in der Geschichte immer wieder Veränderungen in den Wertprioritäten erlebt. Überdies stellen wir alle fest, dass wir immer älter werden, mit fünfzig noch nicht zum alten Eisen geworfen werden möchten und in diesem Alter nicht nur weiter lernen können, sondern zudem ein Erfahrungswissen einzubringen haben, das jugendlicher Intelligenzschelle oder Experimentierfreude durchaus ebenbürtig oder sogar überlegen sein kann.

Häufig wird dagegen das „Argument“ vorgebracht, eine Verlangsamung unserer professionellen Karrieren würde uns zu Verlierern im globalen Wettbewerb machen. Aber die Erosionsprobleme, die am Anfang all dieser Überlegungen standen, sind ebenso global und brennend, und auch in anderen Teilen der Welt wird durchaus eindringlich die Frage gestellt, ob wir den diversen sozialen Problemen, die aus diesen Erosionserscheinungen erwachsen, wirklich nur mit polizeilichen und medizinischen Maßnahmen begegnen dürfen. Überdies können wir dann selbst die Rente mit 67 in einem anderen Licht sehen. Wir bleiben dann länger, aber ab Mitte 60 nach freier Entscheidung abnehmend, im Beruf, unser Lebensverlauf wird organischer, vorausgesetzt, wir sind nicht mit 60 verschlissen – was ohnehin verhindert gehört.

Dennoch, die Einsicht in diese Zusammenhänge ist noch bei weitem nicht so verbreitet, wie dies für rasche und erfolgreiche politische Maßnahmen erforderlich wäre. Aber sie wächst, gerade in der jüngeren Generation, für die die Frage nach einer sinnvollen Lebens- und Politikgestaltung noch von Bedeutung ist.

Es wird damit klar, dass die Bürgergesellschaft für eine soziale Demokratie nicht nur ein historisches Thema, sondern vor allem auch eine konkrete Vision darstellt. Genau betrachtet, liegt die Vision vor dem Hintergrund dieser Tradition auf der Hand: durch viele geduldige kleine Schritte an einer Gesellschaft zu bauen, in der wir uns, auch im Verhältnis der Geschlechter zueinander, nicht gegenseitig austricksen oder attackieren, sondern ergänzen, in der wir Konflikte offen und zugleich mit Sinn für Verständigung austragen, in der eine neue Form des Zusammenlebens uns lehrt, wie reich wir sein könnten und wie viel erfüllter sich unser Leben gestalten könnte, wenn wir unsere Fähigkeiten zusammentäten, mehr gemeinsame Erfahrungen austauschen könnten, aktiv und vertrauensvoll zusammen handelten und uns dadurch eine Welt schafften, in der es, bei aller Einsicht in unsere Endlichkeit, Freude macht zu leben.

Wenn die Politik es sich zur Aufgabe macht, diese Bedingungen auf allen Gebieten herbeizuführen, wenn sie vernetzt denkt und konsistent handelt, dann stellen wir vielleicht wieder ein Klima her, dass nicht nur die Bürgergesellschaft zu mehr Engagement ermutigt, sondern überhaupt zur Stärkung der Demokratie und zu mehr Vertrauen in sie beiträgt. Dafür müssen wir aber auch ein Stück weit loslassen, Kontrollansprüche aufgeben und den Bürgerinnen und Bürgern mit Optimismus, Zutrauen und ganz allgemein dem, was ich ein skeptisch-positives Menschenbild genannt habe, gegenüberreten. Eine solche Haltung wäre aus meiner Sicht ganz im Sinne der Sozialdemokratie.

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit.

Soziale Gesellschaft im Wandel

Franz Müntefering, MdB
Vorsitzender
Sozialdemokratische Partei Deutschlands



Lieber Sönke, vielen Dank für die freundliche Begrüßung. Glückwunsch zu deinem Geburtstag.

Es gibt da übrigens eine Doppelung: Der 3. Dezember ist der Tag, an dem die Katholiken den Heiligen Franz feiern. Das weißt du natürlich nicht, als geborener Norddeutscher. Ich weiß das noch aus meiner Jugend. Ich bedanke mich bei allen, die mir jetzt gratulieren wollen zum Namenstag.

Der Sozialstaat ist im Moment ja wieder auf der Höhe der Zeit. Alle sind plötzlich wieder dafür. Das war ja lange Zeit nicht so. Aber jetzt haben viele begriffen, dass das mit den Aktien und mit den großen Fonds, mit denen man seine Alterssicherung betreiben wollte ein wenig labil ist, um es freundlich zu sagen. Und plötzlich sagen alle wieder: Menschen für Menschen, das ist eigentlich das Beste.

Die, die schwach sind, müssen wissen, sie sind geschützt. Und die, die zurzeit keine Arbeit haben, müssen wissen, die die Arbeit haben, helfen ihnen. Menschen für Menschen, Generationen für Generationen. Das ist der Grundgedanke, der im Moment überall mit ganz breiter Zustimmung wieder aufgenommen wird.

Insofern ist die Sache mit dem Sozialstaat einfach. Aber Sozialstaat funktioniert nur, wenn er ergänzt wird von der sozialen Bürgergesellschaft. Der Sozialstaat ist im Grunde die Idee des Füreinander-da-seins. Alle zahlen ein und der, der darauf angewiesen ist, bekommt Hilfe, wenn er wirklich darauf angewiesen ist.

Die soziale Gesellschaft, die soziale Bürgergesellschaft ist das Miteinander. Die Menschen sind einander zugewandt. Das kann man nicht mit Gesetzen garantieren. Man kann garantieren, dass jemand, der arbeitslos wird, Arbeitslosengeld bekommt oder jemand, der krank wird, über die Krankenversicherung versichert ist. Man kann nicht garantieren, dass die Menschen sich solidarisch begegnen.

Dazu braucht man Menschen die bereit sind, sich zu engagieren, aufeinander zuzugehen, sich anzugucken und füreinander einzustehen. Und zwar nicht nur im sozialen Sinne des Helfens, auch in der Freizeit und insgesamt. Ich sage Ihnen, um das, was ich damit meine deutlich zu machen: Ich rechne auch den Karnevalsverein dazu!

Menschen brauchen Menschen, Menschen müssen Menschen begegnen können. Die, die sich engagieren, Zeit und ganz oft ja auch privates Geld investieren, tun mehr für die Entwicklung der Menschen und der Menschlichkeit in der Gesellschaft, als wir Politiker, wenn wir sonntags nur schön darüber reden. Deshalb sage ich ganz pauschal und ohne jetzt irgendeinen hervorzuheben: Alle, die sich engagieren, haben den Dank der gesamten Gesellschaft verdient.

Ganz gleich an welcher Stelle sie das machen. Diejenigen, die z. B. dafür sorgen, dass unsere Kinder Sport treiben können, in den Sportvereinen, die tun viel für die Entwicklung dieser Kinder. Das ist ein Dankeschön an Sie alle!

Ich bin sicher, ich predige hier in der Kirche. Die sich engagieren, halten im Grunde die Gesellschaft zusammen. Das ist der eigentliche Kitt der Gesellschaft. Nur weil das funktioniert, ist dies ein Land, indem wir alle miteinander gut leben können. Sozialstaat allein wäre es nicht. Soziale Bürgergesellschaft, das ist die entscheidende Dimension des Zusammenlebens der Menschen in diesem Land. Und dafür sage ich ein herzliches Dankeschön.

Wir haben als Politiker und Sozialdemokraten natürlich immer wieder darüber gesprochen, was wir tun können, um da wirklich erfolgreich zu sein. Denn das Einander-zugewandt-sein ist ja nur das Eine. Das Zweite ist, wie man das möglichst effizient macht. Da gibt es die alte Geschichte vom Sankt Martin, der seinen Mantel teilt und die Hälfte abgibt. Diesen Martin muss es immer wieder geben.

Aber: Wenn eine Gesellschaft eine soziale, eine solidarische Gesellschaft sein will, muss sie ihre Hilfe professionalisieren. Ich sage sogar: organisieren. Manchmal hat der ein oder andere Hemmungen, von Anfang an zu sagen, dass man seine Nächstenliebe, seine spontane Hilfsbereitschaft für die Menschen organisieren muss. Das halte ich für falsch.

Wenn man dem Anspruch gerecht werden will wirklich zu helfen und die vielen Probleme, die es gibt, vernünftig anzugehen, muss man das organisieren. Man darf es eben nicht der Barmherzigkeit des Einzelnen überlassen, ob er nun mal gerade Lust hat an einem Tag zu helfen und an einem anderen nicht. Sondern dazu muss es einen Verein, einen Verband, oder die freie Wohlfahrtspflege geben. Da muss ein Sportverein sein, da muss eine Feuerwehr sein, ein THW sein, was auch immer. Man muss es organisieren.

Man muss sich darauf verständigen, dass zusammen geholfen wird. Es wird immer noch genügend Gelegenheit geben, wo Einzelne Einzelnen helfen. Wo er oder sie spontan sagen: "Dir geht es schlecht, ich kümmere mich um Dich."

Das gibt hoffentlich alles in der Gesellschaft, in der Familie, in der Nachbarschaft, da wo Menschen sich kennen.

Aber wenn man Gesellschaft, Bürgergesellschaft organisieren will, muss man wissen, dass das organisiert werden muss. Deshalb ist es nötig, dass man sich dazu bekennt. Dass es freie Wohlfahrtspflege gibt zum Beispiel. Sozialdemokraten kennen die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt seit 1919. Es sind jetzt 90 Jahre, im Dezember 2009, dass es die Arbeiterwohlfahrt gibt, natürlich gibt es auch andere große, vergleichbare Organisationen, die in diesem Sinne tätig sind.

Manchmal, bemerkt man schon eine kleine Spannung zwischen den Ehrenamtlichen und Freiwilligen und denjenigen, die das hauptamtlich machen müssen: Wer ist eigentlich wie wichtig?

Beides ist unverzichtbar. Wir brauchen natürlich für solche Organisationen einen hauptamtlichen Zweig, es muss das Gerüst geben, das Rückgrat gewissermaßen und es muss viele andere Menschen geben, die darüber hinaus mitmachen und die bereit sind, sich zeitweise einzusetzen.

In der letzten Zeit habe ich mir in den Städten und Gemeinden einige solcher Freiwilligendienste angesehen. Auch die fügen sich ein in eine gewisse Systematik. Also, da habe ich einen Ingenieur getroffen, der nicht dann in die Schule kommt, wenn er mal gerade Lust dazu hat, sondern der jeden Donnerstag Mittag um 13.00 Uhr, für drei oder vier Stunden das nächste halbe Jahr kommt. Er baut mit den jungen Leuten Papierflieger, erklärt ihnen dann auch etwas über Aerodynamik.

Der macht das umsonst, kostenlos und sehr verlässlich. Die Kinder kommen da hin, ohne dass sie gezwungen sind. Ohne Zensuren, sie haben nichts davon, keiner hat was davon, außer dass alle daraus lernen. Eine grandiose, soziale Sache, die der Mann macht. Oder die Englischlehrerin, die ganz gezielt da hin geht und zusätzlichen Nachhilfeunterricht gibt, den dreien oder viere die nicht klarkommen.

Oder Männer und Frauen, die losgehen und Pate werden für Kinder in der Hauptschule, die das nicht alleine schaffen in der siebten oder achten Klasse. Sie kümmern sich um die Kinder, sagen ihnen zum Beispiel, wie wichtig es ist, einen Schulabschluss zu haben. Sie gehen mit ihnen nach Hause und helfen ihnen, zumindest den Schulabschluss und später die Ausbildung hinzubekommen.

Ganz praktische, konkrete Beispiele. Das sind Leute, die nicht mal irgendwann in einem Anflug von Barmherzigkeit jemandem helfen, sondern die sich in die Reihe stellen und mithelfen. Systematisch und organisiert. Ich finde, da darf man bei all dem, was man zur Notwendigkeit von Hilfsbereitschaft sagt, sich auch nicht zu schade sein, dass man diese Art der Organisation ganz ausdrücklich für unverzichtbar hält, wenn man der Aufgabe wirklich gerecht werden will.

Was müssen wir als Politiker machen? Wir müssen versuchen zu helfen, dass die Idee der Freiwilligendienste um sich greift, dass sie noch besser als bisher genutzt wird. Dazu will ich drei Dinge ganz kurz sagen.

Erstens: Wir reden in Deutschland unter der Überschrift der demografischen Gesellschaft sehr viel darüber, dass wir zu wenige Kinder haben in Deutschland.

Und ich habe vor 14 Tagen noch mal die Zahlen gehört aus Brandenburg, die hatten 1990, glaube ich, 70.000, 80.000 Geburten, im letzten Jahr etwa 18.000 oder 20.000. Da sieht man, was da los ist. Trotzdem ist es nicht Sache der Politik dafür zu sorgen, dass Familienplanung in anderer Weise stattfindet. Ich gehe sogar so weit zu sagen, dass es gut ist, die Möglichkeiten der Familienplanung heute so zu nutzen, dass Paare entscheiden können, ob sie Kinder haben wollen, wann und wie viele.

Eine meiner Großmütter hatte 14 Geburten. 12 Kinder wurden erwachsen. Die Frauen damals waren mit 35 oder 40 Jahren erschöpft vom Kinderkriegen und vom Kinder versorgen. Und das, was wir heute haben, ist deshalb auch ein Schritt für mehr Freiheit der Menschen.

Deshalb sollten wir nicht darüber sprechen, dass wir zu wenige Kinder haben, sondern sollten uns um die Kinder, die wir haben, kümmern. Da haben wir genug miteinander zu tun. Die müssen von uns eine ordentliche Betreuung und eine ordentliche Begleitung haben. Wenn wir das machen, haben wir eine der ganz großen zentralen Aufgaben erfüllt. Von der Vorschule an, über den Kindergarten, über die Schule ins Leben hinein. Das ist die erste Aufgabe, die wir haben. Und auch da kann im ehrenamtlichen Bereich viel passieren. Meine herzliche Bitte: Uns Zeit zu nehmen für die Kinder, die wir haben. Denn es ist ganz wichtig, wie die Kleinen zwischen uns Großen heranwachsen.

Früher erzogen Geschwister Geschwister, heute hat die Hälfte der Kinder, die zurzeit im Kindergarten sind, gar keine Geschwister. Was passiert mit denen? Und wie läuft das eigentlich dort? Wenn man mit denjenigen spricht, die Kinder bei ihrer Einschulung beurteilen, berichten sie, dass die Kinder früher sportlich besser drauf waren, aber dass sie sich auch besser ausdrücken konnten.

Jetzt will ich das Fernsehen gar nicht nur dafür verantwortlich machen. Aber wenn ich höre, dass Kinder morgens in die Schule kommen und vorher schon eine erste Portion Fernsehen gesehen haben, dann konnte ich das erst einmal gar nicht glauben, aber das gibt es alles.

Das ist alles verrückt und deshalb sage ich allen, die ehrenamtlich unterwegs sind, sie sollen sich das noch einmal genau anschauen. Wo gibt es die Chance, den Kindern eine Möglichkeit zu geben, vernünftig ins Leben hinein zu wachsen? Ganz besonders denen, die zu Hause nicht die nötige Begleitung haben. Das ist eine große Frage für die Zukunftsfähigkeit dieser Gesellschaft insgesamt.

Und das Zweite, die Älteren. Wir sind eine älter werdende Gesellschaft.

Wir haben noch kein treffendes Wort dafür. Wir sprechen von Älteren und wir sprechen von Alten. Das Interessante ist, dass die Älteren dabei jünger sind, als die Alten. Also mit 60, 65 ist man älter, aber dann, wenn man 80 ist, ist man alt. Man hat die Reihenfolge noch nicht so ganz genau drauf.

Das ist eine große Generation, die da über 60 ist, das sind eigentlich zwei Generationen oder drei. Ein Teil davon schwärmt von Zarah Leander, der andere für die Beatles. Das ist die Dimension dieser älteren Gesellschaft!

Nun gibt es eine interessante Sache, die bedacht werden muss, wenn man ehrenamtlich tätig und in freiwilligen Diensten ist. In den ersten 18 Jahren haben wir das Leben ziemlich gut organisiert. Wir haben eine Schulpflicht, die stellt keiner in Frage. Wir haben eine Vorschule, inzwischen unbestritten, Krippen und Kindertagesstätten.

Ich weiß noch, als ich vor fünf Jahren zum ersten Mal mit Stoiber, wir kannten uns ja ein bisschen näher, richtig intensiv über Krippen gesprochen haben. Der wusste nur, dass das was mit Weihnachten zu tun hat. Er hat das gar nicht gewusst, was das auch noch bedeutet .

Wir machen Ausbildungen, sozusagen obligatorisch. Für die über 60-jährigen ist wenig organisiert, es ist sozusagen ein freier Markt. Da gibt es etwas Vergleichbares nicht. Und die Frage ist doch, ob das wird das ein Markt ist, der sozial ist oder wohin entwickelt sich das?

Da steckt ja eine Menge Geld drin, aber da steckt auch eine Menge Risiko drin. Was findet in dieser Gruppe statt? Wie viele Menschen kommen in stationäre Einrichtungen? Wann? Gibt es eigentlich Netzwerke in den Städten und Gemeinden, in denen man füreinander sorgt? Und zwar so, dass diese Netzwerke auch halten, dass die Menschen auch wenn sie älter sind in den Wohnungen, in denen sie lange mit Familie und Kindern gelebt haben, bleiben können.

Gibt es in unserer zeitreichen Gesellschaft auch die Bereitschaft einen Teil seiner Zeit einzusetzen für die anderen — und zwar systematisch? Nicht nur nach Beliebigkeit. Wir werden 10 Jahre älter, als die, die 1960 vergleichbar alt waren. 10 Jahre, das sind 88.000 Stunden.

In der Firma, in der man arbeitet, ist man normaler Weise nur etwa 55.000 bis 60.000 Stunden in seinem ganzen Leben. Jetzt kommen 88.000 Stunden noch oben drauf — Schlafen auch — , aber was macht man eigentlich mit dieser ganzen Zeit?

Die ersten sagen, „Also ich bin jetzt Rentner, ich muss mich jetzt nicht mehr kümmern“. Da sage ich: „Nein! Es gibt in der Demokratie keinen Schaukelstuhl.“ Und das sage ich ganz im Ernst. Das müssen wir tief in die Köpfe und Herzen hinein reden und deutlich sagen.

Wenn man 65 ist, 70, 75, 80 und 90 und man hat alle sieben Sinne beisammen, ist man auch mitverantwortlich für das, was in der Demokratie gelingt oder nicht gelingt. Es gibt keinen Schaukelstuhl. Du scheidest aus deinem Beruf aus, mit 65 oder 67, oder 70 Jahren. Aber du scheidest nicht aus deiner Mitverantwortung für die Gesellschaft aus. Das müssen alle wissen, das muss man ihnen sagen, damit keiner sich gerechtfertigt fühlt, nur weil er jetzt 68 oder 70 Jahre alt ist und meint, das ginge ihn alles nicht mehr an. Das ist nicht so.

Was können die, die älter sind, tun? Nun sind ganz viele dabei, die sich sehr engagieren. Ich weiß das und man muss auch immer wieder loben und hervorheben, was da alles an wirklich guten Sachen passiert. Trotzdem gibt es Erlebnisse, wie ich sie im letzten Jahr haben musste, wo ich Leute getroffen habe, die liegen ganz lange in Krankenhäusern und Kliniken und irgendwann fragst du sie, warum sie nie Besuch bekommen. Ja, es gibt ein Kind, aber der Sohn oder die Tochter muss in München arbeiten. Enkelkinder gibt es oft nicht. Die alte klassische Familie, mit den alten Eltern und drei oder vier Kindern und dann 10 Enkelkindern gibt es immer seltener.

Es ist eine neue Situation entstanden. Und man fragt sich: Es muss doch irgendwo Leute geben, die ganz viel Zeit haben und die gar nicht genau wissen, was sie damit anfangen sollen. Da sind auf der anderen Stelle welche, die möchten gerne eine Begleitung haben. Das Imponierendste in diesem Zusammenhang waren übrigens für mich die Hospizbewegungen. Übrigens 95 Prozent Frauen begleiten dort Menschen auf ihrer letzten Wegstrecke — da frage ich uns Männer: Können wir das nicht? Muss man nicht doch mal überlegen, ob die Männer eine solche Aufgabe nicht auch übernehmen würden.

Gut, ich will damit nur sagen, in aller Kürze — es gibt unglaublich viel an Möglichkeiten, aktiv zu sein. Auch wenn es nur um das simple Zusammenleben geht, um Kontakte, die zwischen Menschen stattfinden. Auch in dem Bereich bevor es zur Pflegebedürftigkeit kommt. Das ist die eigentlich größte Stärke, die wir in dieser Gesellschaft haben und dazu gehören alle Organisationen, die auf diesem Gebiet tätig sind, natürlich auch.

Ich komme gerade von einer deutsch-türkischen Unternehmerrunde — wir haben natürlich viel über die Migrationsfragen gesprochen: Was findet da statt? Was muss man da tun? Es war imponierend, was einige dazu gesagt haben. Nicht übertrieben fordernd und auch nicht zu viel erwartend, aber doch in großer Sorge um das, was geschieht.

Wir haben 80.000 junge Menschen, die kommen ohne Abschluss aus der Schule. Das sind in 10 Jahren 800.000. Viele mit Migrationshintergrund. Und ich habe dort zwei Beispiele aus zwei verschiedenen Schulen erzählt. In der ersten Schule passierte mir folgendes: Ich habe gesagt: "Ihr müsst die Eltern einbeziehen, damit die wissen, wie wichtig es ist, in unserer Gesellschaft, dass die Kinder einen vernünftigen Schulabschluss machen". Da haben sie in der Schule gesagt, dass sie zweimal im Jahr einen Elternabend machen. Es stellte sich allerdings heraus, dass schriftlich auf Deutsch eingeladen wird und kaum einer das versteht. Daher kommt auch niemand zu den Elternabenden. Dann atmest du tief durch und fragst dich: Kann das denn sein, dass das nicht funktioniert in dieser Gesellschaft? Gibt es denn keine Zusammenarbeit intensiver Art auch mit türkischen, oder vielleicht Migrantenvereine oder anderen Initiativen ?

Vermitteln wir den Eltern dieser Kinder die Bedeutung der Schulbildung? Und helfen wir denen dabei, dies zu verstehen und den Weg zu gehen?

Ich war in einer anderen Schule, zwanzig Kinder aus vierzehn oder fünfzehn Nationen in einer Klasse. Sehr unterschiedlich. Mit und ohne Kopftuch. Die hatten noch nicht alle einen Ausbildungsplatz, aber man hat gemerkt, die sind fürs Leben vorbereitet und die werden es bestehen.

Ich habe die Schulleiterin gefragt, wieso das eigentlich so klappt ? Und dann sagte sie, dass sie dritte Personen in die Schule holt. Dritte Personen — das sind Ältere oder auch Jüngere, Leute die was können, die stundenweise helfen und die einzelne junge Leute ganz konkret ansprechen und ihnen Hilfestellung geben. Die mit ihnen in ihre Familie gehen und dort mit den Eltern sprechen und so mithelfen, dass das einen vernünftigen Weg nimmt. Leute, die was davon verstehen sagen mir, man rettet so nicht alle, aber die Hälfte.

Ich habe als Arbeitsminister — und der Olaf Scholz macht das heute auch immer noch — Geld gegeben, für die 17 bis 18-jährigen, damit sie nachträglich den Schulabschluss machen, das muss man auch weiter machen. Ich habe trotzdem immer auch ein schlechtes Gewissen dabei gehabt, weil ich weiß, wenn man das Geld einsetzen würde für die Drei- oder Vierjährigen, würde man das Problem überhaupt nicht erst entstehen.

Es ist doch ein Unding, dass in Deutschland Kinder in die Schule kommen, die die deutsche Sprache nicht können. Auch da muss man fragen: Kann da nicht Freiwilligendienst helfen? Wie läuft das in den einzelnen Städten und Gemeinden?

Letztlich führt das, meine Damen und Herren und liebe Freunde, immer auf einen Punkt hinaus: Die Städte und Gemeinden werden neues Gewicht gewinnen. Da entscheidet sich, ob die soziale Bürgergesellschaft funktioniert oder nicht. Es entscheidet sich in den Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen.

Als wir bei dir, lieber Sönke, in dem Mehrgenerationenhaus waren, habe ich gemerkt: Hier gehen die Menschen hin, weil sie dort Informationen bekommen. Oder es gibt Angebote — wenn zum Beispiel die Mütter einkaufen gehen, können sie die Kinder da für ein paar Stunden abgeben, ohne dass sie in einem bestimmten Schul- oder Vorschulsystem drin sind. Einfach solche Hilfe zu geben und Nachrichten und Informationen zu haben, für die, die plötzlich mit neuen Situationen konfrontiert sind. Das ist etwas, was unsere Städte und Gemeinden vor Ort in ganz besonderer Weise leisten müssen.

Wir als Politiker dürfen uns nicht raus reden. Wir müssen das, was wir gesetzlich tun können, tun. Wir müssen auch denen, die ehrenamtlich tätig sind im Rahmen dessen, was geht, helfen. Wir können keine Honorare dafür zahlen und keinen Lohn, aber wir haben mit der Übungsleiterpauschale, mit dem veränderten Stiftungsrecht, mit den Möglichkeiten auch die Gewinne aus einigen Veranstaltungen im Jahr doch über das hinaus, was früher üblich war, in die Arbeit einzubeziehen, eine gewisse Hilfestellung gegeben.

Im Freiwilligendienst ist es üblich, dass, wenn ordentliche Verträge gemacht werden, der Weg von und zur Arbeit „versichert“ ist. Alles keine Kleinigkeit. Dass die, die in einem Haushalt arbeiten auch solche Versicherungen abschließen können, damit sie, wenn sie mal versehentlich eine teure Vase umwerfen, die nicht bezahlen müssen — alles Dinge, die wichtig sind, die man vielleicht auch noch an der einen oder anderen Stelle ausbauen kann. Ich bin jedenfalls stolz drauf.

Als Willy Brandt Kanzler war, haben wir die Übungsleiterpauschale eingeführt mit 100 DM. Als Helmut Schmidt Kanzler wurde, haben wir erhöht auf 200 DM. Als Gerhard Schröder Kanzler wurde, haben wir erhöht auf 300 DM. Peer Steinbrück hat jetzt erhöht auf 2.100 Euro im Jahr. Und wenn Frank-Walter Steinmeier im nächsten Jahr Bundeskanzler ist, werden wir das wieder erhöhen. Ich kann es Ihnen schon heute versprechen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche noch eine gute Diskussion.

.....

Impulse von Wegbereitern und Wegbegleitern

Marlies Brouwers
Vorsitzende
Deutscher Frauenrat



Der Deutsche Frauenrat ist eine Vereinigung von fast 60 bundesweit aktiven Frauenverbänden und -organisationen. Zu den Mitgliedern zählen konfessionelle Verbände und Berufsverbände, die Frauengruppen der Parteien, der Gewerkschaften und des Deutschen Olympischen Sportbundes, außerdem überkonfessionell und überparteilich arbeitende Organisationen mit vielfältigen sozialen und politischen Aufgaben.

Seine Stärke zieht der Deutsche Frauenrat aus der Vielfalt seiner Mitgliedsverbände. In seinen Reihen bildet sich das ganze Spektrum des demokratischen, frauenpolitischen Interesses und Engagements ab. Somit hat sich der Deutsche Frauenrat in seiner über 50-jährigen Geschichte zur wichtigsten Lobby von Frauen in diesem Land entwickelt.

Aus Sicht von Frauen zum Ehrenamt ist zu beachten, dass

- Frauen um die 30 – also in der Zeit der Familiengründung – sich auch aus ehrenamtlichen Tätigkeiten zurückziehen, während Männer in dieser Phase ihr Bürgerschaftliches Engagement verstärken
- In fast allen Bereichen auch des freiwilligen Engagements die leitenden Positionen nach wie vor von Männern besetzt sind, während Frauen ausführend tätig sind.

Die Politik hat dazu verlässliche Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement zu schaffen und glaubwürdig zu vermitteln, dass sie die Beiträge der Bürgerinnen und Bürger als notwendigen Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens sieht.

Die Verbände und Organisationen müssen sich zur Weiterentwicklung denjenigen gegenüber öffnen, die in ihrer Arbeit neue, vielleicht auch auf den ersten Blick sperrige Ideen einbringen und dabei Sorge dafür tragen, dass leitende und ausführende Arbeiten geschlechtergerecht verteilt werden.

.....

Dr. Michael Bürsch, MdB Vorsitzender Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages



Mut zur Bürgergesellschaft

Die Entwicklung unseres Gemeinwesens sollte sich maßgeblich am Leitbild Bürgergesellschaft orientieren. Ein solches Leitbild umreißt die Vision von einem neuen Gesellschaftsvertrag: Ein aktivierender Staat unterstützt, fördert und ermöglicht Bürgerschaftliches Engagement, ohne sich aus seiner Verantwortung zurückzuziehen. Die Wirtschaft übernimmt gesellschaftliche Verantwortung nicht nur durch Spenden und Sponsoring, sondern durch ein gezieltes Zusammenwirken von Staat und Bürgergesellschaft. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger nutzen ihre Fähigkeiten und Erfahrungen, um aktiv Mitverantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Zwar ist diese Perspektive heute erst in Umrissen zu erkennen. Doch scheint gerade in den letzten Jahren Bewegung in den Diskurs der Bürgergesellschaft gekommen zu sein. Es gelangt zunehmend ins Bewusstsein, dass die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements nicht nur karitativen Zwecken dient, sondern

vor allem Demokratieförderung bedeutet. Menschen zu befähigen, sich in ihre eigenen Angelegenheiten einzumischen: Das muss das Credo einer sozialdemokratischen Politik für die Bürgergesellschaft sein. Dazu brauchen wir neben verbesserten rechtlichen Rahmenbedingungen auch dringend eine Kultur der Anerkennung des Bürgerschaftlichen Engagements.

Hans-Joachim Derra Beauftragter für das Ehrenamt Technisches Hilfswerk



Die ehrenamtliche Bürgeraufgabe „Lebensrettung“ fordert beste Ausbildung, beste Ausstattung und beste Betreuung. Sie hat auch Grenzen!

Wer ein universelles Versprechen zur Rettung aus schwierigen Notlagen abgibt, muss in allen „Disziplinen“ bestens vorbereitet sein.

Wo entstehen Grenzen?

- Zunehmende Verwaltungsarbeit – oftmals als Bürokratisierung wahrgenommen – wirkt bezüglich der ehrenamtlichen Motivation als „Spaßbremse“.
- Zunehmende gesellschaftliche „Anfälligkeit“ und höhere Zivilisationsabhängigkeit
 - bei Stromausfall ist nicht für jeden Bürger sofort Hilfe vorrätig; Erwartungen werden zwangsweise enttäuscht,
 - gesellschaftliche „Katastrophen“ (Extremismus, Drogen, Gewalt an Schulen, mangelnde Ausbildungsplätze) können ehrenamtliche Organisationen nur in Teilen kompensieren,
- Mobilität und Globalisierung der Arbeitswelt reduzieren die Freizeitrefugien für Hilfsorganisationen.

Der Vertrag „Bürger - Staat“ muss verlässlich, aber – den Anforderungen entsprechend – immer wieder neu justiert werden

Bevölkerungsschutz benötigt eine verlässliche Ressourcenplanung:

- hauptamtliche Betreuung,
- ordentliche Stützpunkte,
- langfristige und stabile Programme.

Das gerade erschienene interfraktionelle „Grünbuch – Risiken und Herausforderungen für die Öffentliche Sicherheit in Deutschland“ des Zukunftsforums Öffentliche Sicherheit ist ein gutes Signal für eine Neujustierung des Vertrages Bürger – Staat.

Hilfsorganisationen müssen bei allen Zielgruppen in der Pole-Position bleiben.

Wer sich ständig und freiwillig in Fähigkeiten und Kenntnissen vervollkommnet, seinem Nächsten zu helfen, dabei aber auch davon ausgeht, nie eingesetzt zu werden, bedarf der besonderen Wahrnehmung und Anerkennung durch Presse, staatliche Organe, Arbeitgeber und Familie.

Ursula Helms Geschäftsführerin Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen



Wertschätzung, Förderung und einladende Beteiligung der Selbsthilfe

1. Bürgerschaftliches Engagement muss vielfältig sein dürfen

Das freiwillige, nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtete bürgerschaftliche Engagement ist so unterschiedlich in seiner Form, Ausgestaltung und Ausprägung wie die gesellschaftliche und persönliche Situation der einzelnen Menschen, die sich engagieren.

Der Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ hat die Vielfalt der Engagementformen hervorgehoben und gewürdigt. In jüngster Zeit wird Bürgerschaftliches Engagement vermehrt mit Ehrenamtlichem Engagement gleichgestellt ohne Herstellung eines Bezugs zu anderen Formen des Engagements.

Traditionell ehrenamtlich Engagierte sind z. B. die Freiwilligen im Katastrophenschutz, beim Rettungsdienst, bei den Besuchsdiensten usw. Ihnen gebührt ein hoher Respekt. Für diese Aufgaben wird eine Aufwandsentschädigung mit der steuerlichen Privilegierung der „Übungsleiterpauschale“ gezahlt und es werden als Anerkennung Medaillen und Ehrungen für langjähriges Engagement erteilt.

Das hält aber viele Menschen nicht davon ab, sich freiwillig und selbstlos in neuen Engagementfeldern und der Selbsthilfe zu verpflichten, ohne entsprechende Bestätigung in Aussicht zu haben. Wenn aktive und zugewandte Menschen einen Bedarf erkennen – aus eigener Betroffenheit heraus, aufgrund eines Problems eines Familienmitglieds, in der Nachbarschaft oder in der Schule – werden sie tätig. Aufmerksame Nachbar/innen in einer Gemeinde, Mitglieder von Selbsthilfegruppen und -organisationen verdienen auch Aufmerksamkeit, Wertschätzung, Unterstützung, Respekt. Ich weiß, dass aufmerksame und hilfreiche Nachbar/innen oft wichtiger sind, als professionelle Dienste mit ihren punktgenauen Dienstleistungen, dass Elternvertreter/innen sich für alle Kinder einer Klasse einsetzen. Und ich habe viele Mitglieder von Selbsthilfegruppen kennengelernt, die immer für die anderen in ihrer Gruppe da sind, die sich weit über ihre eigene Gruppe hinaus engagieren, die Interessierten mit Rat und Tat zur Seite stehen und insgesamt einander stärken.

Deshalb steht für mich in der Gesellschaft der Gemeinsinn vor dem Gemeinwohl! Der Gemeinsinn ist das soziale Netz unserer Gesellschaft. Und deshalb sind traditionelles Ehrenamt, neues Ehrenamt, freiwilliges Engagement und Selbsthilfe gleichermaßen wertvoll: Wir brauchen in unserer Gesellschaft den Fürsorgeaspekt des Ehrenamtes bis hin zum Emanzipationsaspekt der Selbsthilfe.

2. Bürgerschaftliches Engagement benötigt Wertschätzung und Unterstützung

Eine Förderung des Engagements muss, um wirksam zu unterstützen, die Menschen nicht nur dort abholen, wo sie gerade stehen, sondern auch auf gleicher Augenhöhe dort hinführen, wo Engagement sowohl persönliche Erfüllung und Problemlösung als auch Wirkung in gesellschaftlichen Entwicklungs- und Gestaltungsfeldern zeitigt.

Die Förderung und der Erhalt des Gemeinsinns in unserer Gesellschaft benötigt Rahmenbedingungen, die das Engagement unterstützen. Dabei sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten,

- dass sie Eigeninitiative und Gestaltungsfreiheit zulassen und
- dass sie zuverlässig und nachhaltig Engagement fördernde Strukturen schaffen.

Dabei ist die Gestaltung der Rahmenbedingungen selbst Ausdruck der Wertschätzung. Für die Engagierten in der Selbsthilfe beginnt ausreichende Wertschätzung bereits damit,

- dass sie beratend und begleitend unterstützt werden,
- dass sie freiwillig engagiert tun dürfen, was sie selbst als notwendig und wichtig erkannt haben.

Infrastruktur- und Beratungsseinrichtungen sind in unserem Feld anerkannt und stark genutzt. Die Mitarbeiter/innen der Selbsthilfekontaktstellen informieren über die Möglichkeiten der Selbsthilfe, setzen sich mit den Bedürfnissen der Engagierten auseinander, fördern und unterstützen sie, begleiten Gruppengründungen, betreuen insgesamt 40.000 Selbsthilfegruppen bundesweit:

- Selbsthilfekontaktstellen sind die Orte, mit denen sich die Engagierten identifizieren, es sind ihre Orte, ihr Raum für die Aktivitäten ihrer Selbsthilfegruppe,
- die Verfügbarkeit dieses Ortes, ihres Raumes ist Ausdruck der Wertschätzung.

Allerdings ist oft nicht gewährleistet, dass die Mitarbeiter/innen der Selbsthilfekontaktstellen diese Ressource auch selbst dazu nutzen können, ihre eigene Arbeit weiterzuentwickeln oder sich fortzubilden, wenn sie Jahr für Jahr Zuwendungsanträge stellen und verhandeln müssen.

Bei diesen Verhandlungen fühlen sie sich unter Umständen auch selbst in Frage gestellt:

- Brauchen wir diese Arbeit überhaupt?
- Ist die Einrichtung zertifiziert?
- Gibt es nicht andere Zuwendungsgeber, die zuständig sind?

Nur selbst wertgeschätzte Unterstützer/innen können die notwendige Nachhaltigkeit und die eigene Expertise entwickeln und erhalten und den Engagementwilligen zuverlässig die Wertschätzung zeigen, die diese verdienen.

Deshalb sind Infrastruktur- und Beratungseinrichtungen für das Engagement nachhaltig als öffentliche und sozialrechtliche Pflichtaufgabe zu entwickeln und zu verstetigen.

3. Bürgerschaftlich Engagierte in der Selbsthilfe wünschen Beteiligung und Wirkung

Das Engagement aus eigener Betroffenheit heraus und die Ziele der Selbsthilfe — Emanzipation und Partizipation — bilden eine tragfähige Grundlage für einen sozial-, gesundheits-, jugend- oder familienpolitischen Diskurs in der Gesellschaft, zu ihren Rahmenbedingungen und in ihre Zukunftsgestaltung hinein.

Wer sich engagiert, möchte Früchte seiner Arbeit sehen. Das gilt für die berufliche Tätigkeit gleichermaßen wie für die unentgeltliche, freiwillige Aufgabe.

Bei Unternehmen kann aus diesem Grund ein so genanntes „betriebliches Vorschlagswesen“ vereinbart werden. Innovative Ideen für Effizienz- oder Ertragssteigerung können damit angemessen und geregelt belohnt werden. Mit diesem Verfahren kann ein Unternehmen den Mitarbeiter/innen zugleich verdeutlichen, dass ihr Einsatz, ihr Engagement geschätzt und wahrgenommen wird.

Gleiches wünschen wir uns für das Feld des freiwilligen Engagements. Auch gestaltende Politik kann innovative Ideen nutzen, um ganz nah an der Gesellschaft zu bleiben, um Betroffenenzustand für Gesetzgebung und andere Regelungen zu nutzen, um den eigenen Erfahrungshorizont zu erweitern. Es gibt viele Regelungstatbestände, von denen die Bürger einer Gesellschaft erst dann erfahren, wenn sie selbst mit den zu regelnden Sachverhalten in Berührung kommen. Politik trifft hingegen Regelungstatbestände, i. d. R. ohne Erfahrung mit den zu verhandelnden Sachverhalten.

Erfahrungen von Menschen, die mit den Problemen vertraut sind, deren Behebung oder Linderung oder Vermeidung ein Gesetz oder eine Richtlinie regeln soll, könnten für die Ausgestaltung des Rechts daher von großem Nutzen sein — wenn sie nur mal gefragt würden: in der Kommune, auf Landes- wie auf Bundesebene. Insbesondere aber könnten bürgerschaftlich Engagierte bei der Weiterentwicklung der Bücher des Sozialgesetzbuches gefragt werden, denn dieses Buch regelt Bedingungen für unsere Solidargemeinschaft.

Aus diesem Grund sind Beteiligungsrechte in allen Büchern des SGB und auch auf kommunaler Ebene zweckdienlich zu verankern und zu befördern.

Sönke Jacobs Bundesgeschäftsführer Deutscher Feuerwehrverband



Bildung, Vielfalt, Vertrauen: Drei Schlüssel zu mehr Engagement

Erfahrungen im Ehrenamt und das Abschalten durch Umschalten bereichern das Leben, geben Selbstvertrauen und stärken die Fähigkeit, besondere Herausforderungen zu meistern. Dieser Erfahrungsgewinn steht Millionen Menschen offen, die sich in den Freiwilligen Feuerwehren oder anderswo bürgerschaftlich engagieren.

Wir appellieren an die Politik, Reformen und Initiativen zur Bildung auch aus Sicht bürgerschaftlichen Engagements zu denken. Die vielfältigen technischen Ausbildungen bei der Feuerwehr sollten auch im Beruf anerkannt werden.

„Unsere Welt ist bunt“ heißt die erfolgreiche Integrationskampagne der Deutschen Jugendfeuerwehr. In ihrem Sinne treten wir ein für eine Kultur der Anerkennung, der Gleichberechtigung, des Respekts und der Vielfalt. Wir möchten alle Gesellschaftsgruppen gewinnen, auch Migrantinnen und Migranten!

Unser Gemeinwesen baut auf vielfältigem Bürgerschaftlichem Engagement auf. Der Staat traut den bürgerschaftlich Engagierten im Grundsatz eine Menge zu. Darauf sollte er sich wieder stärker besinnen.

Denn was gut funktioniert, wird oft ohne Augenmaß professionalisiert und reglementiert. Den Deutschen Feuerwehrverband treiben beispielhaft die maßlose Einschränkung des Pkw-Führerscheins sowie die Reform der Feuerschutzsteuer um, bei der 320 Mill. Euro auf dem Spiel stehen.

Trauen Sie Ehrenamtlichen zu, dass sie ihre Obliegenheiten selbst sachgerecht beurteilen können. Das ist ein zentraler Schlüssel, Bürgerschaftliches Engagement zu stärken.

.....

Dr. Ansgar Klein Geschäftsführer Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement



Anforderungen an Engagementpolitik Verlässliche Infrastrukturen und eine Einbeziehung der Bürgergesellschaft

Für die Akteure im Feld ist klar: Auf Bundesebene erfährt die Engagementpolitik derzeit eine deutliche Aufwertung: Für diese Einschätzung hier nur einige Stichworte:

- die kontinuierliche Arbeit des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement bereits in der 2. Legislatur,
 - die Vernetzung von über 200 Organisationen aus Bürgergesellschaft, Wirtschaft, Staat und Kommunen,
 - ein Beauftragter des BMFSFJ für „ZivilEngagement“,
 - eine Stärkung der Anstrengungen und der Organisationsaufstellung im federführenden BMFSFJ,
- eine eigene Haushaltstitelgruppe für Engagementpolitik,
 - die geplante Kabinettsbefassung zu Engagementpolitik ab Januar 2009,
 - der Startschuss für einen regelmäßigen Engagementbericht für Parlament und Bundesregierung,
 - die Vertiefung der forschungspolitischen Anstrengungen sowie
 - das Maßnahmenpaket der Initiative „ZivilEngagement“

Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass die von Seiten des Staates geplanten Aktivitäten in engster Abstimmung mit der Zivilgesellschaft und ihren Organisationen erfolgt. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement bietet als nationales Netzwerk zur Engagementförderung alle Möglichkeiten einer solchen Abstimmung auf „Augenhöhe“. Engagementpolitik ist in ganz besonderer Weise angewiesen auf horizontale Formen der Steuerung, bei denen die Akteure des Politikfeldes sehr früh einbezogen werden. Die Politikwissenschaft hat für Formen der Steuerung unter Einbezug gesellschaftlicher Akteure den Begriff „Governance“ geprägt. Es wird also darauf ankommen, die Stärkung eines engagementpolitischen Feldes mit einem Ausbau von Formen horizontaler Governance zu verbinden.

Innerhalb der Engagementpolitik sollte – wie schon von der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ gefordert – eine Politik der Stärkung von Infrastrukturen der Engagementförderung eine ganz zentrale Bedeutung genießen. Dies betrifft zum einen die Entwicklung engagementförderlicher Organisationsformen, -praxen und -kulturen bei den Trägerorganisationen von Engagement – den Verbänden, Vereinen, (Bürger-)Stiftungen etc., zum anderen aber auch eine nachhaltige Förderung spezieller Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung, von Freiwilligenagenturen und -zentren, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros , von engagementfördernden Netzwerken etc. Es braucht dauerhafte Leistungen und Verlässlichkeit, um die breite Agenda von Fortbildung, Beratung, Information, Vernetzung, Vermittlung etc. zu bearbeiten, für die solche zivilgesellschaftlichen Entwicklungsagenturen stehen. Derzeit sind diese speziellen Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung zumeist nur prekär finanziert. Deren nachhaltige Stärkung muss ein zentrales Anliegen einer modernen Engagementpolitik sein.

Ulrike Mehl

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland



Warum arbeite ich ehrenamtlich?

Die Menschen in den Industrieländern haben sich einen Wohlstand aufgebaut, der in dieser Form das Überleben der gesamten Menschheit gefährdet. Die natürlichen Lebensräume sind zu über 70 Prozent in ihrer Existenz gefährdet und die dazugehörigen Tier- und Pflanzenarten entsprechend auch. Gleichzeitig verändern wir das komplexe Wirken unsere Atmosphäre derart, dass es unausweichliche, für uns Menschen (aber natürlich auch für die Natur) ungünstige Folgen hat. Der Klimawandel ist eingeleitet. Welche weitreichenden Folgen das hat, kann nur vermutet werden, dass es aber solche hat ist unbestritten. Wir sind dabei, uns selbst den Teppich unter den Füßen weg zu ziehen.

Scheinbar hat aber die Menschheit den Instinkt dafür verloren, wann es gefährlich wird. Das Bild der Lemminge kommt einem dabei unwillkürlich in den Kopf. Das ist dann besonders problematisch, wenn der weit überwiegende

Teil der Menschen in Führungspositionen der Auffassung zu sein scheint, dass dieses Bedrohungsszenario lediglich Sentimentalitäten weichherziger Spinner sei und nicht eine reale Bedrohung der eigenen Lebensgrundlagen.

Hier bin ich grundlegend anderer Meinung und bin glücklicher Weise damit nicht allein. Und weil ich der Meinung bin, dass man dieses schwer zu überzeugende Führungspersonal auf seinem Irrweg nicht alleine lassen darf, bin ich immer noch aktiv.

Deshalb habe ich von 1980 bis 1990 im BUND ehrenamtlich gearbeitet, auf Kreis-, Landes- und Bundesebene, bin dann ins andere Lager übergewechselt, nämlich als MdB in den Deutschen Bundestag, habe nach 4 Legislaturperioden nicht wieder kandidiert, um jetzt wieder beim Ehrenamt anzukommen. Ich habe also beide Seiten kennen lernen dürfen.

Was bedeutet ehrenamtliche Arbeit in dieser Gesellschaft?

Schon lange stellt sich die Frage, was sich diese Gesellschaft unter „Ehre“ vorstellt. Heute klingt das Wort manchmal besonders merkwürdig, wenn es z. B. von jungen Arabern und Türken zur Rechtfertigung, mal vorsichtig ausgedrückt, ungebührlichen Verhaltens benutzt wird. Jedenfalls ist mir so erklärbar, warum nicht mehr die Rede vom Ehrenamt ist, sondern vom Bürgerschaftlichen Engagement.

Wenn heute 19jährige junge Männer Megastars werden und Millionen verdienen, allein auf der Basis von sportlichem Können in einem sehr engen Segment, ist das für einen „Normaljugendlichen“ ein kaum nachahmbares Vorbild. Oder, wenn junge Frauen allein deshalb sechs- bis siebenstellige Summen Geldes verdienen, weil sie den Vorstellungen der Modeindustrie entsprechend aussehen und alles mitmachen was die von ihnen wollen, kann ich auch hier nicht das nachahmenswerte Vorbild erkennen. Kein Wunder, dass heute die Gefahr groß ist als naiv dazustehen, wenn man kostenlos 10, 20 oder mehr Stunden in der Woche für das Gemeinwohl arbeitet.

Dieses Bild ist umso dramatischer, weil jeder, der darüber nachdenkt weiß, dass die Gesamtheit dieser Arbeit diese Gesellschaft zusammenhält und staatlich nicht im Ansatz zu organisieren und zu finanzieren wäre.

Das müsste eigentlich Selbstbewusstsein erzeugen – was in Teilen ja auch so ist. Man findet aber gerade im Ehrenamt häufig das Gefühl vor, machtlos zu sein. „Die da oben“ machen sowieso, was sie wollen. Die sind abgehoben und haben keine Ahnung vom wahren Leben.

Einer der Gründe für die Entstehung dieser Wahrnehmung ist vermutlich die Tatsache, dass viele Menschen nicht wissen, wie unser politisches System wirklich funktioniert und wie die politischen Entscheidungsprozesse laufen. Für viele ist das eine Blackbox. Es wäre sicher hilfreich, wenn möglichst viele Ehrenamtliche Gelegenheiten hätten, hinter die Kulissen zu gucken. Der Deutsche Bundestag lädt seit Jahren Wirtschaftsunioren dazu ein, Bundestagsabgeordnete drei Tage bei ihrer Arbeit zu begleiten, um eben den Unterschied zwischen Theorie und Praxis hautnah erleben zu können. Ich glaube, dass dies auch für ehrenamtlich arbeitende Führungskräfte sehr erkenntnisreich sein könnte.

Aber es gilt auch umgekehrt: Menschen, die sich ausschließlich mit Dienstwagen bewegen und Personal für die gesamte Zuarbeit haben, können sicher intellektuell erfassen, wie es einem ohne solche Privilegien geht, tatsächlich nachempfinden können sie das aber nur schwer. Derjenige kann auch nur schwer nachempfinden, was es heißt, seine Freizeit ohne einen Pfennig Geld für Arbeiten in dieser Gesellschaft zu verwenden. Mit welchen Mitteln man diese Erfahrung nachzuvollziehen lernen kann, ist die große Frage, ich habe auch keine perfekte Antwort.

Aber vielleicht könnte folgender Selbstversuch gewisse Erfahrungswerte erbringen: Jeder sollte einmal versuchen für drei Monate (einer ist vermutlich auch ausreichend) mit dem Geld eines ALG II-Empfängers auszukommen. Die Erkenntnisse sind sicher ziemlich überraschend.

Abteilung „wünsch dir was“

Keine Organisation auf überörtlicher Ebene kann rein ehrenamtlich arbeiten. Wenn man im Spiel der Kräfte wahrgenommen werden will, braucht man hauptamtliche Profis im Hintergrund. Das kostet Geld.

Wenn nun eine Organisation wie meine, großen Wert auf Unabhängigkeit legt, also nicht am Geldtropf z. B. großer Unternehmen hängen will, ist sie in hohem Maße auf Einzelspenden angewiesen. Mein Verband finanziert sich zu fast 80 Prozent aus Mitgliedsbeiträgen und Einzelspenden.

In der anstehenden Novelle des Bundesdatenschutzgesetzes soll ein verbesserter Verbraucherschutz eingeführt werden, was wir begrüßen. Die Frage ist nur, ob es zwangsläufig sein muss, dass gleichzeitig Verbänden wie dem BUND — das trifft aber auch viele andere — eine wesentliche Finanzierungsquelle zerschlagen wird. Ich bin sicher, dass es auch anders geht. Daher die dringende Bitte: Gestalten Sie das neue Datenschutzgesetz so, dass nicht am Ende ehrenamtliches Engagement erschwert oder sogar unmöglich gemacht wird. Das wäre für unsere Gesellschaft ein Pyrrhussieg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

.....

Ludwig Pott

Grundsatzreferent Bürgerschaftliches Engagement Arbeiterwohlfahrt



Bürgerengagement ist überfordert, wenn es die Gesellschaft zusammenhalten soll.

Unbestritten leistet Bürgerengagement einen unverzichtbaren Beitrag für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft, denn eine soziale und demokratische Gesellschaft kann nicht allein durch rechtliche Verpflichtungen des Staates zusammen gehalten werden.

Die soziale Statik in einer demokratischen Gesellschaft wird m. E. aber immer noch zu aller erst durch bezahlte Arbeit, durch Bürgerrechte und durch die Gewissheit, dass es einigermaßen gerecht zugeht, hergestellt. Wer finanziell mit dem Rücken zur Wand steht —, ob als einzelner Bürger, ob als Projekt oder Verein — für den hält sich der Jubel über den visionären Glanz der Bürgergesellschaft in Grenzen.

Bürgerengagement ist kein Sammelbecken für all das, was wir sonst im politischen Alltag nur noch schwer oder gar nicht in den Griff kriegen. Wir sollten also die Posaunen etwas dämpfen.

Bürgerschaftliches Engagement braucht qualifizierte Hauptamtliche.

Die Bildungs- und Qualifikationskampagnen zum beruflichen Überleben dringen allmählich auch auf die bürgerschaftlichen Engagementgebiete vor. Im Kern werden doch aber Menschen gesucht, denen es neben all dem, was sie beruflich und privat im Alltag am Hals haben, nicht egal ist, was sich vor ihrer Haustür abspielt. Ihr Potenzial ist keine Frage von Freiwilligendiplomen, Engagementscheinen und Qualifizierungsnachweisen. Es sei denn, man will damit über die Hintertreppe doch auf den Arbeitsmarkt vordringen. Dann sind wir aber auf einer ganz anderen Baustelle.

Anders verhält es sich bei den sog. Hauptamtlichen, die mit Freiwilligen zusammen arbeiten. Hier geht es nicht zuletzt um eine besondere Architektur der Beziehung. Sie müssen als überzeugte Mitstreiter für Bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden. Das verlangt Fähigkeiten, die den Hauptamtlichen nicht automatisch in die Wiege gelegt sind. Solche Anforderungen müssen zu verpflichtenden Ausbildungs- und Fortbildungsinhalten für Fachkräfte in der sozialen Arbeit werden.

Bürgerengagement sollte Bestandteil sozialer Dienstleistungen sein.

Die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements wächst auch für den unternehmerischen Bereich der sozialen Arbeit. Diese Einsicht hängt aber bislang vorwiegend von der Einstellung und dem Problembewusstsein einzelner Vorstände, Geschäftsführungen oder Einrichtungsleitungen ab. Es bedarf deshalb einer Philosophie und verbindlichen strategischen Ausrichtung des gesamten Verbandes zur Dienstleistungserbringung, in der Bürgerengagement ein zentraler Bestandteil ist.

Dabei können Qualitätsstandards zur Engagementförderung eine wichtige Rolle spielen, um Bürgerschaftliches Engagement aus der randständigen Zone ins Zentrum sozialer Arbeit zu rücken. Sie dokumentieren den eigentlichen Stellenwert des Bürgerschaftlichen Engagements in der Praxis, in dem sie einen gleichwertigen Engagementrahmen über die verschiedenen Arbeitsbereiche und Verbandsebenen hinweg festlegen. D. h. ihre fördernde Wirkung besteht vor allem in institutionellen Vorkehrungen und weniger in der Engagementrhetorik.

.....

Uwe Slüter

Referat Freiwilligendienste

Bundesstelle des Bundes der katholischen Jugend



Jugendfreiwilligendienste in der Bürgergesellschaft

Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) ist in erster Linie ein Bildungsjahr. Es verschränkt im Rahmen einer Tätigkeit mit Ernstcharakter Persönlichkeitsentwicklung mit beruflicher Orientierung und sozialer Bildung. Bildung als Aneignung von Lebens- und Daseinskompetenz!

Jugendfreiwilligendienste werden zukünftig an Bedeutung gewinnen. Trotz demografischer Entwicklung bleibt eine Größe, welche die vorhandenen Freiwilligendienstplätze bei weitem übersteigt. Freiwilligendienste bleiben auch zukünftig überwiegend Jugendfreiwilligendienste.

Warum?

- Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt davon ab, wie jungen Menschen Werte vermittelt werden können, die für eine auf Solidarität gründende Gesellschaft notwendig sind.

- Auch mit Blick auf die Integrationsherausforderungen unserer Gesellschaft spielen Freiwilligendienste eine wichtige Rolle.
- Freiwilligendienste sind eine Möglichkeit, junge Menschen mit Hilfe von Freiwilligendiensten an bürgerschaftliches Engagement heranzuführen.
- Einsatzstellen schätzen das FSJ vor allem wegen der beruflichen Nachwuchsförderung und in der Personalentwicklung.

Meine konkreten Erwartungen:

- Die Nachfrage junger Menschen steigt trotz demografischer Entwicklung weiterhin, Freiwilligendienste werden deshalb eher ein Projekt für junge Menschen bleiben, daher darf der Aufbau generationsübergreifender Freiwilligendienste nicht zu Lasten der Jugendfreiwilligendienste gehen.
- Jugendfreiwilligendienste müssen nachfrageorientiert ausgebaut werden. Die Nachfrage steigt und die Förderung stagniert.
- Das FSJ kann eine Möglichkeit sein, die Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen zu fördern. Das FSJ ist jedoch eine Maßnahme der Jugendbildung (auch für Modellprojekte).

Dr. Wolfgang Teske Vizepräsident Diakonisches Werk



Eine solidarische Bürgergesellschaft braucht sichere und zukunftsfähige Rahmenbedingungen der EKD

Als evangelischer Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege bietet das Diakonische Werk der EKD derzeit ca. 500.000 Menschen Chancen und Möglichkeiten für ein Ehrenamtliches Engagement. Aus Sicht der Diakonie gibt es zahlreiche Aspekte, die es sich lohnt zu beleuchten. Als Jurist möchte ich mich jedoch auf die rechtlichen Rahmenbedingungen konzentrieren. In dieser Legislaturperiode ist mit dem „Gesetz zur weiteren Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements“ ein großer Schritt getan worden, der aber nicht ausreicht.

Eine solidarische Bürgergesellschaft erfordert nicht nur „Hilfen für Helfer“, sondern darüber hinaus sichere und zukunftsfähige Rahmenbedingungen, und zwar in der Form eines weiterentwickelten und europafesten Gemeinnützigkeitsrechts, das unter wettbewerbsrechtlichen Aspekten keine unzulässige Beihilfe darstellt.

Auch ist es erforderlich, die strukturellen Rahmenbedingungen gemeinnütziger Dienstleistungserbringung zu verbessern, so z. B. durch die weitere Anpassung des Umsatzsteuerrechts an das europäische Recht. Ferner ist anzuregen, Leistungen generell umsatzsteuerfrei zu stellen, wenn sie auf der Grundlage der verschiedenen Sozialgesetzbücher erbracht werden, so wie es im Jahressteuergesetz 2008 für den Jugendhilfebereich erfolgt ist.

Bei der Weiterentwicklung des Gemeinnützigkeitsrechts sollte auch noch einmal versucht werden, die „wirklichen“ Ehrenamtlichen besser zu berücksichtigen, also diejenigen, die nicht irgendwie geartete Einnahmen aus ihrer Tätigkeit erzielen und diese über die sog. „Übungsleiterpauschale“ steuerlich geltend machen können. Die Idee der steuerlichen Abzugsfähigkeit von „Zeitspenden“ ist ein richtiger Schritt. Notwendig ist dann aber ein möglichst unbürokratisches Verfahren der Nachweisführung. Dabei darf nicht wieder überbordende Bürokratie Einzug halten. Auch nach vielen Jahren gemeinsamer Anstrengungen auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgergesellschaft gibt es noch viel zu tun. Das Diakonische Werk der EKD steht bereit, diesen Weg gemeinsam mit Ihnen zu gehen.

Horst Weipert Vorstand Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros



Zahlen/Daten/Fakten zu den Seniorenbüros

- BAS 1995 gegründet; z. Zt. über 250 lokale Seniorenbüros; in 2008 von ca. 2,2 Mio. älterer Menschen genutzt;
- Aktuelle Schwerpunkte der BAS: Fort- und Weiterbildung; Fachtagungen; Vernetzung lokaler Seniorenbüros auf Länderebene; Kompetenznetz „Wohnen im Alter“; Koop.-Büro für EFI-D/seniorTrainerInnen und BAG der Landessenioren-Vertretungen; Aktivitäten in Modellprojekten wie z .B. GÜF/FDaG; GE-Mit; Beratung von Kommunen zur Engagementförderung im Alter; internationale Projekte.

„Seniorenbüros — kein Patentrezept, aber eine gute Rezeptur zur nachhaltigen Engagementförderung Älterer“

1. Zur Förderung des freiwilligen Engagements älterer Menschen brauchen wir senioren-spezifische Konzepte und Modelle

Die Ergebnisse des zweiten Freiwilligensurveys weisen bei den Menschen ab 60 Jahren die deutlichsten Steigerungen in der Engagementquote auf (Anstieg von 26 Prozent 1999 auf 30 Prozent 2004). Eine besondere Fördernotwendigkeit kann daher bei der älteren Generation gesehen werden. Bei Nicht-Engagierten liegen große Potenziale, wenn die Rahmenbedingungen für ein Engagement wie Ansprache, Vorbereitung und Qualifizierung für die Aufnahme eines Engagements vorhanden sind. Seniorenbüros, seniorKompetenzteams und Seniorenvertretungen sind wichtige Knotenpunkte zur Förderung des freiwilligen Engagements älterer Menschen und sollten daher in stärkerem Masse von Ländern und Kommunen gefördert werden. Zur Sicherstellung verlässlicher Strukturen werden hauptamtliche Fachkräfte benötigt.

Seniorenbüros sind bundesweit angesiedelte Anlaufstellen, die älteren Menschen, die sich freiwillig engagieren möchten, Beratung, Begleitung und Weiterbildung bieten. Sie schaffen mit den interessierten Älteren gemeinsam passgenaue Angebote und Projekte für freiwilliges Engagement, das am lokalen Bedarf orientiert ist. Diese Angebote schließen Bedarfslücken im Sozialraum, zeigen die große Kreativität und Einsatzbereitschaft der Älteren und steigern die Lebensqualität für alle Generationen, die dort leben.

Die Seniorenbüros werden durch die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) e.V., intensiv begleitet und unterstützt.

Durch die BaS werden die Seniorenbüros regelmäßig über aktuelle Entwicklungen informiert, sie initiiert neue Projekte und sorgt auf allen politischen Ebenen – beispielsweise durch die Mitarbeit in vielen Netzwerken wie BBE, BAGSO etc. auf Bundesebene und in Europa für den Fortbestand, die Weiterentwicklung und Vernetzung von Seniorenbüros. Durch die Unterstützung der BaS konnte erreicht werden, dass Seniorenbüros an wichtigen Modellprogrammen der Bundesregierung Beteiligung fanden (z. B. Programm „Erfahrungswissen für Initiativen“ mit der Ausbildung zur seniorTrainerin, Beteiligung an Modellprojekten für generationsübergreifende Freiwilligendienste, Mehrgenerationenhäuser, Teilnahmewettbewerb „Aktiv im Alter“ usw.)

2. Engagementstiftende Einrichtungen brauchen dauerhafte Strukturförderung

Aufgrund der zeitlich befristeten Förderung durch Bundesmodellprogramme werden gute Ansätze nach Auslauf der Förderung oft ihrem Schicksal überlassen. Die Chancen einer selbständigen Weiterführung sind ohne Unterstützung jedoch sehr gering. Daher wird eine nachhaltige Infrastruktur für Bürgerengagement benötigt, die als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen verstanden werden muss..

Servicestellen und Netzwerkknoten auf Bundesebene der bagfa, Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, der NAKOS leisten einen wichtigen Beitrag für die Sicherung der Nachhaltigkeit der Infrastruktur und Beratung auf der lokalen und Länderebene. Darüber hinaus sind sie insbesondere für das BMFSFJ wichtiger Partner auf Bundesebene zur Umsetzung von Programmen und neuen Vorhaben.

Die Geschäftsstellen der bagfa, BaS und NAKOS wurden bislang aus Bundesmitteln im Rahmen zeitlich befristeter Projektfinanzierungen auf der Basis einer Fehlbedarfsfinanzierung gefördert. Da aus haushaltsrechtlichen Gründen eine Dauerförderung für die drei Dachverbände aus Bundesmitteln nicht möglich ist, müssen neue Wege gefunden werden, um eine verlässliche Sicherstellung der nachfolgend dargestellten Aufgaben der Verbände im Bundesinteresse zu leisten.

Da die Regiekosten der Geschäftsstellen nicht über Stiftungen und Projektmittel etc. abgedeckt werden können wird längerfristig eine Basisfinanzierung durch Bundesmittel in Form einer Infrastrukturförderung (auf der Basis einer Festbetragsförderung) benötigt. Der Zusatzbedarf für projektbezogene Aufgaben und Aktivitäten kann über Drittmittel gedeckt werden.

3. Lernen im Alter – ein zentrales Förderinstrument mit guten Erfolgchancen

Freiwilliges Engagement älterer Menschen hat gute Chancen auf Erfolg, wenn Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden. Ältere Menschen finden leichter zu einem freiwilligen Engagement, wenn der Einstieg und die laufende Weiterentwicklung durch Teilnahme an Kursen ermöglicht werden. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten, brauchen eine Vorbereitung auf den Einbezug von freiwillig Engagierten in ihre Arbeitsprozesse, damit die Zusammenarbeit erfolgreich für beide Seiten verläuft. Kommunale Akteure sollten systematisch für die Nutzung der Potenziale, die im freiwilligen Engagement älterer Menschen liegen, vorbereitet werden, denn Engagement findet auf der lokalen Ebene statt und dort muss der Weg für mehr Partizipation bereitet werden.

Olaf Zimmermann Geschäftsführer Deutscher Kulturrat



Was hat sich im Bürgerschaftlichen Engagement in den vergangenen zehn Jahren alles verändert, welche positiven Entwicklungen gibt es, wo besteht noch Handlungsbedarf? Zunächst ist schon erstaunlich, dass der Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ heute so einfach über die Lippen geht. Dieser Begriff ist in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ salonfähig gemacht worden. Bis dahin hat man immer über das „Ehrenamt“ gesprochen. Die Begriffsveränderung ist mehr als ein neuer Namen für einen alten Inhalt. Sie ist eine politische Aussage. Bürgerschaftliches Engagement ist mehr als „Helfen“, Bürgerschaftliches Engagement ist, wie in der Enquete-Kommission so schön formuliert wurde, die „Selbstermächtigung“ der Bürgerinnen und Bürger. Diese Betrachtungsweise war ein Paradigmenwechsel und jetzt kommt es darauf an, zu verhindern, dass dieser Paradigmenwechsel wieder rückgängig gemacht wird. Bei der Betrachtung der aktuellen Initiativen der Bundesregierung zum Zivil-

engagement kann man den Eindruck gewinnen, dass der emanzipatorische Ansatz des bürgerschaftlichen Engagements wieder zurückgedreht werden soll zum reinen Helfen.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ hat sich im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements an den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ orientiert und einen Kernsatz für die Kultur formuliert, dass nämlich die Bürger die wichtigsten Kulturfinanzierer in Deutschland sind und zwar zu allererst als Marktteilnehmer, dann als bürgerschaftlich Engagierte und erst zum Schluss als Steuerzahler. Das wird viele verwundern, aber gerade die Zeitspende hat im Kulturbereich eine große Bedeutung und es ist sehr positiv, dass dieses noch einmal deutlich herausgestellt wurde.

Zehn Jahre Aktivitäten der SPD-Bundestagsfraktion im Bereich Bürgerschaftliches Engagements – das bedeutet auch die zweimalige Erhöhung der so genannten Übungsleiterpauschale. Ich will das hier auch einmal ganz deutlich sagen, dass das von großer Bedeutung für den Kulturbereich ist.

Nicht zu vergessen sind die Reformen im Stiftungsrecht und im Stiftungssteuerrecht sowie die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, die Bundesfinanzminister Peer Steinbrück unter das Motto „Hilfen für Helfer“ stellte. Wir haben einen Boom von Stiftungsneugründungen erleben können. Ich hoffe, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise diesen Boom nicht zu rabiät zu Ende bringt. Aber letztendlich geht es um diese Rahmenbedingungen, die geschaffen werden müssen. Das ist die Aufgabe von Politik. Natürlich haben wir auch harte Debatten miteinander geführt und das ge-

hört, glaube ich, auch dazu. Ich erinnere mich noch an die Abzugsfähigkeit von Mitgliedsbeiträgen bei Kulturfördervereinen. Da haben wir uns ganz schön ineinander verhakt. Letztlich wurde aber auch hier eine Lösung gefunden, die diese wichtigen Vereine unterstützt. Kaum eine Kultureinrichtung kann noch ohne einen Förderverein auskommen.

Zuletzt möchte ich noch auf eine ganz wesentliche Veränderung kommen, die verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen Engagementbereiche. Spielten vor zehn Jahren Sport, Soziales, Kultur, Umwelt oft gegeneinander, besteht heute ein enger Austausch und tatsächlich eine Zusammenarbeit. Diese neue Form der Zusammenarbeit führt zur Stärkung des gesamten Bereiches. Besonders zu erwähnen sind dabei das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, das im Nachgang der Enquete-Kommission gegründet wurde und die von Werner Ballhausen geleitete Projektgruppe zur Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts. Es gibt im Moment den Aufbau einer Initiative „Kulturlandschaft“, wo auch die unterschiedlichsten Organisationen — vom Deutschen Bauernverband, den Kirchen, bis zum Kulturbereich — zusammenarbeiten. Das sind Möglichkeiten, die wir früher in dieser Form nicht gehabt haben. Und das ist, wenn Sie so wollen, für mich der große Schatz und die größte Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements in den letzten Jahren.

.....

Solidarische Bürgergesellschaft: Leitlinien einer Engagementpolitik der Zukunft

Statements der Podiumsdiskutanten

Prof. Dr. Thomas Olk
BBE-Sprecherrat, Universität Halle-Wittenberg



Engagementpolitik ist – dies hat schon die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ hervorgehoben – ein reformpolitisches Projekt, dessen Realisierung einen weitreichenden Umbau der Institutionen in Staat und Gesellschaft erfordert. Ziel einer so verstandenen Engagementpolitik ist nicht einfach die Erhöhung der Anzahl engagementbereiter Menschen, sondern es geht um die schrittweise Umsetzung eines komplexen Zielbündels, das mindestens die folgenden Elemente enthält:

- Auf der Ebene der Individuen geht es um die Sicherung der Teilhabechancen aller Menschen am Bürgerschaftlichen Engagement. Dies gilt gerade auch für diejenigen Bevölkerungsgruppen, die bislang im Engagement unterrepräsentiert sind.
- Auf der Ebene der Organisationen geht es weniger um die Vermehrung der Anzahl gemeinnütziger Organisationen oder um die Ausweitung der Anzahl von Organisationen, in denen sich Bürgerinnen und Bürger freiwillig engagieren können, sondern es geht vor allem um eine Öffnung dieser Organisationen gegenüber dem Gemeinwesen, um die Berücksichtigung des Engagements bei der Gestaltung von Handlungs- und Entscheidungsabläufen und um den systematischen Einbezug dieses Engagements in die Leitbilder der Organisationen.
- Auf der Ebene gesellschaftlicher Sektoren geht es um die Ausweitung der zivilgesellschaftlichen Handlungslogik, der beteiligungsorientierten Aushandlung, der Verantwortungsübernahme und der Kooperation und Koproduktion auf alle Bereiche der Gesellschaft, also auch auf Staat, Politik und Wirtschaft im Sinne einer „Zivilisierung“ wirtschaftlichen und politischen Handelns.

Eine so verstandene Politik zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements lässt sich nicht auf ein spezifisches politisches Ressort – wie etwa das Sozial-, Gesundheits- oder Familienressort – beschränken, sondern ist vielmehr eine Querschnittsaufgabe, die alle Politikbereiche betrifft.

Seit einiger Zeit lässt sich beobachten, dass das politische Handlungsfeld einer Förderung bürgerschaftlichen Engagements sowohl in den Parteien, als auch auf den unterschiedlichen Ebenen des föderalen Staates an Bedeutung gewinnt. Der Grund hierfür ist sowohl im individuellen Nutzen des Engagements für die Engagierten als auch im gesellschaftlichen Nutzen des Engagements zu sehen. Bürgerschaftliches Engagement stärkt den sozialen Zusammenhalt und ist eine immer wichtiger werdende Ressource bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen (demografischer Wandel, neue Formen der Verknüpfung von formeller und informeller Bildung, Integration von Migrantinnen und Migranten etc.). Es ist daher grundsätzlich zu begrüßen, wenn sowohl das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als auch die Bundesregierung initiativ werden, um das Handlungsfeld Engagementpolitik weiter zu entwickeln, die engagementpolitischen Aktivitäten in den einzelnen Ressorts zu koordinieren und eine übergreifende politische Strategie für dieses politische Handlungsfeld zu entwickeln. Auch die Initiative „Hilfen für Helfer“ von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, mit deren Hilfe das Steuer- und Gemeinnützigkeitsrecht engagementpolitisch weiter entwickelt wurde, steht in diesem Kontext.

Verstärkte Bemühungen im Bereich von Politik und Ministerialverwaltung erfordern den Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure. Engagementpolitik kann nicht „top-down“ umgesetzt werden, sondern muss selbst als ein zivilgesellschaftliches Projekt betrieben werden. Es ist daher als ein positives Zeichen zu werten, dass die Bundesregierung auf Anregung des BMFSFJ beabsichtigt, eine nationale Engagementstrategie entwickeln zu lassen und dabei alle Bundesministerien, Bundesländer, kommunale Spitzenverbände, Vertreter der Wirtschaft und des Dritten Sektors einzubeziehen.

Es ist geplant, ein „Nationales Forum für Engagement und Demokratie“ einzurichten, das vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement moderiert und gefördert vom BMFSFJ, im März diesen Jahres auf den Weg gebracht werden soll. Im Rahmen dieses Nationalen Forums für Engagement und Demokratie sollen im Frühjahr 2009 insgesamt 10 engagementpolitische Dialogforen einberufen werden, die sich aus Akteuren des Staates, der Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Sektors zusammensetzen. Die Themenbereiche dieser Dialogforen sind: Nachhaltige Infrastruktur, Weiterentwicklung der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, soziale, ökonomische und kulturelle Bedingungsfaktoren für Bürgerschaftliches Engagement, Engagement als Partizipation, Engagement durch Unternehmen, Bildungspolitik und Engagementförderung, Qualifizierung, Organisationsentwicklung und Fortbildung für Engagierte und Hauptamtliche, Engagementforschung und Strukturen der Politikberatung, Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation in Europa sowie Integration durch Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten.

Die engagementpolitischen Dialogforen werden zunächst im Frühjahr in zwei fachlich moderierten Kongressen die Agenda der Engagementpolitik aus ihrer Sicht formulieren. Als Zwischenergebnis dieser Konferenzen wird eine kompakte engagementpolitische Agenda formuliert, die im bundespolitischen Prozess als Grundlage für die Entwicklung einer Nationalen Engagementstrategie genutzt werden kann. Dieser intensive, partizipativ angelegte Dialogprozess soll ausgewertet und in der folgenden Legislaturperiode weitergeführt werden. Auf diese Weise wird ermöglicht, unter Beteiligung aller betroffenen Akteursgruppen eine engagementpolitische Agenda zu entwickeln, die die Leitlinien einer Politik der Förderung und Unterstützung von Bürgergesellschaft und Bürgerschaftlichem Engagement auf Bundesebene enthält.

Dieser bundespolitische Dialogprozess ist ohne Zweifel ein politisches Experiment mit Risiken und Chancen. Es wird nun darauf ankommen, die in diesem Prozess liegenden Chancen zu nutzen und auszutesten, inwiefern ein „trisektorales Bündnis“ zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren, Unternehmen sowie staatlicher Politik und Verwaltung in der Lage sein wird, eine bundespolitische Programmatik zu verabreden, die zu einer nachhaltigen Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und zu einer neuen Aufgabenteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft führen kann.

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach Vorstandsvorsitzender und Direktor Deutsches Jugendinstitut München



Lange Zeit wurde freiwilliges Engagement als einseitiges Geben verstanden. Jemand spendete Zeit, Können und Motivation für andere Menschen, für eine Idee oder gute Sache. Seit 20 Jahren wird jedoch zugleich verstärkt die Reziprozität des Ehrenamtlichen Engagements, stärker das Geben und Nehmen ins Blickfeld gerückt. Was erwarten, erhoffen sich die Engagierten?

Inzwischen wird das freiwillige Engagement aber auch als eine Quelle des Kompetenzerwerbs, als Lernfeld angesehen. Freiwilliges Engagement hat mithin für junge Menschen auch eine eigene Bildungsrelevanz. Es ist ein eigenes, wichtiges Lernfeld, ein wichtiger Ort der sozialen Integration, ein Übungsfeld für politische Bildung und demokratische Kompetenz, bietet unterschiedlichen Akteuren unterschiedliche Lerngewinne, ist ein wichtiges Rekrutierungsfeld für Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe und bietet eher gut gebildeten Jugendlichen Lernchancen und verstärkt damit schichtspezifische Unterschiede. Das zumindest sind

die zentralen Befunde einer aktuellen Studie zum Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement.

So lässt sich denn mit Blick auf Jugendfreiwilligendienste als Lernorte festhalten: Junge Menschen können sich dort in aller Regel als eigene Person einbringen, sie können sich jedoch zugleich auch selber als Person erfahren, während sie in der Schule oder in der Arbeitswelt meist in der Rolle des Schülers oder des Arbeitnehmers verhaftet bleiben und daher dort so etwas wie institutionalisierte, partikularisierte Rollenbeziehungen dominieren. In Jugendfreiwilligendiensten kommt demgegenüber stärker die „ganze Person“ zum Tragen, so dass das hierauf bezogene Lernen auch eine erhöhte Chance eines „Lernens mit Kopf, Herz und Hand“ eröffnet. Hierin liegt das bisweilen unausgeschöpfte Potenzial alternativer, ergänzender Bildungsprozesse der Jugendfreiwilligendienste in den gegenwärtigen Bildungsbiografien junger Menschen. Vielfach übernehmen junge Menschen in Freiwilligendiensten das erste Mal in ihrem Leben Verantwortung für Andere, für eine Sache, für Dritte. Das ist eine zentrale Schlüsselerfahrung auf dem Weg des Erwachsenwerdens.

Kenan Küçük
Sprecher
Forum Migrantinnen und Migranten
im Paritätischen
Geschäftsführer
Multikulturelles Zentrum e. V.



Eine solidarische Bürgergesellschaft kann nur dann existieren, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen sich darin wiederfinden können. Was unsere Gesellschaft also benötigt, ist ein Klima, das Vielfalt als gesellschaftliche Stärke ansieht, und das gleiche Chancen für alle ermöglicht. Integration verlangt nicht nur nach einer Anpassung seitens der MigrantInnen: Sie kann nur klappen, wenn die Mehrheitsgesellschaft Verschiedenheit toleriert – besser noch: als Gewinn wahrnimmt.

Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund hat viele Facetten: MigrantInnen engagieren sich anders, aber nicht weniger! Die meisten Migrantenselbstorganisationen werden ehrenamtlich geführt; sie sind nicht nur Interessenvertretungen, sondern übernehmen eine wichtige Vermittlerfunktion. Auch in Einrichtungen der Mehrheitsgesellschaft engagieren sich immer mehr MigrantInnen. Doch trotz langer Migrationsgeschichte sind sie in klassischen Einrichtungen ehrenamtlichen Engagements, wie z. B. der Feuerwehr oder dem

THW unterrepräsentiert. Es ist wichtig, dass diese Einrichtungen sich interkulturell öffnen. Es genügt jedoch nicht, MigrantInnen nur dort ehrenamtlich einzusetzen, wo sie für Belange von anderen MigrantInnen von Nutzen sind. Nur wenn MigrantInnen als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft wahrgenommen und im Rahmen ihrer Fähigkeiten eingesetzt werden, kann von einer Öffnung gesprochen werden. Außerdem sollten auch MigrantInnen stärker für das Thema sensibilisiert und schon frühzeitig für Bürgerschaftliches Engagement gewonnen werden.

Dr. Konrad Hummel Ehem. Sozialreferent der Stadt Augsburg



Was kann Bundespolitik für Bürgerengagement tun?

Alles, was Bundespolitik tut, beeinflusst Bürgerengagement, bzw. die Kultur im Land, fördert, dass sich Menschen engagieren. Zuallererst sind es zentrale Wertstandards, die — je klarer sie in der Bundespolitik und der sie tragenden Parteien abbildbar werden — Hauptfaktoren für eine Engagementkultur sind. Bürgerengagement lebt von Vertrauen, Verlässlichkeit, klarem Profil, transparenten und gemischt austarierten Interessen.

Wenn Bundespolitik Maßnahmen beschliesst, wie die Förderung sozialer Stadt, Stadtumbau Ost, Hartz IV, Pflegereform oder den Kinderkrippenausbau, müssen darin überzeugende Anker für bürgerschaftliche Politik deutlich werden: Wie „rechnet“ sich Eigenverantwortung und Solidarität, wie ist der Stellenwert der bürgerschaftlichen Infrastruktur im Verhältnis zur verbandlich-professionellen, wie selbstverständlich ist der Einbau bürgerschaftlicher Mitwirkung

von Anfang an? Für Bundespolitik kann es dabei nicht vorrangig um ein isoliertes Bürgerengagementprogramm gehen sondern um den richtigen Mix von professionellen Dienstleistungen und bürgerschaftlicher Eigeninitiative.

Dieser Mix bedeutet in vielen Fällen mit den ausführenden Institutionen zu ringen um eine zeitgemäße Bürgerengagementpolitik (Negativbeispiel Agentur für Arbeit, umstritten bei Wohlfahrtsverbänden, holprig bei Krankenkassen oder städtischen Ämtern). Bundespolitik ist eben auch für die Umsetzung verantwortlich, weil sie mehr über Engagement entscheidet als das Politikfeld selbst. Beispielsweise wird es auch stärker budgetorientierte Gesamtprojekte brauchen statt Ausführungsrichtlinien; die Demokratie „vorschreiben“.

Bundespolitik kann und sollte Akteure stärker zu Subjekten ihrer Problemlagen machen: Beispiel Integration. Wichtig sind Rechtslagen und die Ausstattung von Dienstleistungen beispielsweise für den Schulerfolg von Migrantenkindern.

Viel zu selten aber werden diese selbst in die Problemlösung eingebaut. Das pädagogische Zweisprachenlernkonzept der Stadtteilmütter ermöglicht einen höheren Nutzen bei der Lernvermittlung

an die Kinder wie eine Stärkung deren Eltern gegenüber den „deutschen“ Institutionen. Solche Konzepte schaffen es bestenfalls zur Projektförderung werden aber nicht zur politischen Lösung als solcher.

Ähnliches kann gelten in der Schulweiterentwicklung. Der Bund fördert den Schulausbau, die Länder quälen sich zur Ganztagesstruktur durch. Die eigentliche Brisanz des Paradigmenwechsels in der deutschen Schulpolitik ist aber die Veränderung der Gewichte in der Zivilgesellschaft. Ganztageseinrichtungen werden die Sportvereine und Musikschulen verändern, sie werden die Frage nach dem sozialen Lernen und der Neujustierung der Elternrolle aufwerfen, sie werden weitere Überlegungen freisetzen, ob Schulen nicht generell mit allen Generationen und nicht nur des Lernen willens arbeiten muss.

Bundespolitik kann zwar die kommunale Landschaft jedes Jahr mit neuen Vernetzungsideen beglücken (Pflegerstützpunkte, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros, Energieagenturen, Freiwilligenagenturen, Quartiersmanagern), wird aber verstehen müssen, dass Kommunen darauf ambivalent reagieren.

Bundespolitik muss die Kraft aufbringen, über Ressortlösungen hinaus die entscheidenden Kernabsichten zu formulieren statt es mediengerecht nur „wegzuadressieren“.

Auch dies bedeutet mehr Aufmerksamkeit auf das WIE in einer komplexen Gesellschaft und nicht nur das WAS; erleichtert wird dies allerdings, wenn stärker entlang von Grundwerten diskutiert wird und nicht von vermeintlichen Lösungen.

Im Verhältnis Bund zu Kommunen ist dies besonders belastend: In Berlin werden Inhalte vermeintlich definiert und entschieden, die Infrastruktur vor Ort erwartet oder erzwungen, gleichzeitig aber an Steuerschrauben gedreht, die die einzige Chance der Kommunen für Infrastruktur sind. Unter dem Wort „kommunale Daseinsvorsorge“ verbirgt sich (zu sehr) ein materielles Versorgungsverständnis — dorthin aber mit Bundesunterstützung müsste auch die Demokratiepflege kommen — unter Einbeziehung der politischen Bildung, Stiftungsförderung, Verbraucherschutz etc. Dies ist sicher dem individuellen Betrag der Übungsleiterpauschale vorgeordnet und erzwingt auch stärker parteipolitische Vereinbarungen und Erneuerungsbewegungen.

.....

Solidarische Bürgergesellschaft: Leitlinien einer Engagement- politik der Zukunft

Abschrift der Podiumsdiskussion

Moderation: Sönke Rix, MdB

Sönke Rix: Die Übungsleiterpauschale ist immer so ein Symbol, das die Sozialdemokraten zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements anbringen. An diesen Symbolen lässt sich das immer sehr deutlich machen. Sie ist natürlich auch immer nur eine von ganz vielen Leistungen.

Lieber Franz, schönen Dank für deine Worte. Du hast uns Futter gegeben für die jetzt folgende Diskussion.

Dafür hat Ute Kumpf ganz viel Sach- und Fachverstand eingeladen und mich gebeten, zu moderieren.

Ich darf Prof. Dr. Thomas nach vorne bitten. Er ist Vorsitzender des Sprecherrates des heute schon oft zitierten Bürgernetzwerkes „Bürgerschaftliches Engagement“. Herzlich Willkommen!

Auch Prof. Dr. Rauschenbach darf ich nach vorne bitten, er ist Vorstandsvorsitzender und Direktor des Deutschen Jugendinstitutes München. Herzlich Willkommen!

Kenan Küçük darf ich ebenfalls auf die Bühne bitten. Er ist der Sprecher des Forums der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen. Herzlich Willkommen!

Als Vertreter, einmal der kommunalen Praxis, aber jetzt auch wissenschaftlich damit befasst, Dr. Konrad Hummel. Herzlich Willkommen!

Fangen wir mit dem an, was Franz Müntefering uns auch gerade mit auf den Weg gegeben hat: Er hat ganz deutlich gesagt, und da stimmen wir mit ihm überein, Engagement braucht Struktur, braucht dementsprechend Infrastruktur, braucht aber auch Hauptamtlichkeit. Herr Olk, ich fange bei Ihnen an. Wir haben heute schon oft gehört, in diesem Bereich haben wir viel geleistet, haben wir viel gemacht. Ab und zu etwas zitterig, wie gerade ganz zum Schluss jetzt bei den Haushaltsberatungen, wo wir da an der einen oder anderen Stelle bei der Selbsthilfe auch etwas verändern können.

Vor welchen Herausforderungen stehen wir noch in dem Bereich Infrastruktur? Wo sind die positiven und wo sind die noch nicht so guten Ansätze?

Thomas Olk: Das Thema Infrastruktur ist heute ja schon ein paar Mal angesprochen worden. Das ist ein Thema, wo wir den Status wo wir stehen, die ganze Lage am besten absehen können. Ich würde sagen: Das Glas ist halb voll und halb leer. Es ist eine ambivalente Einschätzung.

Wir können sagen, dass wir heute schon weiter gekommen sind im Vergleich zur Zeit der Enquete-Kommission. Wir haben Fortschritte gemacht, wenn Sie mal an die Infrastruktur denken. Und wenn ich über Infrastruktur rede, meine ich sowohl die klassischen Verbände und Organisationen aus dem Umweltschutz, aus der Kultur, aus der Wohlfahrtspflege und sonstigen Bereichen. Ich meine also die klassische Infrastruktur, genauso wie die neuen Infrastruktursäulen, wie die schon erwähnten Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen. Und es gibt ja auch einige neue Entwicklungen, die man auch zur Infrastruktur rechnen kann. Ich denke, dass die lokalen Bündnisse für Familien durchaus auch eine Infrastruktur für Engagement sein können. Genau so wie die Bürgerstiftungen, aber auch viele andere..

Also es hat sich etwas entwickelt. Es ist eine Vielfalt von Einrichtungen, Organisationen, Strukturen entstanden. Aber, und jetzt kommt der Punkt, im Grunde genommen stehen wir vor den gleichen Themen und Problemen wie damals zur Zeit der Enquete-Kommission.

Wir haben damals gewarnt und gesagt, genauso viele Einrichtungen, die täglich irgendwo entstehen, müssen an anderer Stelle wieder schließen, weil die Finanzierung ungesichert ist, weil es keine nachhaltigen Finanzierungsstrukturen in dem Feld gibt. Und das gilt sowohl für die kommunale Ebene, die lokale Ebene, als auch für die Bundesebene. Also für die großen Servicestellen und Netzwerkstellen, die Netzwerkknoten die auf der Bundesebene angesiedelt sind, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros, die NAKOS, die BAGFA usw.

Und da denke ich, da müssten wir einen Schritt weiter denken und überlegen, woran liegt das genau? Ich denke zwei Punkte sind hervorzuheben: Das eine ist, dass Politik an manchen Stellen immer noch nicht wirklich überzeugt ist, dass diese Infrastrukturen wichtig sind. Denn wenn ein Bürgermeister wirklich davon überzeugt wäre, wenn etwa das Bundesministerium wirklich überzeugt wäre, dass diese Infrastruktureinrichtungen einen Unterschied machen, dass sie nützlich sind, dass sie Ertrag bringen und damit uns weiterbringen, dann wären so kleinliche Debatten, wie wir sie manchmal haben, kaum vorstellbar. Und zwar auf der kommunalen Ebene zum Teil, wobei man sich das da schon eher vorstellen kann, weil da die Situation wirklich prekär ist von der Finanzierung her an manchen Stellen, wenn Kommunen in der Haushaltssicherung stehen, aber auf der Bundesebene wird in intensiven Debatten monatelang um Bagatellbeträge gestritten. Stichwort NAKOS, wo man sich fragt, musste das jetzt hier wirklich sein? Welches politische Signal soll von einer solchen Diskussion ausgehen, wenn gleichzeitig eine Initiative „Zivilengagement“ inszeniert wird? Davon soll ja ein positives Signal ausgehen.

Wir wollen im Engagementbereich etwas machen. Und wenn gleichzeitig an so einer Stelle über Bagatellbeträge eine riesige Diskussion vom Zaun gerissen wird, sieht man, dass das mehr politischen Schaden anrichtet, als man Geld sparen würde.

Ich glaube, worüber wir uns wirklich unterhalten müssen, und das Stichwort ist heute noch nicht gekommen: Wir brauchen eine Weiterentwicklung des Zuwendungsrechts.

In zwei Richtungen. Zum Einen muss es langfristig möglich sein, also heute Morgen ist von nachhaltiger Förderung gesprochen worden. Wissen wir eigentlich, was wir damit meinen? Haben wir ein Instrument für nachhaltige Förderung? Wo ist denn das Instrument, das haushaltsrechtliche Instrument für nachhaltige Förderung von Strukturen? Wie kann denn der Bund nachhaltig

Infrastruktur fördern? Das kann er erst einmal gar nicht, oder jedenfalls behauptet er es, er kann es nicht. Und darüber muss diskutiert werden und darüber müssen wir Klärungen herbeiführen.

Und der zweite Punkt ist: Im Zuwendungsrecht gibt es eigentlich eine alte, auch aus der Wohlfahrtspflege und anderen Verbänden wohl bekannte, Tradition, zu sagen, ein Zuwendungsempfänger bekommt deshalb öffentliche Mittel, weil er eine Aufgabe erfüllt, Leistungen erfüllt, die im Interesse des Staates sind. Aber er mischt sich nicht in die Einzelheiten der Durchführung ein.

Was wir gegenwärtig sehen, ist ein Trend des Durchgriffs, ein völlig sinnloser Durchgriff staatlicher Institutionen auf allen Ebenen, in Details, in diese Einrichtungen, die gefördert werden, unter dem Stichwort „New Public Management“ – „betriebswirtschaftliche Steuerung“ – usw.

Ich denke, das ist eine falsche Entwicklung und die ist gegen die zivilgesellschaftliche Handlungslogik. Auch darüber müssen wir uns unterhalten.

Sönke Rix: Herr Hummel, es ist gerade angesprochen worden, es werden Dinge auf den Weg gebracht und dann ist eine Anschlussfinanzierung gar nicht gesehen. Das wurde heute schon öfter kritisiert. Wir machen viele Modellprojekte und überlegen uns dann nicht, wie es weiter gehen soll. Wir schieben dann immer die Sache auf die Kommunen.

Wie ist die Situation bei den Kommunen? Gibt es da die Strukturen? Ist Ihnen aufgefallen, auch in Ihrer Tätigkeit in Augsburg, das wurde heute schon als Musterbeispiel genannt, wie es auch in anderen Kommunen ist? Und was ist da vielleicht noch zu leisten?

Konrad Hummel: Also erste Bemerkung: Ich fürchte, die muss schon sein, ist noch einmal der Respekt vor diesem Treffen und der Würdigung der 10 Jahre und dem objektiven Fortschritt, den das Thema wirklich hat. Das ist einfach wichtig, denn wir gehen in der Politik manchmal zur Tagesordnung über.

Die zweite Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen, das sage ich auch gerade als Sozialdemokrat: Ich hätte jetzt gerne Franz Müntefering darauf angesprochen, dass er mir einerseits total aus dem Herzen spricht, wenn er Schulbeispiele bringt, wo wir nachher sicherlich noch darauf kommen werden. Allein durch das Thema „Migration“ und „Bürgerengagement“, wo ich ein leidenschaftlicher Anhänger bin, dass wir unendlich viel mehr brauchen, aber auch viel bewirken können durch Beteiligung.

Gleichzeitig war er aber derjenige Arbeitsminister, mit dem ich vor einem Jahr darum gerungen habe, dass bei der Hartz IV-Reform das Bürgerengagement eher gekappt wird, unfreiwillig, weil durch wettbewerbsorientierte Rechtsprechung in den Sozialgesetzbüchern der Spielraum für Bürgerengagement kaputt geht. Genau das ist das Dilemma um das ich euch Bundespolitiker und Politikerinnen nicht beneide, weil ich euch die guten Absichten nicht nur glaube, sonst wäre ich nicht hier. Aber das Paradoxe vieler Gesetze, das ärgert mich, um es ganz diplomatisch zu auszudrücken.

In mindestens 10 Gesetzesbeispielen könnte ich sagen, wo der Bund etwas Gutes anstößt. Thomas Olk bringt jetzt die Finanzierungsnachhaltigkeitsproblematik, gleich ein kritisches kommunales Wort. Aber auch andere Sozialgesetze und Gesetzgebungen sind in der Wirkung einengend, weil

sie zum Beispiel entweder marktwirtschaftlich dominiert, ausschreibungstechnisch dominiert sind oder Ausführungsbestimmungen haben, die so genau sind, dass der Spielraum der andererseits gefördert und herausgefordert wird, Freiwilligkeit zum Beispiel, das Auch-nein-sagen-dürfen der Bürger, das Variieren der Methoden, nicht mehr vorgesehen ist.

Da muss Bundespolitik viel kritischer werden.

Ganz konkret zu Thomas Olks Bemerkungen: Ein bisschen habe ich Bauchschmerzen, so sehr er natürlich Recht hat, dass wir alle paar Jahre gerade eine neue Sau durchs Dorf jagen — übrigens jetzt nicht nur die Freiwilligenagenturen, auch die Selbsthilfekontaktstellen, dann die gelobten Mehrgenerationenhäuser, dann die Nachbarschaftsheime in Berlin, dann die Mütterzentren.

Also man muss ja auch sehen, dass eine Kommune, Entschuldigung, eine blöde Situation hat.

Erfindet in Berlin jemand ein neues Gesetz, eine neue Idee, dann sind die Kommunen dabei und sagen „Wir machen ein neues Zentrum“. Zwei Jahre später, kommt ein nächstes Zentrum. Die Folgefinanzierung soll die Kommune tragen. Und keiner will natürlich vom bisherigen Zuschuss runter.

Also ich sage einfach mal offen: In der kommunalen Finanzierung ist ein vertracktes Thema, ob wir den Mut haben, auch einmal auf Kosten anderer Dinge etwas zu tun. Das sage ich offen, obwohl wir gerade ein beeindruckendes Credo der Kollegen, insbesondere der traditionellen Ehrenamtsverbände, gehört haben, dass natürlich keiner der traditionellen Verbände, auch der Arbeiterwohlfahrt nicht, bereit wäre, um 10 Cent zu verzichten, zugunsten einer neuen Infrastruktureinrichtung.

Und da tue ich mich auch schwer. An der Stelle bin ich hauptberuflicher Schwabe. Da sage ich: knappes Steuergeld kann nicht beliebig vermehrt werden. Wir können nicht drei verschiedene Anlaufstellen haben. Also gehört dann der Mut dazu, auch zu sagen: Ja, auch ich bin für nachhaltige Förderung, aber gelegentlich für kritischen Mut — auf Bundesebene und kommunaler Ebene, auf Landesebene kommen wir wahrscheinlich noch drauf — Prioritäten zu setzen. Ja, es muss wachsen, es muss nachhaltiger sein. Aber manchmal müssen entweder Verbände sich zusammenraufen, gemeinsam Freiwilligenarbeit machen. Ich habe den Eindruck in 80 Prozent der Kommunen klappt das noch nicht. Und es liegt nicht primär an den Kommunen. Das liegt auch an den Verbänden. Und dann zu schauen, wie man gemeinsame Infrastrukturen entwickelt. Das ist auch ein Gebot der Ehrlichkeit, das einzusetzen, bei diesem Punkt. Aber jetzt will ich ruhig sein, sonst wird es zu lang.

Sönke Rix: Wir kommen zu dem Thema, das gerade eben schon angesprochen worden ist. „Migration“. Weil Franz Müntefering vorhin in seiner Rede gesagt hat: Wir müssen uns um die Migranten kümmern. Wir haben natürlich auch den Ansatz, die Menschen mit Migrationshintergrund zu beteiligen. Wir müssen sie dazu befähigen, auch an der Bürgergesellschaft teilhaben zu können. Und ich weiß, dass es insbesondere auch bei jungen Menschen schwierig ist, Stichwort „Freiwilliges Soziales Jahr“. Ute Kumpf und ich haben da für eine Geschichte gekämpft, die sich leider nicht durchgesetzt hat: Die Tandem-Lösungen, dass man einen Verein von Menschen mit Migrationshintergrund mit einem klassischen Träger verbindet.

Wo sehen Sie, Herr Kücük, speziell die Gründe, warum wir uns immer wieder mit dem Thema beschäftigen, warum sich so wenig Menschen mit Migrationshintergrund in der Bürgergesellschaft engagieren?

Kenan Kücük: Also ich bin das erste Mal in einer Veranstaltung und habe keinen Bekannten getroffen. Das kann natürlich Positives oder Negatives heißen. Was ich damit meine, also das Thema „Migration“ rückt immer mehr in den Mittelpunkt der Politik.

Vor ein paar Wochen haben wir im Kanzleramt den Integrationsgipfel gehabt. Und zum Thema „Migration“ redet man zwar seit Jahren, aber ernsthaft haben wir uns zu diesem Thema noch nicht viel auseinander gesetzt.

Wir haben einen Anfang gemacht. Es hat bereits angefangen. Aber natürlich darf dieser Anfang nicht nur in Berlin bleiben. Also es darf nicht nur in Berlin geredet, gesprochen und beschlossen werden, aber vor Ort. Es muss vor Ort etwas geschehen und die Frage stellt sich natürlich, was machen wir direkt vor Ort? Was passiert dort? Und das Thema ist sehr, sehr wichtig. Die Gründe brauche ich gar nicht erzählen, demografischer Wandel und Nachwuchsprobleme und ähnliches sind uns allen bekannt.

Nun ist mittlerweile fast ein Drittel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Aber wir nutzen diese Menschen bzw. die Ressourcen, die die Menschen mitbringen oder mitgebracht haben, nicht genügend.

Herr Müntefering hat auch ein paar Punkte gesagt zu den 80.000 Jugendlichen, die ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Und wir haben natürlich auch sehr viele andere Probleme zu verzeichnen. Insofern darf dieses Thema auch nicht als Nebenthema behandelt werden. Das muss richtig in allen Bereichen der Politik thematisiert werden.

Letztendlich darf die Politik die Zielgruppe nicht nur als politische Diskussion behandeln. Es darf nicht darüber geredet werden, die müssen natürlich auch selber mitreden. Die Zielgruppe muss natürlich auch gleichberechtigter Partner, gleichberechtigter Bürger in diesem Land sein. Wir sind nicht so weit. Es gibt natürlich sehr gute Beispiele. Es gibt natürlich auch Menschen, die es geschafft, einiges erreicht haben. Über 80.000 Türkisch-stämmige haben sich selbständig gemacht und bieten 300.000, 400.000 Arbeitsplätze. Das sind natürlich positive Entwicklungen.

Aber wir haben natürlich auch sehr viele Probleme und natürlich können wir diese Probleme nur lösen, wenn uns die Migrantinnen und Migranten natürlich auch helfen. Und sie haben natürlich auch angefangen vor 20 oder 25 Jahren ihre Vereine oder ihre eigenen Organisationen zu gründen. Es gibt sehr viele MSO's, also Selbstorganisationen. Die können natürlich, gerade direkt vor Ort eine wichtige Rolle spielen. Nun, die meisten arbeiten ehrenamtlich, die sind auf ehrenamtlicher Basis gegründet. Und die haben eben nicht die befestigten Strukturen und die müssen auch professionalisiert, die müssen auch fortgebildet und weitergebildet werden. Und die haben natürlich direkte Kontakte mit der Community und sie haben da auch ein Stück Vertrauen zu der Community. Und die müssen wir natürlich mehr einbeziehen. Vor ein paar Wochen, in einer Nachbarstadt, kam die Feuerwehr und sagte: „Wir haben keinen Nachwuchs und wir wollen gerne Migranten ansprechen“. Ich habe denen gesagt: Aber warum jetzt? Warum hast du mich nicht

gestern oder vorgestern gefragt? Warum jetzt? Wir haben jetzt keine. Und das heißt, wir haben, wie gesagt, über diese Zielgruppe gesprochen, aber uns nicht ernsthaft mit denen auseinander gesetzt.

Mittlerweile sehe und beobachte ich, dass das Thema auch ernsthaft beredet wird. Aber wir müssen natürlich auch noch konkreter werden. Vielleicht können wir noch mal darüber diskutieren, wie wir diese Zielgruppe einbeziehen wollen.

Sönke Rix: Ja, was können wir tun, Herr Rauschenbach? Wir haben beim Bereich Jugendfreiwilligendienste ein Programm, das besonders benachteiligte Jugendliche anspricht. Wieder nur ein Programm, wieder nur ein Modell. Sind da Erfolg versprechende Ansätze bei, die man vielleicht auch in dauerhaften Strukturen anbieten kann? Woran liegt das Ihrer Meinung nach, dass es immer noch so schwer ist, gerade junge Menschen, nicht nur benachteiligte, auch jene mit Migrationshintergrund anzusprechen?

Thomas Rauschenbach: Ich würde gerne erst einmal ein bisschen allgemeiner anfangen und gleich noch einmal auf die Jugendfreiwilligendienste kommen. Sie hatten eingangs schon den Thomas Olk gefragt, sozusagen über den Gesamtzustand unserer Debatte.

Ich teile das, was meine Vorredner gesagt haben, eindeutig. Es ist im Grunde genommen in den letzten 10 Jahren viel passiert. Wir sind vor 10 Jahren in einer ganz anderen Situation gewesen. Wir wissen mehr, es sind bestimmte Strukturen aufgebaut, es gibt Vernetzungen, die auch vorhin deutlich geworden sind. Und trotzdem beschlägt mich ein Unbehagen, dass wir dieses Thema eigentlich nicht wirklich zu einem strukturpolitischen Thema machen. Es besteht fast schon wieder eine Gefahr, zu einem symbolpolitischen Thema zu werden, dass man da und dort kleine Tupfer setzt und dass man meint, wenn man auf Bundesebene irgendwo eine Million investiert, dann hat man die Welt verändert.

Ich glaube, es ist noch nicht wirklich ein Schlüsselthema der Politik. Franz Müntefering sagte zwar wir können das politisch gar nicht verordnen, aber ich sehe keine Kultur, die wirklich das Thema im Kern aufgreift. Und ein Schlüsselthema der Politik, das über die Ressource hinausgeht, das man sagt, da ist ein Familienministerium und da ist in der Kommune ein Sozialdezernent zuständig, das ist ein gemeinsames Thema.

Wie schaffen wir und wie organisieren wir das vor allen Dingen in der Zukunft?

Man muss sich grundsätzlich klar sein: Dieser soziale Zusammenhalt kommt nicht von alleine zustande und vor allem selbst, wenn man den mal hat, ist er nicht in Zukunft wieder da. Man muss ihn immer wieder neu erzeugen. Und das Beispiel, was Sie gerade erzählt haben, dass viele Organisationen Nachwuchsprobleme haben, es ist ein Ausdruck dieser Situation.

Und manchmal frage ich mich, ob wir mit unserem Freiwilligensurvey uns möglicherweise einen Bärendienst geleistet haben, weil alle sagen, 36 Prozent die Welt ist doch in Ordnung. Da können wir uns doch wieder gemütlich zurücklehnen, ist doch prima. Deutschland steht doch gar nicht so schlecht da. Wir hatten doch eine Aufregung nach der Eurovol-Studie in den 90ern. Woran liegt

das, warum ist das so wenig ein Thema der großen Politik? Und müssten wir da nicht grundsätzlicher drüber diskutieren, welche Zusammenhänge da sind.

Und ich wenn es richtig sehe, haben wir im Moment wirklich zwei Schlüsselprobleme: Das eine sind die jungen Menschen. Das ist das, was Sie jetzt angesprochen haben, Herr Rix. Und auf der anderen Seite sind es die älteren Menschen. Das hat wiederum damit zu tun — und da bin ich froh, dass wir in den letzten 10 Jahren wirklich auch in der Forschung weitergekommen sind —, dass man sehr schön zeigen kann, dass das Bürgerschaftliche Engagement in dieser Gesellschaft in höherem Maße berufsabhängig ist.

In der Altersphase der Berufstätigen haben wir die höchsten Formen des Engagements. Das heißt, in dem Moment, wo ich noch nicht berufstätig bin oder nicht mehr berufstätig bin, habe ich ein Zugangsproblem. Deswegen diskutieren wir über diese zwei gesellschaftlichen Gruppen. Und beim Letzten, das hat Frau Kumpf heute Morgen schon gesagt, besteht immer politisch die Gefahr, dass es einen Instrumentalisierungseindruck hat. Na ja, da sollen jetzt die Älteren ran, die sollen sich mal um was kümmern, wir haben doch so viel Bedarf in dieser Gesellschaft, macht doch mal gefälligst etwas.

Und das ist schwierig. Die Politik muss einen ganz schwierigen Balanceakt hinkriegen im Sinne einer Ermöglichungspolitik, die eigentlich erst einmal die Räume schafft, die Zugänge schafft.

Und da, finde ich, können wir — da komme ich auf die Freiwilligendienste —, das Thema nicht reduzieren, im jugendlichen Alter auf die Freiwilligenagenturen, auf die Jugendfreiwilligendienste, auf die Jugendarbeit, sondern wir müssen im Kern über das Aufwachsen von Kindern und die Orte, wo sie alle sind, nämlich über die Schule reden.

Wir reden über Ganztagschulen, wir reden nicht darüber, was das eigentlich heißt und welche Pflicht dort entsteht. Das ist ein Drama, dass immer die gleichen Gruppenkreise diskutieren und sie finden nie einen Kultuspolitiker da drin. Der hat das noch nicht einmal auf dem Schirm, dass das für ihn ein Thema ist.

Mir geht es nur darum, dass wir diesen Horizont jetzt nicht verengen, da haben wir noch ein Migrations- und da haben wir noch ein Freiwilligendienstproblem.

Zu den Jugendfreiwilligendiensten selber: Auch da habe ich ein ambivalentes Gefühl. Auf der einen Seite würde ich sagen: Wunderbar, das Gesetz ist ein Schritt nach vorne. Der Umstand, dass wir da einiges flexibilisiert haben, dass wir neue Felder erschlossen haben, wunderbar. Dass wir auch die Dienste flexibilisieren, dass die Möglichkeiten, nationale, internationale Verknüpfungen zu machen, besser geworden sind, wunderbar. Es ist auch wunderbar, dass andere gesellschaftliche Akteure — politisch müsste ich es wieder etwas nüchterner formulieren —, andere Ressourcen nun auch aufgewacht sind und sagen, man könnte etwas tun.

Und die haben aus ihren Haushalten jetzt Geld aktiviert, das ist eigentlich auch erfreulich in der Entwicklung.

Nur es macht mich schon wieder stutzig, wenn ich mir das Kerngeschäft — und darüber haben wir ja schon an anderer Stelle geredet — von FSJ und FJ angucke, da stagniert es. Man muss ganz schlicht sagen, Sie haben ja gesagt, wir hätten gern mehr gehabt, es ist nichts passiert. Und es ist immer noch der Punkt, dass ich sage: Ich finde es gibt eine sehr schöne Erfindung in der Kinder- und Jugendhilfe, nämlich bei den Kindertageseinrichtungen, da gibt es einen Rechtsanspruch für Betroffene. Ich fände es wunderbar, wenn wir in Deutschland ein Gesetz hätten, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz. Nicht eine Pflicht in diese Schule zu gehen, aber ein Recht, wenn man will. Und ich finde, es wäre wunderbar, es gäbe einen Rechtsanspruch auf einen Jugendfreiwilligendienst. Das heißt, wenn ich will, kriege ich was. Und das müsste die Messlatte für die Politik sein und die sehe ich nicht.

Deswegen ist in der Tat das, was Thomas Olk sagt, dass es fast peinlich ist von außen betrachtet, wie die Politik um diese kleinen Dinge ringt, ob man da nun ein bisschen machen kann, und eigentlich geht es um ganz andere, generelle Grundfragen. Und insofern, weil Sie jetzt speziell auch die Dienste für Benachteiligte angesprochen haben:

Wir haben im Deutschen Jugendinstitut schon vor einigen Jahren das freiwillige, soziale Trainingsjahr gemacht, ein schwieriges Geschäft. Es gibt bislang auch noch kein Ergebnis aus dem jetzigen Projekt. Aber man muss das ganz nüchtern sehen, weil man hier auch wieder mit zwei Dingen verknüpfen will.

Die Grundidee teile ich sehr, dass man sagt, wenn man schon junge Menschen nicht direkt in die Arbeitswelt rein kriegt und man kriegt keine Ausbildungsplätze oder die Ausbildung packen sie nicht, aus unterschiedlichen biografischen Gründen, dann lasst es uns über die weniger standardisierten und weniger reglementierten Dienste versuchen, dass sie einen Zugang zu dieser Welt finden.

Gleichzeitig zeigt sich natürlich, dass diese Welt der Freiwilligendienste vergleichsweise wenig auf so etwas vorbereitet ist. Sie hat ein ganz anderes Publikum. Also wir haben vor Jahren mit dem FSJ schon Debatten darüber geführt, wo ich gesagt habe, dass es schwierig ist, solange man eine klassische Mittelschichtstradition hat in den Freiwilligendiensten. Und dann kommt ein Publikum wo es jeden Tag um den Kampf geht, ob die nun pünktlich kommen, ob die mitmachen, ob die da bleiben, ob die durchhalten und das gar nicht der bisherigen Tradition dieser Freiwilligendienste entspricht.

Deswegen wäre ich nicht so optimistisch, was die Effekte und Wirkungen anbelangt. Das ist ein hartes Stück Arbeit. Der FSJ-Bereich selber hat ja schon sehr damit gerungen und versucht, auch Hauptschüler anzusprechen, also es geht ja noch nicht mal um diejenigen, die keinen Schulabschluss haben, von den Franz Müntefering gesprochen hat. Eigentlich gut ausgebildete, zumindest mit Schulabschluss versehene Schüler. Und es war schwierig in diesen Bereichen, weil — und das darf man nicht verkennen — Jugendfreiwilligendienste immer auch Dienste sind, die für die Organisationen funktional sein müssen.

Es geht ja nicht nur allein darum, dass die jungen Menschen etwas machen, sondern die Organisationen sagen: Ich brauche Verlässlichkeit im Umgang mit einem bestimmten Thema, im

Pflegebereich usw.. Und das muss dann im Endeffekt auch funktionieren und das macht die Sachlage insgesamt nicht einfacher.

Ein letzter Punkt: Durch die Jugendfreiwilligendienste — und das ist heute zum Teil auch schon angedeutet worden — und durch die Debatte der letzten Jahre haben wir ein neues Thema erschlossen, dass vor zehn Jahren nie diskutiert wurde, nämlich das Potenzial der Freiwilligendienste, des Freiwilligenengagements als Lern- und Bildungsort. Und ich glaube, das ist eine neue Variante. Früher hat man gesagt: Ja, das kommt den Institutionen zu Gute. Man hat eigentlich nie so richtig gesagt, was ist das eigentlich für ein Ort für den eigenen Kompetenzerwerb?

Und das ist eine Riesenchance, ein Anschluss an eine gesellschaftliche Debatte auch zu bekommen und zu sagen: Nicht nur in der Schule wird gelernt, sondern in diesen Bereichen lernen die Menschen auch etwas. Und zwar nicht etwas, was sozusagen nur für den Feierabend wichtig ist, sondern was fundamental für ihre eigene Entwicklung, für ihre Kompetenz im Alltagsleben, in der Lebensführung, in der Familie, im Beruf ist.

Und deswegen bin ich froh, dass es im Jugendfreiwilligendienst auch ganz vorne mit drin steht und es nicht so irgendwo unter anderem. Und ich glaube, es wird eine Schlüsselfrage sein, ob uns gelingt, diese Diskussion öffentlich zu führen. Da sehe ich den einzigen Anschlusspunkt, wo andere gesellschaftliche Akteure sagen: Menschenskind, das ist ja nicht nur ein bisschen Arbeitszeit, die die verbringen, sondern das ist eine Investition in die Zukunft, weil die Menschen dort was lernen.

Sönke Rix: Nicht nur weil Sie Kompetenz für sich erwerben, sondern weil die Gesellschaft nachher auf die Kompetenz zugreifen kann. Das ist genau der Schlüssel. Und ich bin zwar nur Moderator, aber manchmal wird man ja auf die Politik hier angesprochen. Und gerade die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf den Freiwilligendienstplatz für einen jungen Menschen, den haben wir in unserem Impulspapier schon mal mit aufgenommen.

Das ist aber mit dem jetzigen Koalitionspartner sehr schwer, weil der doch einen anderen Blick darauf hat. Die Jugendlichen sollen so einen Dienst machen und wir wollen ihnen das Angebot machen, dass das dann auch wirklich freiwillig bleibt.

Wir kommen immer wieder auf das Thema „Strukturen“, wir kommen aber auch immer wieder auf die Themen „Politikfeld“ an sich. Herr Rauschenbach hat das ganz deutlich angesprochen. Es ist immer noch irgendwie ein bisschen ein Anhängsel. Und da ist auch die Frage. Ich habe mir erzählen lassen, dass auf einer Veranstaltung der Bundesbeauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement, oder der heißt ja beim Familienministerium „für das Zivilengagement“ in etwa gesagt hat: „Die Forschung im Bereich ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ sei auf dem Punkt wie in Tansania.“ Nun haben wir hier drei, die sich bei dem Thema in der Forschung zu Hause fühlen. Und da würde ich alle drei fragen, nicht nur was sie dazu sagen, sondern wie denn nun der tatsächliche Stand ist. Herr Olk, wie ist denn der Stand hier in Deutschland? Und hilft der uns denn auch weiter, das Politikfeld „Bürgerschaftliches Engagement“ vielleicht auch noch ein bisschen neu zu sortieren?

Thomas Olk: Ja, das Wort ist ja schon ausgesprochen. Es ist natürlich so gemeint, es hat offensichtlich seine Wirkung erzielt. Also man denkt drüber nach und es ist nicht wirklich wörtlich zu nehmen natürlich.

Ich weiß auch nicht, wie die Forschungssituation, was Engagement in Tansania betrifft wirklich aussieht. Ich habe das versucht zu googeln, aber das war schwer. Es ist nicht ganz klar geworden. Nein, Spaß beiseite.

Ich denke, worauf er vielleicht zu Recht hingewiesen hat, ist, dass die Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement zwar stattgefunden hat bisher, und wir haben da ja auch große Fortschritte gemacht, aber nicht etwa weil es dafür entgegenkommende Strukturen gegeben hat, sondern weil es engagierte Verrückte gegeben hat, die sich dem Thema gewidmet haben, zum Teil sich einfach darum bemüht haben und Anträge gestellt oder Geld in bestimmten Situationen aus dem Kreuz geleiert haben. Und weil es einige Institutionen gibt, das Deutsche Jugendinstitut, aber auch andere, die dazu doch schon seit einiger Zeit systematisch etwas beigetragen haben. Also wenn ich diese Lage richtig sehe, dann haben wir auf der einen Seite ein großes komparatives Projekt zum 3. Sektor gehabt, was sicherlich das Thema hier bei uns auch auf Ebenen, die nicht unmittelbar in der Gemeinde verankert sind, durchaus verortet hat.

Aber der Nachteil dieses Projektes ist, dass es doch sehr, sehr klassifikatorisch, deskriptiv mit dem Phänomen des Engagements umgegangen ist. Also ich meine dieses vergleichende von Lester Salamon geleitete Projekt von der John-Hopkins-University, das ja einen 22-Länder-Vergleich zum 3. Sektor durchgeführt hat. Dieses Projekt hat, wie gesagt, das Thema mehr etabliert als Forschungsthema, aber inhaltlich hat es zu unseren Fragen wenig beitragen können, weil es sehr, sehr globale Daten mit einem für den Kontext unsensiblen Instrumentarium gesammelt hat. Also es waren sehr grobe Indikatoren statistischer Art.

Ich erinnere mich an Vorträge im Rahmen des Engagementthemas, wo dann gesagt wurde: Der 3. Sektor ist unheimlich wichtig, weil da sind so und so viel Arbeitsplätze geschaffen worden.

Es ging genau am Thema vorbei. Und zum Thema „Engagement“ konnte auch nicht viel gesagt werden, weil das Datenmaterial dazu auch nicht viel hergibt. Auf der anderen Seite haben wir interessante Studien, die eher qualitativ angelegt sind, da kann Thomas Rauschenbach auch noch was dazu sagen, also bei Jugend- und Freiwilligendiensten. Und wir haben natürlich einige Forschungen zu Wohlfahrtsverbänden und der Organisationsentwicklung und Engagement. Zum Teil habe ich sie selber auch gemacht.

Gerade auch, als es darum ging, nach der Wende den Aufbau dieser Strukturen in den neuen Bundesländern zu untersuchen. Also es gibt durchaus sehr, sehr interessante positive Ansätze. Und ich hoffe, dass der Engagementbericht als unabhängiger Bericht von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erstellt werden wird, ähnlich wie das ja für die Jugendberichte und für die Familienberichte gilt. Wenn wir dann also eine wissenschaftliche Dauerberichterstattung haben, turnusmäßig, in jeder Legislatur einen vorgelegten unabhängigen Expertenbericht zur Lage der Engagementforschung und der Entwicklung des Engagementbereichs, hoffe ich, dass wir dann noch mehr Anstoßwirkungen erzielen für komplementäre Forschung, die auch durch andere Finanzierungsquellen dann gestützt wird.

Wir haben also ganz, ganz wenig Forschungsprojekte, die etwa von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, also der eigentlich honorigsten Quelle für Grundlagenforschung, also ganz wenig Projekte, die Engagement dort erforschen. Und wir haben natürlich Ministeriumsforschung. Aber Ministeriumsforschung ist, wie Sie alle wissen, naturgemäß relativ auftragsgebunden nah am politischen Geschäft. Das ist die eine Seite und natürlich dadurch hoch selektiv, so dass bestimmte Fragen auch unterbelichtet sind. Also, wenn Sie heute wissen wollen – wie ich neulich – wie viele ältere Menschen etwa in verschiedenen Bereichen unseres 3. Sektors freiwillig engagiert sind, diese Daten kann man nicht kriegen. Und wenn man die Organisationen fragt, dann sagen die: Ja, wir zählen doch diese Leute nicht. Wir haben keine Statistiken, keine Verbandsstatistiken, die diesen Namen wert sind, über die tatsächliche Anzahl, die Köpfe und deren Merkmale. Also die in unserer Organisation freiwilliges Engagement machen, z. B. die Wohlfahrtsverbände – und das ist ja ein altes Problem – geben immer nur grobe Schätzungen über diese Zahlen heraus. Die bleiben auch über Jahre seltsamer Weise konstant, obwohl sie sich eigentlich immer in eine Richtung weiterentwickeln müssten. Das wissen die selber, das ist also keine Schelte hier, sondern das ist eine Sachlage, die sie auch schlecht kurzfristig ändern können.

Wir haben also eine Reihe von Fragestellungen, wissenschaftlichen Fragestellungen, die wichtig sind für Politikberatung, wo wir wirklich im Nebel stochern. Und vor allem wissen wir nicht – und das halte ich für sehr wichtig – wie das in konkreten Bereichen, wo gemutmaßt wird, dass bürgerschaftliches Engagement hier eine wichtige, gesellschaftliche Ressource ist, funktioniert, z. B. im Bereich Integration von Migrantinnen und Migranten, z. B. im Bereich von Interaktion zwischen alt und jung.

Was da genau passiert, was da die Ressource „Bürgerschaftliches Engagement“ wirklich bewirkt und wie das genau funktioniert, warum die Ressource „Bürgerschaftliches Engagement“ zu bestimmten Wirkungen führt, das brauchen wir. Solche Studien brauchen wir. Und nicht nur die ganz globalen statistischen Zahlen, die jetzt sozusagen in eine Art volkswirtschaftliche Gesamtbetrachtung eingespeist werden. Das ist zu wenig. Das ist auch nicht detailliert genug. Und das hilft uns auch in der Politikberatung wenig.

Sönke Rix: Herr Rauschenbach auch dazu.

Thomas Rauschenbach: Also, wenn ich die zitierte Äußerung noch einmal für mich nehme und sage was drückt sie aus, dann kann ich sagen, entweder sie ist so hoch intelligent, dass jemand die Forschungslage so gut kennt, dass er auch schon alle Defizite identifizieren kann. Dann würde ich vielleicht sogar dieser Beschreibung zustimmen, weil Forschung vielleicht in diesem Zustand ist – wenn ich das in der Länge eines Fußballspiels nehme – vielleicht in der Mitte der ersten Halbzeit. Wir sind aber nicht vor dem Spiel. Und wenn jemand sich sehr gut auskennt, bitte! Das weiß ich noch nicht. Das müsste man dann erst bewerten. Nein, aber ich nehme es eher als einen Indikator der Politik, dass sie offenbar die Forschung nicht wahrnimmt.

Und das ist, glaube ich, die strukturelle Antwort, die Herr Olk genannt hat, offenbar ist die Politik nur noch auf der Ebene von Regierungsberichten in der Lage, dieses zu rezipieren. Dass da vieles in dem eigenen Haus gemacht wird und dass man das gar nicht kennt oder wahrnimmt, ist etwas merkwürdig.

Nur ein Beispiel mit Verlaub: Wir haben bereits vor 10 Jahren den Auftrag aus diesem Ministerium gehabt, den Stand der Ehrenamtsforschung zusammenzutragen und ich erinnere mich gar nicht mehr genau, es hieß „Das Ehrenamt sekundäranalytisch ausgewertet in empirischen Studien“. Wir haben, glaube ich 60 oder 80 Studien identifiziert, allein in den 80ziger, 90ziger Jahren. Und was in den letzten 10 Jahren passiert war, ist darin gemessen noch richtig viel.

Aber soviel, ich könnte natürlich jetzt, wir wären schnell in der Lage ganz viele Fragen zu formulieren, die wir nicht beantworten können. Aber ich nehme mal Beispiele, wo wir einfach heute etwas wissen, was wir vor 10 Jahren so nicht wussten.

Und man kann da ruhig den Freiwilligensurvey nehmen, oder man könnte jetzt auch das Thema, des in den letzten Wochen erschienenen, alle etwas überraschenden Engagementatlas, sich angucken.

Wir wissen und können zeigen, man hat es vielleicht gemutmaßt oder hat es aus lokalen Studien gesehen, dass das Engagement vom Sozialraum abhängig ist, also von der Größe einer Kommune, ob ich in der Stadt oder auf dem Dorf bin. Wir haben gesehen, dass es sozusagen von der biografischen Einbindung abhängig ist, das heißt Menschen die noch dort leben wo sie aufgewachsen sind, ist die Wahrscheinlichkeit viel größer, dass sie ehrenamtlich engagiert sind. Das heißt in einer vollmobilen flexiblen Gesellschaft, dass ich strukturell gewissermaßen Verhinderungsbedingungen schaffe, weil Menschen permanent in neuen Netzwerken leben müssen. Und das müssen sie herstellen und das geht nicht von alleine.

Wir wissen zum 3., dass es mit Bildungsabschlüssen korrespondiert und wir wissen auch die Zuordnung. Und deswegen hier sitzen unten zwei, die sozusagen aus meiner Sicht enorm wichtig sind, weil sie einen Bereich gesellschaftlich verkörpern, wo eben auch mal ein Hauptschüler hingeht, weil er sagt, es geht nicht darum quatschen zu können, sondern da geht es auch mal darum, konkret etwas zu tun.

Und sozusagen andere Organisationen leben von dem, was wir hier treiben. Nämlich immer reden und da fühlen sich manche nicht wohl, weil sie sagen, dass ist nicht mein Metier.

Wir haben aber diese Zusammenhänge so deutlich einige Jahre vorher nicht gewusst und jetzt kann ich darin anfangen darüber nachzudenken, warum erreichen wir bestimmte Leute nicht? Und warum funktioniert das nicht, wenn einfach ein türkischer Jugendverband sagt: Mensch, jetzt werden wir mal ganz sozial und öffnen uns gegenüber benachteiligten Migranten und wundert sich, warum die Sache nicht funktioniert.

Und das meine ich. Das ist ein ganz wichtiges Wissen, das ich durch Forschung auch rauskriege und darüber lernen kann, über Zusammenhänge, über Zugänge, über Verhinderungen.

Zweiter Bereich, ich habe es vorhin angedeutet: Wenn wir jetzt erstmalig versuchen tatsächlich zu sagen, was lernen eigentlich die Menschen in diesem Engagement? Was ist für sie wichtig? Und wie können wir da dann auch verstärken, wie können wir da Impulse geben? Gut die Politik ist immer schnell dabei, wir zertifizieren das nachher, wunderbar und dann kann man es irgendwann in der Gesellschaft brauchen.

Ich bin mal gespannt, wir machen jetzt erstmalig eine Befragung in Deutschland unter 1.000 Wirtschaftsunternehmen, was die eigentlich wissen von diesen Zertifikaten und ob sie die für relevant erachten oder nicht oder überhaupt kennen. Also um die Wirklich mal von dieser Seite her wahrzunehmen.

Aber trotzdem sind es Stücke, dass wir sagen, wir lernen auf einmal: Aha, im Bürgerschaftlichen Engagement lernen die Menschen. Ich nehme einen zentralen Bereich der in unserer Studie deutlich geworden ist, ich habe es vorhin im Pausengespräch schon einmal gesagt, dass Formen des freiwilligen Engagements eine zentrale Rekrutierungsquelle für Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe sind.

Da muss man darüber nachdenken, was passiert eigentlich in dieser Gesellschaft in 10 oder 20 Jahren, angesichts der demografischen Entwicklung? Wo kommen eigentlich die Fachkräfte dieser Zukunft her? Und wenn ich diese Orte nicht habe, wo die jungen Menschen im FSJ, in der Jugendarbeit, in anderen Zusammenhängen, diese soziale Seite ihres eigenen Tuns auch kennenlernen, dann haben wir Rekrutierungsprobleme in diesem Bereich.

Und das sind alles Beispiele und Erkenntnisse von Forschung, wo ich finde, damit müssen wir viel gezielter umgehen und da muss auch die Politik Impulse kriegen, sagen: Mensch, das ist richtig, da müssen wir was tun, weil es eine gesellschaftliche Herausforderung ist. Und nicht nur die Naturwissenschaftler, die jetzt zu mir kommen und sagen: Wir müssen in den Kindergärten mit der Naturwissenschaft anfangen, weil wir zu wenig Fachkräfte in 20 Jahren haben. Und deswegen müssen die Erzieherinnen jetzt alle lernen, wie das mit Physik und anderen Dingen ist, damit die Kinder wieder darauf getrimmt werden.

Und das Soziale, da gehen wir immer noch von aus, das ist ein Selbstläufer. Und ich glaube da liegen Herausforderungen und da kann uns Forschung wirklich weiterhelfen.

Sönke Rix: Herausforderungen liegen vor uns. Herr Hummel hat auch fleißig mitgeschrieben, zum Thema wissenschaftliche Forschung und was das denn auch für die Politik vielleicht für Konsequenzen haben sollte.

Konrad Hummel: Also, nachdem ich mich beiden anschließe in der Einschätzung, dass der Tansania-Vergleich ein Blödsinn ist, will ich trotzdem eine Vermutung loswerden, in Bezug auf nicht nur den einen, der das so gedacht hat. Ich fürchte auch, jetzt für euch in der Bundespolitik ist ein großes Problem, dass je mehr — das ist ein dialektisches Problem — je mehr erfolgreich Bürgerengagement diskutiert wird, hier Enquete und anderswo, umso mehr wird auch das klassische, traditionelle Vorfeld der Bundespolitik in Frage gestellt.

Also Parteien, Jusos, Junge Union, Zulieferer, Organisationen der politischen Bildung, sie sind ja dann auch Gegenstand der Freiwilligendienste, der Projektkultur, des Bürgerengagements. Und ich habe den Eindruck, dass wir zu wenig diskutieren bei der bürgergesellschaftlichen Diskussion, auch über die Herrschaftsprobleme und die Führungsprobleme, die Loyalitätsprobleme innerhalb der Bürgergesellschaft.

Olaf Zimmermann hat heute bei seinem Statement gesagt, für ihn sei der größte Fortschritt des Enquete-Prozesses gewesen, eher kulturell kommend, die Breite des Engagements wahrzunehmen.

Also von Feuerwehr bis Hospiz-Fragen. Ich teile diese Meinung zutiefst, dass der entscheidende Durchbruch nie kommt, ob 33 oder 38 Prozent engagiert sind, sondern die Breite wahrgenommen werden muss, die ja auch mit Gleichwertigkeit zu tun hat, die mit großer Selbstverständlichkeit unterschiedlichst gewertet wird.

Die klassische Politik, die wir meinen — ich zähle mich zwar genauso dazu, auf jeder Ebene, aber auch die Bundespolitik und entsprechende Ministerialmitarbeiter —, die so etwas sagt, schnell alles weg redet, auch natürlich mit jedem Erkenntnisprozess das Vorfeld in Frage stellt.

Und Ergänzung dazu: Ich stelle schon beeindruckt fest, dass die oft bei uns immer gescholtene amerikanische Politik und Forschung, Bürgerengagement und Zivilgesellschaft längst auch stärker diskutiert. Ich bin da ein bisschen nachdenklich geworden, bei den Worten von Frau Schwan, auch stärker in Richtung von Verhalten. Also nicht nur messbares Handeln, sondern Zivilcourage z. B. als Handeln und Verhalten. Wenn wir gegen Rechtsradikalismus Programme ausdenken, geht es nicht so sehr darum, dass alle Menschen gleich was tun, sondern dass sie etwas nicht mitmachen. Und das ist schwer zu zählen.

Das heißt wir brauchen auch eine Forschung, die Zivilcourage und Demokratie überhaupt einmal bewertet und feststellt.

Zweiter Spiegelstrich dazu: Milieus. Wir gehen an Milieus immer noch eigenartig vorsichtig heran. Manche Wissenschaft nimmt es noch nicht ganz ernst. Autos werden längst nur noch danach verkauft. Aber es ändert nichts daran, dass wir genau wissen, es geht ein bisschen in Richtung von Rauschenbach'schen These, die ich da an der Stelle voll teile, dass wir das Engagement einmal völlig andersrum anschauen müssen. Engagement nicht für etwas, sondern als Entäußerung meiner Herkunft. Wenn ich zu einem postmodernen Milieu gehöre, dann engagiere ich mich in einem ganz bestimmten Milieu von dort. Wenn ich aus einem traditionellen Milieu komme, dann gehe ich eben als Mäzen und tue etwas. Wenn ich aus einem bürgerlichen oder einem hedonistischen Milieu komme, z. B. junge Türken, dann engagiere ich mich ganz genau in den Szenen, die ich brauche. Und wer zu Greenpeace geht, geht nicht unbedingt zu Greenpeace, weil die was anderes tun, als das Technische Hilfswerk, sondern weil es ihrem Milieu entspricht.

Wir würden sehr viel schneller verstehen, wo Menschen hingehen und letztlich suchen sie sich in all ihren Milieus ihren Weg. Dort, denke ich, müsste — der zuständige Herr hat es gesagt — einfach die Forschung zusammenbringen. Die haben wir, aber sie ist tatsächlich, Thomas Olk's These, nicht zusammengebracht.

Gleiches gilt, Spiegelstrich, bei der Stadtforschung.

Ansgar Klein hat heute Morgen gesagt, dass die Governments-Forschung für die Insider der Wissenschaft ein wichtiger Punkt ist. Ich teile dies, nicht zu verwechseln mit dem Government, sondern

Governments-Forschung, als die gemeinsame Steuerung der Dinge. Dort gibt es ganz spannende europäische Stadtentwicklungsprozesse.

Als ich im Bundesbauministerium den werten Genossen, Kollegen Tiefensee ein vor paar Monaten mal gefragt habe, wo wird das zusammengetragen: Soziale Stadt in Europa, Teilhabe, Quartiersmanagement. Dann wird auf fertige Programme verwiesen, aber nicht auf Forschung. Es wird nicht darauf verwiesen, dass es ein paar ganz kluge Governments-Forschungen gibt, über Zusammenhänge von Führungsstil, Bürgerbeteiligung, Milieufragen, brennende Banlieues in Frankreich, brennende Vorstädte. Ein akutes Problem, ob Bürgerengagement gefördert ist, wie nirgendwo sonst in Frankreich. Es gibt gute Ansätze, wer kennt die in Deutschland? Nicht, dass sie fehlen. Sie müssen rezipiert, sie müssen diskutiert werden. Wir brauchen Diskurse darüber.

Und Spiegelstrich „Bildung“: Wieder sagt Thomas Rauschenbach „Lernen durch Bürgerengagement“. Auch dort zitiere ich ein amerikanisches Beispiel, den Service-Learning, das heißt, es ist längst ein Gegenstand, dass man lernen kann über den Feldern. Und ich denke wir haben es gehört, heute z. B., wenn ich technisches Wissen erwerbe, kann ich mir das anerkennen lassen. Oder andersrum gesagt: Wenn ich Sozialkompetenz erwerbe in Projekten, werde ich nicht nur vielleicht, so seine richtige These, dort arbeitstätig werden, sondern ich gewinne Sozialkompetenz in der Gesellschaft und zwar – pardon — mehr, als im gesamten deutschen Schulbetrieb.

Und da ist für mich die Frage nicht entweder oder, sondern wie organisieren wir eigentlich Ganztagschulen. Wenn ich jetzt die bayerische Schulpolitik nehme und ich weiß, dass man in Berlin über Bayern sowieso gern lästert, aber ich fürchte, anderswo läuft es nicht allzu viel besser, dann wird die Ganztagschule brachial imperialistisch entwickelt.

Das Kultusministerium geht rein und wenn sie mehr Geld hätten, gehen sie mit mehr Lehrern rein und wenn sie weniger Geld haben, gehen sie mit weniger Lehrern rein.

Die Ganztagschule ist nichts anderes, wie ein komplexes zivilgesellschaftliches Produkt, wo ich den Turnverein, den Sportverein, die Kirchengemeinde, die Nachbarschaft, die Eltern zusammenkriegen muss, in ein neues, kompliziertes Lieblingswort: Bündnis oder Netzwerk. Ja, welcher Rektor ist darauf vorbereitet? Ja, welche Verhandlungsmandate hat er, außer einem Budget, das ihm das Kultusministerium gibt?

Also für mich wäre die bildungspolitische Entwicklung ein zutiefst spannendes, bürgerschaftliches Thema, um euch gleich Stichworte für die Agenda der nächsten 10 Jahre zu geben, wo man bundespolitisch mutig sich einmischen sollte. Und zwar nicht mit der quantitativen Forderung, sondern mit der Forderung, nach einem ganz — ich zitiere noch mal englisch — smart-networking, das ist ein ganz anspruchsvolles Netzwerken, die in den Schulen zum Erfolg führt.

Und wir könnten einfach über die Grenze schauen. Frankreich hat seit 40 Jahren Ganztages-Kinder- und Schuleinrichtungen, ein genauso kapitalistisches Land, hat eine völlig andere Sportvereinsstruktur. Warum wohl?

Wo ist der bürgergesellschaftliche Diskurs in Europa? Und ich denke, es wäre eine ganz, ganz spannende Diskussion, die man dort machen könnte, insofern derjenige, der sagt wir seien auf dem Stand von Tansania, möge nach Europa schauen.

Sönke Rix: Die Wissenschaft ist sich also einig, wir sind besser als der Stand in Tansania, aber es gibt noch viel zu tun. Aber wir haben die Frage noch im Raum stehen: Liegt es vielleicht auch daran, weil das Politikfeld „Bürgerschaftliches Engagement“, das ist ja auch immer wieder angesprochen worden, in einer Ecke, in einer Nische steht. Soll man das vielleicht auch anders organisieren? Bei Migration und Integration haben wir eine Staatsministerin beim Bundeskanzleramt. Wir haben das als Querschnittsaufgabe wahrgenommen, alle gesellschaftlich relevanten Gruppen angesprochen. Nicht nur diejenigen, sage ich mal, was auf unseren Bereich kommen würde, die sich mit Bürgerschaftlichem Engagement auseinandersetzen. Nein, alle gesellschaftlichen Gruppen, das heißt z. B. auch aus dem Bereich Kultur oder so.

Herr Kücük, haben Sie das Gefühl, dass das ein Erfolg war, dass man das nicht als eine Nischenaufgabe sieht? Sehen Sie das Thema Migration, Integration da rausgeholt und wäre das vielleicht ein Beispiel auch für das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ insgesamt?

Kenan Kücük: Also wie ich vorhin auch sagte, das Thema ist natürlich angekommen und es gibt auch mittlerweile die verschiedenen Ministerien, verschiedenen Parteien, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Nun, die Wissenschaft gibt wahrscheinlich eher über die Einheimischen eine Antwort.

Gerade bei Migration sagt man, aber die Migranten beteiligen sich nicht. Diese Auffassung ist wirklich falsch. Jeder Türkisch-stämmige ist mindestens in einem, zwei oder drei Vereinen Mitglied. Und wir wissen auch natürlich, die bauen ihre Vereine, Verbände, Sportvereine und Heimatvereine und Glaubenseinrichtungen usw.

Alles läuft fast auf ehrenamtlicher Basis. Die sind wirklich aktiv. Was sie nun aber nicht kennen, wenn ich das sagen darf, ist dieses traditionelle deutsche Bürgerschaftliche Engagement. Das ist bei denen anders. Was wir z. B. nicht geschafft haben, ist, innerhalb des Komitees sind sie sehr aktiv und die sogenannten gesellschaftlichen Gruppen, die sind nicht vertreten. Feuerwehr oder Technisches Hilfswerk, allein in politischen Parteien. Wir sind hier im Willy-Brandt-Haus, diese Partei hat fast keine oder sehr wenige Migrantinnen und Migranten, die in dieser Partei auch wirklich aktiv mitwirken.

Wir haben natürlich einen Abgeordneten oder zwei, aber egal. Auf jeden Fall muss unser Ziel sein, natürlich, a) die Gruppen bei dem gesellschaftlichen Bereich mehr einbeziehen. Die Feuerwehr, wenn ich bei diesem Beispiel bleibe, ist nicht nur für die Deutschen da. Also wenn es brennt, ist die Nationalität egal, muss natürlich auch. Aber, woher soll ein Türke, ein Italiener oder ein Spanier das Interesse haben, bei der Feuerwehr als Ehrenamtlicher sich zu beteiligen? Die kennen doch so was nicht. Ich habe auch immer gedacht, alle die bei der Feuerwehr arbeiten, arbeiten hauptamtlich. Also die ehrenamtlichen Aktivitäten kannte ich nicht. Und es ist gerade einer, der auch wirklich politisch und auch im Vereinsleben sehr aktiv ist, der das nicht kennt. Es ist auch nicht meine Aufgabe, Aufgabe der Feuerwehr muss es natürlich sein, seinen Nachwuchs irgendwo zu finden. Hierfür muss sie sich öffnen, die sog. interkulturelle Öffnung.

Es reicht natürlich nicht zu sagen, wir brauchen jetzt Jugendliche und Jugendliche kommen. So funktioniert das nicht. Man muss natürlich auch jede Struktur entsprechend soweit öffnen, damit auch andere sich in dieser Einrichtung wohl fühlen. Wenn sie in den sog. Einrichtungen sich nicht wohl fühlen oder wenn man die Menschen nicht sensibilisiert und sagt, die Feuerwehr ist auch für dich da. Also die Feuerwehr ist wie gesagt nur ein Beispiel. Dies kennen wir natürlich in vielen anderen Bereichen auch.

Ich vertrete auch auf Bundesebene 110 MSO's im Paritätischen Wohlfahrtsverband, viele unserer Mitgliedsorganisationen arbeiten ehrenamtlich. Ehrenamtliche Arbeit hat seine Grenzen. Und ich sage immer, wenn es einer wirklich geschafft hat, Mitglied beim Paritätischen Wohlfahrtsverband zu werden, dann hat er mehrere Hürden überwunden. Das ist nicht einfach. Aber wenn es einer geschafft hat, dann hat er Strukturen. Nur diese Strukturen müssen wir versuchen zu nutzen oder bzw. im gesamtgesellschaftlichen Sinne müssen wir sie in Anspruch nehmen.

Und da hapert es. Deswegen: Wir brauchen gerade auch für die Zielgruppe MSO's eine strukturelle Finanzierungsmöglichkeit. Also die müssen sich professionalisieren. Die müssen sich fort- und weiterbilden. Die müssen auch wissen, wie das System funktioniert, das muss ihnen nahe gebracht werden und dafür brauchen wir dann politische und natürlich auch finanzielle Unterstützung.

Es gibt jetzt — ich bin jetzt ein bisschen optimistisch — im Bereich BAMF, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Arbeitsgruppe, ich bin auch dort vertreten. Wir sind drei, vier Mal zusammengekommen, wir werden auch noch zwei weitere Termine haben und wir wollen ein Angebot machen. Wir wollen gerade für die strukturelle Finanzierung für den Bereich einiges entwickeln und ich hoffe, dass es von der Politik und natürlich von den zuständigen Ministerien her Zustimmung findet.

Wenn wir das nicht schaffen, dann werden sie nach wie vor ehrenamtlich bleiben, dann werden wir dann natürlich aufgeben. Aber wir werden es trotzdem nicht schaffen, alle anderen eben in Feuerwehren, Technischem Hilfswerk oder in anderen Bereich zu integrieren.

Sönke Rix: Schönen Dank. Bevor wir dann gleich noch mal aufs Politikfeld kommen, erst einmal noch mal Herr Rauschenbach.

Thomas Rauschenbach: Ich würde gerne zu dem letzten Thema drei Punkte sagen. Erstens, ich würde es sehr unterstützen, auch das was im Grunde genommen Franz Müntefering gesagt hat, auch dieses Engagement braucht im Hintergrund professionelle Strukturen. Und die Migrantinnen-Organisationen brauchen diese professionellen Strukturen, sonst kann daraus nichts entstehen. Das geht auch hier nicht wieder sozusagen paternalistisch fürsorglich: Kommt doch zu uns, wir laden euch ein, also das heißt man muss auch denen Entwicklungsmöglichkeiten geben. Und dann können die Selbstorganisationen, ich sag's jetzt mal, das ist so ein schönes Wort, auf gleicher Augenhöhe mit der Feuerwehr, mit anderen verhandeln und sagen, wie kommen wir da jetzt gemeinsam weiter. Also das, glaube ich, ist ein wichtiger Punkt. Und ich bin froh, dass da in Berlin jetzt ein Auftakt gemacht wird. Sie hatten es ja genannt, mit dem Türkischen Bund und dem Versuch, da auch etwas voranzutreiben.

Zweitens: Ich finde, wir müssen den Punkt noch mal ernst nehmen, den Konrad Hummel genannt hat, nämlich sozusagen die Selbstreferenzialität der Milieus. Das heißt auch da, ich kann nicht einfach sagen als Kirche oder so, kommt ihr doch aus einem anderen Bereich, wir sind ja offen. Sondern man muss das akzeptieren, dass zunächst auch mal alle ihren eigenen kulturellen Hintergrund haben und diesen kulturellen Hintergrund suchen sie. Dort finden sie ihre eigene Identität, da fühlen sie sich selber bestätigt und das muss man auch ernst nehmen. Und da hat Deutschland 20 Jahre nichts gemacht. Und jetzt wachen sie auf. Deswegen Ihre Frage vorhin, warum kommen die jetzt alle auf einmal? Weil alle anerkennen, die Migration ist da, wir kriegen sie nicht mehr weg. Und wir müssen sie ernst nehmen, weil sie keine Marginalie ist, sondern ein gesellschaftlich relevanter Bereich. Und darüber müssen wir nachdenken und deswegen müssen wir diese Milieu-Frage deutlicher stellen.

Und das Dritte ist das, was ich vorhin gesagt habe. Und ich bin froh, dass es zumindest einen Ansatz einer Studie gibt, die im Anschluss an den Freiwilligensurvey ja über türkische Organisationen und Engagement gemacht wurde, wo dann doch ein bisschen Wasser in den Wein gegossen wird, dass es dort sehr deutlich wird, dass es vergleichsweise wenig sind, die sich engagieren. Die Studie war schlecht, darüber kann man dann diskutieren, aber es kommt erst mal raus. Nur es zeigen sich die klassischen Muster. Es zeigt sich die Bildungsabhängigkeit. Wenn wir aber wissen, sozusagen, dass wir die deutschen Hauptschulen zu Migrantenschulen machen. Dann dürfen wir uns nicht wundern, dass wir darüber die Probleme produzieren.

Wenn wir wissen, dass eben diese Milieu-Abhängigkeit da ist, dann darf ich mich nicht wundern, dass sie nicht in die deutschen Organisationen reingehen. Wenn die These richtig ist, dass Menschen dort, wo sie lange leben, am ehesten sich engagieren, dann sieht man das wunderschön in den Daten, je länger sie in Deutschland sind. Türken, die 30 Jahre da sind, bei denen ist die Wahrscheinlichkeit viel größer, als bei denen, die ein oder fünf Jahre da sind.

Also aus solchen Zusammenhängen kann man dann lernen und sagen, wie gehen wir mit dieser Situation um? Und ich finde, da haben wir noch überhaupt keine richtige Debatte. Es bleibt immer sozusagen bei dem Aufforderungscharakter: Liebe Migranten, strengt euch doch mal an und macht mit, oder so. Und da finde ich, müssen wir an dem Punkt deutlicher ansetzen und auch aus diesen Erkenntnissen lernen.

Sönke Rix: Herr Hummel hatte noch ein Beispiel.

Konrad Hummel: Ja, nur ein Versuch eines kurzen Einschubes. Aber weil ich, was die Migranten-Frage angeht, auf eine etwas dialektische Art sehr optimistisch bin. Also ich glaube daran, dass wir dort noch zu sehr aufschlussreichen Erkenntnissen kommen können. Ich weiß, dass nächste Woche eine große Gemeinschaftsmilieustudie über Migranten veröffentlicht wird und soviel ist mir daraus ansatzweise auch schon bekannt. Ich will es auch kombinieren mit einem Praxisbeispiel der Stadt, aus der ich komme.

Wenn man einmal die Tabus oder deutschen Klischees weglässt und danach fragt, was wollen die jungen Mütter aus dem Migrantenbereich tun, z. B. zugunsten ihrer Kinder, kann man unendliches Engagement aktivieren. Und zwar völlig egal, ob mittelständisch oder proletarisch oder wie auch immer.

Also wir haben allein in dieser Stadt in Augsburg 500 Stadtteilmütter gewinnen können, die in ihrer Muttersprache ihre Kinder unterrichten, weil man dann nicht dauernd wieder nach deutscher, normativer Obrigkeitsstaatlichkeit die Mutter aus der Süd-Türkei kritisiert, dass sie nicht flüssiges Deutsch redet, sondern dort soll sie in türkisch mit ihrem Kind reden und der Kindergarten redet in deutsch mit diesem Kind. Dieses Projekt Stadtteilmütter ist ja einigen bekannt. Ist aus meiner Sicht, wenn man es bürgerschaftlich angeht, ein Erfolgsmodell sondergleichen und wird überhaupt nicht wahrgenommen.

Was passiert? Und die Anekdote eben kurz: Was wäre, wenn es für jedes Migranten-Kind einen Zuschlag gibt? Was geschieht damit? Diesen kleinen Zuschlag je Kindergartengruppe nimmt der Träger mit. Und weil dort zwei Migranten-Kinder, dort sieben Migranten-Kinder sind, verpufft der. Das ist sozusagen ein Mitnahmeeffekt des Trägers. Aber das Stadtteilmüttermodell, das nur durch zwei, drei ausgewählte, hoch kompetente, professionelle Mütter aus dem deutsch-türkischen Bereich koordiniert wird, kann nicht finanziert werden.

Das ist eine völlig paradoxe Situation dieser Kindergartenförderrichtlinie, an der ich kurz deutlich machen will, wie etwas gut gemeintes in der jeweiligen Hauptstadt praktisch nicht wirklich zum Greifen kommt, weil das nicht bürgerschaftlich die Realitäten annimmt. Und Realität hieß für mich, mit der Community, den Betroffenen zu einer gemeinschaftlichen Lösung zu kommen.

Kenan Kücük: Gerade wir sind im Willy-Brandt-Haus. Willy Brandt guckt uns auch richtig zu und wir haben die Debatte eröffnet. Also mit dem Thema Migration. Wir diskutieren hier in einer großen Volkspartei, in Ihrem eigenen Haus.

Aber diese Diskussion darf natürlich nicht weitere 25 Jahre dauern. Ich habe Angst, weil wir das Ladenschlussgesetz über 13 Jahre diskutiert und kein Ende gefunden haben. Momentan ist das ein Thema geworden. Auf der einen Seite freue ich mich, dass ich von überall Einladungen bekomme, von Trägern und Organisationen. Alle wollen sich mit dem Thema auseinandersetzen.

Und ich schaffe das wirklich nicht, wahrscheinlich andere würden das auch nicht schaffen. Gerade, wenn wir auch hier in diesem Haus sind, also es auch die Abgeordneten mitkriegen, dieses Thema, darf natürlich nicht die nächsten 25 Jahre dauern. Wir haben ernsthafte Probleme, gerade beim Thema Migration, nicht nur im Bürgerschaftlichen Engagement, auch im schulischen Bereich und vielen anderen Bereichen auch.

Eigentlich haben wir auch genug in der Vergangenheit diskutiert. Ich sage das immer, es gibt keine Bereiche, über die man 1.000 Diplomarbeiten, Doktorarbeiten und so viele wissenschaftliche Erkenntnisse veröffentlicht hat. Das Problem ist eigentlich bekannt. Wir müssen natürlich auch versuchen, wirklich ernsthaft bei diesem Thema versuchen Lösungsansätze zu finden. Oder sind Lösungsansätze auch eigentlich bekannt?

Wie gesagt, ich habe wirklich Angst! Letzte Woche war ich auf einer Veranstaltung in Berlin eingeladen, ich will den Namen nicht sagen, da habe ich mich genau wie vor 25 Jahren gefühlt. Ein wirklich teures Hotel, wir haben zu dem Thema Migration diskutiert und Jugend usw., aber ich habe wirklich so ein Gefühl gehabt, man diskutiert genauso wie vor 25 Jahren. Das Niveau müsste eigentlich ein anderes sein. Und deswegen meine Bitte auch hier an die Anwesenden, dieses Thema

also wirklich ernsthaft und auf gleicher Augenhöhe anzugehen, natürlich auch versuchen, möglichst schnell zu handeln, weil sonst bringt uns das wirklich weitere 25 Jahre Diskussion.

Sönke Rix: Ich glaube, wir müssen immer wieder neue Lösungen finden, damit Sie nicht 25 Jahre immer wieder das gleiche Problem zum Thema „Migration“ diskutieren müssen. Ich glaube, in 25 Jahren müssen wir Migration genauso und Integration immer noch organisieren.

Also einen Bericht haben wir jetzt als Koalition auf den Weg gebracht, wir versuchen da schon Ihnen entgegen zu kommen, den Forderungen die hier an den Tisch gestellt sind. Das ist mit unserem Koalitionspartner nicht ganz so leicht, wie wir uns das vorgestellt haben. Aber es bewegt sich was. Wir sind aber längst noch nicht so weit, dass dieses Thema auch ein wirkliches Querschnittsthema geworden ist oder wie sehen Sie das?

Thomas Olk: Ja, das ist genau der Punkt. Also ich denke, wir müssen uns der strategischen Frage stellen. Engagementpolitik ist ein besonderes Feld. Und wir kennen das ja nun schon seit den Debatten der Enquete-Kommission, dass wir nicht umhin können und das ist strategisch eine besondere Anforderung, dass es ein Querschnittsthema ist. Und Querschnittsthema heißt ja, wir kennen das aus der Familienpolitik und der Jugendpolitik, es ist erst einmal ein schwaches Thema. Querschnitt heißt immer schwaches Thema, dass keine richtigen Truppen hat, keine operative Qualität.

Und auf der anderen Seite muss man es in jedem einzelnen Politikfeld verankern. Und ich will hier nur zwei Punkte machen, die wirklich wichtig sind, wenn wir wirklich weiterkommen wollen. Erstens ist es natürlich ein Riesenfortschritt, dass uns das Wort Engagementpolitik selbstverständlich über die Lippen kommt. Das ist vor fünf, sechs Jahren noch kein Wort gewesen. Heute wissen wir, es gibt Engagementpolitik als Politikfeld. Ich bin nicht ganz unschuldig an der Sache, aber ich versuche das auf jeden Fall immer noch zusammen zu suchen und auch zu zeigen: Es gibt wirklich ein Politikfeld, das so heißt.

Aber: Es ist ein besonderes Politikfeld, das so aussieht, dass wir einige Querschnittsinstitutionen haben, die schwach verankert sind. Das ist der Unterausschuss und wir wissen von seiner Bedeutung: Ich habe neulich von einem Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten der FDP ein Referat über Bedeutung von Unterausschüssen im Deutschen Bundestag stolz überreicht bekommen, welches er am Beispiel des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ gemacht hat. Und, aber was schon interessant ist in der Politikwissenschaft: Ja, es sieht so aus, dass Unterausschüsse an sich schwach sind. Sie haben wenig Einfluss, wenig Macht, das ist klar. Aber dieser Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ ist sozusagen der Fuß, den man in der Tür hat, in der halb geöffneten Tür, aber es gibt eine Menge von Leuten, die wollen die Tür zudrücken.

Und darauf will ich zurückkommen: Der Unterausschuss ist zwar der Fuß in der Tür, aber er muss weiterentwickelt werden. Wir wissen nicht, ob wir das jedes Jahr wieder so hinkriegen. Besser ist es, es gibt einen richtigen Ausschuss. Das heißt, wir müssen das Feld institutionell stabilisieren, damit Sperrklinkeeffekte reinkommen, dass nicht mit jeder neuen Koalitionsverhandlung auf diese Strukturen. Also im Grunde genommen geht es darum, dass die Strukturen gerettet werden.

Das Zweite ist das BBE, auch beides Konsequenzen oder Auswirkungen der Enquete-Kommission. Und das darf man nicht vergessen: Es gibt in der Konsequenz, vom Internationalen Jahr und BBE, ein Netzwerk, ich sage mal „Old girls and old boys network“, also es gibt eine Anzahl von vielleicht 100, 120, die zur Community gehören. Und die sind geschickt verteilt über bestimmte Positionen. Aber das kann sich auch in 20 Jahren biologisch sozusagen ausgewachsen haben. Also es kommt darauf an, dieses Netz von Überzeugten zu pflegen und weiterzuentwickeln mit jungen Leuten, die in den entsprechenden Positionen auch lanciert werden, d. h. man muss das Feld über Personal und über Strukturen stabilisieren. Man muss es über die Bundesebene hinaus natürlich auf der Landesebene, auch auf der kommunalen Ebene entsprechend mit Stabstellen, mit Netzwerken usw. festigen.

Und der andere Punkt, und den halte ich für mindestens genauso wichtig, und das kann man am Beispiel Bildung diskutieren: Wenn es uns nicht gelingt, in solchen Politikfeldern wie Bildung oder Migration/Integration, deutlich zu machen, welchen Wert die Ressourcen Engagement bei der Realisierung der sektor-spezifischen politischen Ziele haben kann, dann werden wir scheitern.

Das heißt am Beispiel Bildung: Wir haben jetzt die fünfte Veranstaltung als BBE, Schule und BE gemacht. Wir stellen ganz klar fest, wir treffen auf eine bestimmte Gemeinde von Leuten, die ganz tolle Projekte machen. Es gibt dort wie immer ganz tolle Beispiele und es gibt engagierte Menschen. Und es gibt jede Menge verstockte, ich will die gar nicht näher qualifizieren, aber sie sind immer einem bestimmten dieser beiden Bereiche zuzuordnen. Wir haben also immer den Sozialbereich eingeladen, Soziales, Jugend und Kultus, auf jeden Fall die Mehrheiten sind da nicht ganz gleich verteilt, sage ich mal vorsichtig. Aber: Wir freuen uns, dass immer mehr Lehrer und immer mehr von der Kultusbürokratie an unseren Veranstaltungen teilnehmen und die Sache politisch interessant finden.

Und ich glaube da brauchen wir einen langem Atem, aber auch klare Perspektiven. Und das ist das strategische Denken.

Mein Eindruck in der Engagementpolitik ist, dass das langfristige, strategische Denken noch nicht genügend ausgebildet ist. Also wir haben keine langfristigen strategischen Konzepte, keine langfristigen strategischen Ziele und entsprechende Politikansätze, die wir sowohl in den Parteien, als auch in der SPD brauchen. Das nicht bei jedem Mal, wenn irgendeine wichtige Person ausgewechselt wird, wieder bei Null angefangen wird.

Also wir sind ja froh, dass wir Ute Kumpf und Michael Bürsch und andere haben. Aber es wäre doch schrecklich, wenn wir jedes Mal neu erklären müssen, was ist BE. Und was steht dahinter und so. Sondern dass klar ist, hier gibt es ein Feld, das hat klare sektor-spezifische Strukturenziele und auch Konzepte. Und da sind wir noch lange nicht. Da müssen wir jetzt ansetzen. Und ich meine die, die jetzt hier an den entsprechenden Positionen sind, müssen dafür sorgen, dass das stabilisiert wird, so dass man nicht beim nächsten Federstrich und vielleicht einer CDU/FDP-Koalition, oder was auch immer, nicht sagen kann: Diesen Mist brauchen wir nicht mehr, das mit dem Engagement war doch Schön-Wetter-Politik. Oder es kann auch eine ganz andere Koalition sein, vielleicht Jamaika oder was auch immer. Dass also dann gesagt wird: Das brauchen wir alles nicht.

Sönke Rix: Ja, ich weiß beim letzten Termin, Herr Rauschenbach, den wir gemeinsam hatten, haben Sie das für die Jugendpolitik auch gefordert, ein eigenes Politikfeld. Vielleicht haben wir dann immer nur Querschnittsaufgaben. Nun bin ich für beide Dinge zuständig. Ich habe es mit meinen Familienpolitikern noch gar nicht abgesprochen, ob man solche Forderungen irgendwann mal aufstellen soll, weil man es ja auch immer mit guten Gründen zu tun. Oder wie sehen Sie das, Herr Rauschenbach?

Thomas Rauschenbach: Nun ja, es ist ja nicht zufällig, wenn man diese Themen ressortpolitisch betrachtet, wenn Sie jetzt auch das andere Thema ansprechen. Gucken Sie sich mal im Föderalismus, die Zusammensetzung der Ministerien an, wie das sortiert ist. Sie finden ein bisschen ehrenamtliches Engagement im Innenministerium, da ist der Sport ein bisschen, dann finden Sie es im Familienministerium – es sind immer sozusagen Teilressourcen. Es sind Nischen. Und im Grunde genommen haben wir bislang keine gesellschaftliche Kraft – haben wir ja auch vorhin gesagt, also entweder in den Ausschüssen oder anderen Orten – wo es wirklich eine zentrale Rolle kriegt, möglicherweise es so was wie einen Engagementbericht eine andere Kultur zunächst mal auf die Bundesebene bricht. Das muss man sehen. Aber das ist schon auch ein Teil des Problems. Ich finde aber, und da würde ich Thomas Olk sehr unterstützen, wir brauchen aus meiner Sicht eine, ich sage mal eine Art Grundlage, eine grundlegende Philosophie sozusagen, was eigentlich die Eckwerte in Zukunft dieses Bereiches sind. Und ich habe ein bisschen bedauert, dass Gesine Schwan, als sie heute Morgen das formuliert hat, im Grunde genommen einen Bereich völlig ausgeblendet hat, nämlich dass was man 3. Sektor nennt. Das, was man intermediäre Instanzen nennt. Also da kamen alle die Organisationen, die nachher da stehen, überhaupt nicht vor.

Es ging immer nur um Arbeitsmarkt und Familie, es ging um Staat und Markt, aber nicht diese gesellschaftliche Wirklichkeit, die im Kern da rein gehört. Und da merke ich dann immer wieder, dass wir noch nicht einmal auf dieser Ebene, sozusagen einer konzeptionellen Verständigung, die Eckwerte haben.

Ich will sie noch mal aus meiner Sicht nennen. Es sind drei Eckwerte und dann muss man fragen, was das eigentlich für die politischen Ressourcen bedeutet. Das erste ist, das Bürgerschaftliche Engagement als ein Kohäsions-Thema des sozialen Zusammenhaltes, was Franz Müntefering gesagt hat. Oder ich würde es anders auch nennen, ein Thema der Integrationspolitik und zwar mit Integration jetzt nicht nur Migranten gemeint, sondern jeder einzelne Mensch, jeder junge Mensch muss in diese Gesellschaft integriert werden.

Er muss „Ja“ sagen zu dieser Gesellschaft, er muss sich dazu verhalten, seine Identität seinen Platz finden. Das ist sozusagen ein Schlüsselthema.

Das Zweite ist ein Bildungsthema. Wir müssen es ganz grundlegend als ein Bildungsthema diskutieren. Menschen erwerben dort Kompetenzen und diese sind für den einzelnen, wie für die Gesellschaft wichtig.

Und das Dritte ist, das hat Thomas Olk schon vor 20 Jahren formuliert: Wir haben eine, wie er das genannt hat, soziale Dienstleistungslücke in dieser Gesellschaft. Die wird größer werden, nicht geringer, obwohl wir professionalisieren und verberuflichen. Und die Hoffnung ist immer wieder da, da kann er vom THW, da kann er von der Feuerwehr, von gesellschaftlichen Bereichen sprechen:

Wenn wir nicht Menschen gewinnen aus Überzeugung, dass sie selber mitmachen, dann schaffen es nicht, diese Gesellschaft zu lösen. Und das heißt, wir haben so viele gesellschaftliche Aufgaben, die wir nicht, zumindest nicht von heute auf morgen so verberuflichen können, dass das alles funktioniert.

Und diese drei Dinge muss ich als Eckwerte in eine Gesamtstrategie einbauen und dann fragen: Wer ist eigentlich dafür zuständig?

Und da kann ich nicht nur sagen, da ist das Familienministerium zuständig. Da ist eben auch ein Arbeitsministerium zuständig. Und daraus ergibt sich die Notwendigkeit, das vernünftiger anzugehen, weil es sonst sozusagen immer in einzelne Ressorts abgeschoben wird und dann kommen wir nicht wirklich weiter.

Sönke Rix: Ute und ich mussten gerade eben ein bisschen schmunzeln, dass es so selbstverständlich hier steht: „Engagementpolitik“. Gerade wurde schon gesagt: Na ja, aber bei Gesine Schwan hat der 3. Sektor irgendwie gefehlt. Wir haben auch manchmal Probleme bei uns, in der eigenen Fraktion, dieses Thema aufzuzeigen. Da sind wir tatsächlich noch nicht am Ziel angelangt, dass es wirklich so zu einem Gesamtthema dann auch kommt.

Und in den Kommunen, haben Sie gerade gesagt, ist es auch erst zu 80 Prozent angekommen. Vorhin haben Sie auch angedeutet, der ganze Kulturbereich mischt nicht mit. Jetzt haben wir aber gerade gehört: Na ja, er kommt so langsam da rein.

Wie sehen Sie das, Herr Hummel?

Konrad Hummel: Also zum Beispiel der Kulturbereich bewegt sich zurzeit aus der schieren Not. Wir hatten es in anderen Bereichen auch, aber da ist die Frage, haben wir das politisch gelernt? Ich will gleich zwei Beispiele bringen, weil beispielsweise die Ganztagschulentwicklung gar nicht geht ohne irgendwelche Vernetzungen. Wir haben das Gleiche übrigens in Rio de Janeiro mit der Agenda-21-Debatte vor etwa 15 Jahren bei der Umwelt gehabt. Im Grunde ahnen wir alle, dass modernes Konsumentenverhalten, Verbraucherschutz, Beratung von Menschen auf dem Markt, um mal ein nicht sozial pädagogisches Nischenthema anzusprechen, ganz wichtig ist. Denn wie wollen wir denn eigentlich auf die dauernden Kaufanreizsysteme reagieren, also Verteuerung, Verbilligung. Die ganze Republik diskutiert zur Zeit ausschließlich nach Kostengesichtspunkten und nicht unbedingt nach Gesichtspunkten des Engagements der Menschen für sich, ihre Umwelt oder ihre Gesundheit.

Und daher ist, denke ich, die Frage bei all diesen Punkten: Wie bekommen wir in der Politik ganz selbstverständlich, und zwar nicht am Ende, sondern am Anfang, den Bürger und zwar nicht nur als den Betroffenen, der Liegenschaftsinteressen oder Besitzstandsinteressen hat, sondern den Bürger, auch notfalls als Konstrukt, als zukünftigen Bürger, beispielsweise in der Bildung, auch vielleicht noch nicht geboren? Jeder Kinderspielplatz einer Stadt sollte dringend geplant werden auch mit der virtuellen Vorstellung, wer mal darauf spielen könnte und nicht nur die, wer jetzt gerade darauf spielt. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung der Nachhaltigkeit, die ohne Engagement gar nicht geht, die die Betroffenen brauchen. Und daher ganz konkret zurück: Die

Partei selber. Die SPD braucht zum Beispiel eine Lösung, nicht nur Ausschussdebatten im Bundestag oder Streit mit dem Koalitionspartner.

Die Partei muss sicherlich über sich selber nachdenken, nicht nur nach modernen Projektmanagementgesichtspunkten, wie gewinne ich flott ein paar junge Leute durch nette Plakatwerbung, sondern wie geht eigentlich Bürgerengagement, Projektkultur im Umfeld von Parteienlandschaft? Wie eigentlich richtet sich eine Partei aus, die meinungsbildend sein will? Wie mit den Communitys der Migranten umgehen?

Daher mein dringender Appell: Die Partei muss systematisch bei sich selber nachdenken als Erneuerungsprozess, als Modernisierungsprozess. Und dann denke ich, sind manchmal Anlässe geeignet. Ich habe mich vor einigen Jahren in Augsburg ganz bewusst bei der Neubaudiskussion einer Bücherei mit dem Kulturdezernat heftig gestritten. Und ich war völlig perplex, dass das Kulturdezernat sich so anstellt bei der Frage: Wenn schon Bücherei neu bauen, das war meine These, dann muss die integrativ von Kinder bis Senioren, von Migranten bis zu den Verwaltungseinheiten alle erfassen und zwar aus dem schlichten Grund, damit die Öffnungszeiten doppelt so hoch werden, damit da innen drin ein anderes Leben passiert. Damit dort etwas passiert, was ich notfalls auch aus einigen englischen Londoner Stadtteilprojekten kannte. Bei uns würde man sagen „Soziale Stadt“, Tower Hamlet London zum Beispiel.

Also liebe Leute, es war furchtbar. Die fortschrittlich grünen Kultusminister bei uns in der Stadt haben gewettert, beim Lesen müsse man die Ruhe haben, einige aus dem konservativen Lager haben gesagt: „Die Bücher werden geklaut“, „Wer garantiert uns eigentlich die Öffnungszeiten“, „Das schaffen die doch gar nicht, die Ehrenamtlichen“. Die gewerkschaftlich organisierte Truppe der Bibliothekare fühlte sich sofort vom Job her bedroht. Es war eine unselige Querschnittsdiskussion, ob es gelingt, eine Bücherei als ein offenes Volksbildungshaus zu organisieren, ob Bürgerengagement vom Anfang bis zur Durchführung einen sinnvollen Platz hat. Dass es gehen kann, ist mir völlig klar. Ich kenne einige Objekte. Wir haben es auch mehrheitlich so beschlossen. Aber ich denke, dort könnte man Beispiele schaffen, wo man ressortübergreifend das vermeidet, was vielleicht Thomas Olk befürchtet. Nämlich das, wenn man es zum Querschnittsthema macht, das vielleicht auch abgewertet wird.

Ich bin schon der Meinung, dass das Querschnittsthema Sinn macht. Auf der kommunalen Ebene ist es immer sinnvoll, wenn ein Oberbürgermeister sich selber auch um die Sache beispielsweise strategisch kümmert. Nicht unbedingt mit der Würdigung, der Weinempfänge, sondern strategisch darum kümmert, dass es strategisch dann aber durch Gemeinschaftsprojekte, durch Co-Produktionen belebt wird. Und dann sind die Ressorts aufgefordert, lebensweltliche Lösungen zu bieten. Und sie werden feststellen, die Ressorts werden feststellen, dass es dafür eine Methodik des Bürgerengagements braucht, eine Engagementpolitik, es braucht dazu bestimmte Wertauffassungen, wie ich z. B. dann auch den Nutzen draus ziehe. Und wir hatten den Eindruck zum Schluss, dass uns da, übrigens gerade aus der deutsch-türkischen Community, einige Verbände sehr geholfen haben, aus einem ganz interessanten Aspekt: Die waren dankbar, dass wir uns auch einmal um ihre Probleme kümmern. Nicht nur warten, ob vielleicht eine schreckliche Moschee-Diskussion kommt, um den üblichen deutschen Reflex zu schildern, sondern dass wir uns positiv einmischen und sagen: Wie geht es euch eigentlich miteinander? Wie geht's euch eigentlich, welt-

liche und traditionelle Gruppen? Wir brauchen euch gemeinsam. Dieses Einmischen wurde sehr verblüfft wahrgenommen und dann dankbar aufgenommen.

Also insofern glaube ich, dass man ressortübergreifend durch Projektbeispiele, Projekt nicht als befristete Förderung, sondern Projekt als etwas, was man als Produkt gemeinsam hinstellen will, Erfahrungen sammeln kann. Und ich glaube, wir brauchen Erfahrungen.

Sönke Rix: Ja, schönen Dank. Jetzt habe ich die gemeine Aufgabe, das abzuwürgen. Obwohl wir hier glaube ich noch gemeinsam ein, zwei Stündchen diskutieren könnten und dann hätten wir immer noch nicht alle Themen bearbeitet. Aber der Zeitplan sieht das so vor und ich muss auch gleich zur nächsten Ausschusssitzung.

Deshalb machen wir jetzt nicht noch einmal auf fürs Plenum, sondern sagen, nachdem Ute Kumpf gleich ihr Schlusswort gesprochen hat: Es ist vielleicht noch die Zeit, beim Glas Wasser oder Kaffee noch mal mit uns oder mit Ihnen ins Gespräch zu kommen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei den vier Diskutanten, ich bedanke mich bei Ihnen für die Aufmerksamkeit. Und ich weise darauf hin, Dieter Steinecke, Ute Kumpf, Michael Bürsch und ich haben ganz viele Sachen mitgeschrieben und mitgenommen. Ein paar wird Ute vielleicht jetzt auch schon mit aufgreifen. Ute, du hast das Wort.

.....

Ausblick

Ute Kumpf, MdB Parlamentarische Geschäftsführerin Sprecherin AG Bürgerschaftliches Engagement

Sehr geehrte Damen und Herren,

der heutige Tag hat uns deutlich gezeigt: Vor uns liegt viel Arbeit. Wir haben aber auch gesehen: Seit dem Regierungswechsel 1998 haben wir viel erreicht. Der zurückgelegte Weg macht uns Mut für die anstehenden Aufgaben und das erhaltene Lob spornt an.

Zwar versperrt das Bild des traditionellen Ehrenamtes noch häufig den Zugang zur Idee der solidarischen Bürgergesellschaft als Gestaltungsaufgabe der Zukunft, aber wir sind weiter gekommen.

Die SPD bekennt mit Ihrem Hamburger Programm Farbe und hat der solidarischen Bürgergesellschaft ein eigenes Kapitel gewidmet. Wir haben das Bürgerschaftliche Engagement im sozialdemokratischen Leitbild des vorsorgenden Sozialstaates in einem Arbeitspapier der SPD-Bundestagsfraktion verankert. Wir haben die Einsetzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement in der 16. Legislaturperiode durchgesetzt und ein eigenes Kapitel im Koalitionsvertrag beschlossen. Zusammengefasst kann man sagen, die zurückliegenden 10 Jahre haben sich gelohnt. Und es lohnt sich auch weiterhin am Ball zu bleiben.

Wir sind optimistisch, dass wir das Thema Bürgerschaftliches Engagement auch in der weiteren politischen Arbeit umsetzen können. Dafür ist auch wichtig, dass in der Sozialdemokratie führende Leute wie Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück die Bedeutung des Themas erkannt haben. Seine Weiterentwicklung muss maßgeblich in verschiedenen Themenbereichen geschehen, auf die ich im Folgenden nochmals kurz eingehen möchte.

Die Kommune ist der Ort, in dem Bürgerschaftliches Engagement tagtäglich gelebt wird. Die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement ist an das Vorhandensein echter Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten geknüpft. Wir fördern daher eine umfassende Beteiligungskultur in den Kommunen, die der Planung und der Konzeption wichtiger kommunaler Entscheidungen einen partizipativen Rahmen gibt. Wir müssen ganz grundlegend die Frage aufwerfen, wie Institutionen auf kommunaler Ebene neu weitergedacht werden müssen. Unser besonderes Augenmerk muss darauf liegen, gerade auch Jugendliche und Migrantinnen und Migranten für eine aktive Teilhabe am Gemeinwesen anzusprechen und zu gewinnen.

Familie ist Partnerin und Adressat von bürgerschaftlichem Engagement. Familie muss unterstützt werden. Um ein afrikanisches Sprichwort zu zitieren: „Um ein Kind zu erziehen, braucht man ein ganzes Dorf“. Hier reicht nicht einfach ein Mehrgenerationenhaus aus, weil wir zu wenige Kinder in Deutschland haben. Auch darf es hier kein Benutzungs- und Verwertungsverhältnis oder -interesse geben.

Wichtig ist eine breite Palette von Unterstützung durch Bürgerengagement der Vereine, Verbände, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen. Dazu müssen wir Allianzen und lokale Bündnisse für Familien schmieden. Unterschiedliche Partnerschaftsmodelle, selbstorganisierte Kindertagesstätten, Projekte wie Pflgelotsen und Stadtteilmütter, Mehrgenerationenhäuser, Elternzentren, Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros stehen für das gesellschaftliche Selbstorganisationspotenzial im Umfeld der Familie. Bürgergesellschaftlich organisierte Betreuungsangebote bieten

Mitgestaltungsmöglichkeiten für Eltern. Auch in Netzwerken der Nachbarschaftshilfe wird für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtige Arbeit geleistet.

Wir werden die Weiterentwicklung dieser beteiligungsorientierten Infrastruktur politisch weiter begleiten, unterstützen und fördern.

Schule und Bildung sind aus bundespolitischer Perspektive immer ein schweres Thema, da in der föderalen Aufgabenverteilung dem Kompetenzbereich der Länder zugeordnet. Gleichzeitig sind Schulen ein wichtiger Lernort für soziales Engagement. Frühes Engagement macht Kinder auf eine Art und Weise stark, dass es schön ist, an ihrer Entwicklung Teil zu haben. Die Durchdringung von Schule und Bürgergesellschaft kann zur Bildung und Entfaltung von Jugendlichen in beide Richtungen beitragen und das Lernangebot erweitern; das reicht vom Elternengagement bis hin zur Erschließung außerschulischer Lernorte. Engagement kann ganz praktisch gelernt („Social Learning“) werden; dadurch kann Verantwortungsgefühl gestärkt, Kreativität angeregt als auch Wertebewusstsein entwickelt werden.

Demokratie ist kein Schaukelstuhl – so hat es heute Franz Müntefering auf den Punkt gebracht. Wir müssen uns die Frage stellen: Wie können wir die Älteren ermutigen, sich und ihre Rechte in die Gesellschaft einzubringen und ihnen den dafür nötigen Raum geben? Hier darf nicht mit einem schlummernden Engagementpotenzial spekuliert werden, das zunächst zu mobilisieren ist und dann für beliebige Zwecke eingespannt werden kann. Bürgerschaftliches Engagement – gleich ob von Jungen oder Alten – ist eigensinnig. Dieser Eigensinn darf nicht zerstört werden sondern stellt einen besonderen Wert dar. Wir müssen das Bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen also dadurch ermöglichen, indem wir Raum und echte Mitgestaltungsmöglichkeiten bieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch mit dem Programm „Aktiv im Alter“, mit dem in den 150 geförderten Kommunen Wege und Möglichkeiten für die Entwicklung einer Politik gemeinsam mit den älteren Menschen entwickelt werden sollen.

Nach wie vor wissen wir leider sehr wenig über das Engagement von Migrantinnen und Migranten. Das hat aber weit weniger mit dem häufig vorgebrachten Vorwurf der Parallelgesellschaft gemein als damit, dass es lange Zeit an der richtigen Neugierde gefehlt hat. Häufig werden diese Gruppen nur wahrgenommen, wenn Probleme auftreten. Diese Haltung müssen wir ändern.

Bereits jetzt geschieht wichtige Integration in Projekten neben der Arbeit. In Projekten bürgerschaftlichen Engagements kommen verschiedene Milieus und Lebenswelten zusammen. Hier wollen wir uns auch zukünftig von der Bundesebene engagieren, in dem wir weiter Projekte anstoßen und innovative Projektideen fördern, die im Feld des Engagements interkulturelle Erfahrungswelten öffnen. Wir hatten uns bereits beim Jugendfreiwilligendienstgesetz für die Förderung spezieller Tandemprojekte eingesetzt, konnten uns in diesem Punkt aber nicht gegen unseren Koalitionspartner durchsetzen.

Migrantinnen und Migranten können sich nur dann als Bürger aktiv einbringen, wenn sie als Bürger wertgeschätzt werden und wenn sie über Rechte verfügen. Ich meine daher, dass Experimente für ein kommunales Wahlrecht von Migrantinnen und Migranten zu kurz gegriffen sind. Meiner Ansicht nach liegt die Lösung in der Mehrstaatlichkeit.

Engagementfördernde Infrastrukturen sind ein Schlüsselthema für die weitere Politik für das Bürgerschaftliche Engagement. Ehrenamtlichkeit braucht Hauptamtlichkeit, braucht personelle Unterstützung, Anlaufstellen und Gelegenheitsstrukturen. Bürgerschaftliches Engagement entfaltet sich vor allem in Netzwerken und unterschiedlichen Formen der Kooperation. Die Netzwerke der Bürgergesellschaft sind aber keine Kooperationsformen „von Staats wegen“, sondern Formen autonomer Selbstorganisation einer aktiven und lebendigen Bürgergesellschaft.

Ziel muss es sein, dass auf Bundesebene Infrastrukturorganisationen wie z. B. die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (Nakos), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V. (Bagfa) und Netzwerke wie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ihre Arbeit fortsetzen und ausbauen können. Um hier substanzielle Fortschritte zu ermöglichen, wollen wir die Infrastrukturförderung aufstocken und Verbindlichkeit in der Bundesförderung über längere Zeiträume herstellen. Wir wollen neue Infrastrukturprogramme entwickeln, mit denen – wie im Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ – eine längerfristige Förderung wichtiger Organisationen und Einrichtungen auch jenseits einer zeitlich befristeten Projektförderung möglich wird.

Freiwilligendienste sind ein wichtiger Baustein der solidarischen Bürgergesellschaft. Über Freiwilligendienste konnten in den letzten Jahren sukzessive neue Gruppen für ein Bürgerschaftliches Engagement mobilisiert und damit Integration durch aktive Teilhabe gestärkt werden. Auch ist es uns gelungen, neue Bereiche und Themenfelder zu erschließen.

Wir stehen dafür, dass die Freiwilligendienste auch in Zukunft auf Freiwilligkeit und nicht auf Pflicht aufbauen und werden uns für einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst einsetzen. Hier gilt es Regelungen zu finden, die Sicherheit geben. Um das zu erreichen, ist unser Ziel, die Freiwilligendienst-Plätze weiter auszubauen. Gerade für die „Freiwilligendienste für alle Generationen“ wollen wir außerdem eine auf Langfristigkeit abzielende Perspektive entwickeln und ermöglichen, um das Folgen von Projektruinen auf vorausgegangene kurze Förderzeiträume zu verhindern.

Um die Rahmenbedingungen Bürgerschaftlichen Engagements transparenter und übersichtlicher zu gestalten wollen wir ein Freiwilligenstatusgesetz entwickeln. Ein solches Gesetz wird die bereits bestehenden Regelungen zusammenfassen und Orientierung geben. Auch das Zuwendungsrecht muss weiterentwickelt werden, ebenso wie das Gemeinnützigkeitsrecht, dass hin zur Europatauglichkeit weiterentwickelt werden muss.

Im Bereich der Rahmenbedingungen – das ist mir ein persönlich wichtiges Anliegen – möchte ich die Zeitspende, die bereits bei der Reform „Hilfen für Helfer“ im Gespräch war, nicht unerwähnt lassen. Ich bin der Überzeugung, dass wir mit der Zeitspende einerseits Gleichheit herstellen können, zwischen denen die Geld und jenen die eben Zeit spenden. Zugleich können wir mit der Zeitspende aber ein klares Zeichen der Anerkennung für die bürgerschaftlich Engagierten in Deutschland setzen.

Klar ist aber auch: Eine Kultur der Anerkennung kann nicht nur Anerkennung in Form von Geld bedeuten. In den letzten Jahren gab es eine zunehmende Anerkennung auch in der Öffentlichkeit. Das belegt die zurückliegende Themenwoche im ZDF und die anstehende Themenwoche zu Bür-

gerschaftlichem Engagement in der ARD vom 10. bis zum 16. Mai. 2009. Anerkennung bedeutet auch und vor allem Wahrnehmung, Anerkennung, Respekt und Wertschätzung. Das können nicht allein Politik und Medien leisten. Kampagnen können Öffentlichkeit herstellen. Aber Wertschätzung kann nur dann zu einer allgemein gelebten Kultur werden, wenn sie auf der ehrlichen Haltung der ganzen Bevölkerung beruht.

Eine Befreiung kann es aber ebenso wenig von der Verantwortung für das Gemeinwesen geben. Die Übernahme von Verantwortung durch Unternehmen im Sinne einer Corporate Social Responsibility (CSR) ist für die SPD-Bundestagsfraktion daher unerlässlich. CSR darf aber nicht als Teil einer modernen Öffentlichkeitsarbeit missverstanden werden. Ein verantwortungsvolles Verhalten von Unternehmen zeigt sich daher auch am Umgang mit den eigenen Mitarbeitern. Nur wenn sich CSR in einer Kultur des Vertrauens in Unternehmen und gesellschaftliche Partizipation in Mitgestaltungsmöglichkeiten der Mitarbeiter spiegeln, kann von klaren unternehmensethischen Grundsätzen gesprochen werden. Aus diesem Grund dürfen wir die Frage nach den Arbeitnehmerrechten im Betrieb, der Mitbestimmung und der Tarifvertragstreue bei CSR nicht außen vor lassen.

Kluge Politik ist auf das durch wissenschaftliche Forschung gewonnene Wissen angewiesen. Mein Eindruck ist: Es liegt bereits sehr viel Forschung vor, die häufig aber nicht wirklich genutzt wird. Mit einem Antrag im Bundestag haben wir daher die Voraussetzungen für eine regelmäßige Engagementberichterstattung geschaffen, die Überblicke erarbeiten sollen. Trotz aller geleisteten Forschung gilt es aber zukünftig gerade auch neue Felder und Milieus, wie etwa das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten wissenschaftlich zu erschließen.

Um die genannten Aufgaben zu stemmen, ist die Engagementpolitik auf eine feste Verankerung in Parlament und Bundesregierung angewiesen. Unser Fernziel für die Zukunft ist und bleibt ein eigenständiger Ausschuss. Ob das bereits in der nächsten Legislaturperiode zu realisieren sein wird, muss abgewartet werden. Auch halte ich die Einrichtung der Stelle eines Engagementbeauftragten durchaus für sinnvoll, nur gegenwärtig falsch angesiedelt. Erst wenn diese Stelle beim Kanzleramt angesiedelt wäre, würde deutlich, wofür wir uns seit 10 Jahren in der Regierungsverantwortung einsetzen: Bürgerschaftliches Engagement ist eine Querschnittsaufgabe und muss in allen Politikfeldern und Ressorts in die Politikgestaltung Eingang finden.

Zum Abschluss des heutigen Kongresses möchte ich den Referentinnen und Referenten des heutigen Tages für Lob und Kritik und die zahlreichen Ideen, die Sie uns mit auf den Weg gegeben haben, meinen herzlichen Dank aussprechen.

Mein Dank gilt aber auch denen, die im Hintergrund in den zurückliegenden Wochen den heutigen Fraktionskongress vorbereitet und möglich gemacht haben. Stefanie Braunreuther und Holger Krimmer haben an Planung und Durchführung des heutigen Fraktionskongresses maßgeblich mitgewirkt. Mitgewirkt haben aus meinem Büro außerdem Nathalie Nieding, Dorothee Friedrich, Andreas Muckenfuss und Johannes Gamer, die Öffentlichkeitsabteilung der SPD-Bundestagsfraktion – hier möchte ich namentlich Birgitt Schaulandt erwähnen – sowie weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Willy-Brandt-Haus. Ihnen allen sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.